

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – INTERNATIONALE AUSGABE

Dienstag, 8. September 2026 · Nr. 207 · 247. Jg.

gegründet 1780

AZ 8021 Zürich



Der islamistische Terror hat ihr Leben verändert: Lila Nordstrom, Alexa Oberle und John Oberle in der Nähe von Ground Zero in Manhattan.

SCOTT ROSSI FÜR NZZ

Überlebende von 9/11 leiden unter den Spätfolgen der Anschläge

Opfer und Zeugen blicken auf die Terrorattacken vor 25 Jahren in New York zurück

nn. · Am Freitag jähren sich die Terroranschläge vom 11. September 2001 zum 25. Mal. Der Jahrestag ist für Angehörige der Opfer, für Überlebende und für Zeugen ein schwieriger Moment. Im Gespräch mit der NZZ in Lower Manhattan erzählt ein Bankier, der im South Tower des World Trade Center arbeitete, wie er damals dem Tod nur dank einer glücklichen Fügung entkam. Attentäter der islamistischen al-Kaida hatten am Flughafen zwei Passagierflugzeuge, die von Boston nach Los Angeles hätten fliegen sollen, in ihre Gewalt gebracht und als gelenkte Raketen in die Twin Towers im New Yorker Finanzdistrikt geflogen.

Das zweite Flugzeug traf den South Tower genau auf der Höhe, auf der sich der Arbeitsplatz des Bankiers befand. Nur knapp gelang ihm die Flucht aus dem Turm, bevor dieser wie ein Karten-

haus einstürzte. Mit Mühe fand er den Weg zu seiner Familie nach New Jersey zurück. Seine Tochter berichtet, wie sie die Angst, die sie damals um ihren Vater gehabt habe, heute noch einhole.

Zu Zeugen und Opfern der Anschläge wurden auch die Schüler der Stuyvesant High School, weniger als einen Kilometer nördlich der Twin Towers. Die öffentliche Schule bietet rund 3300 Kindern aus weniger wohlhabenden New Yorker Familien Zugang zu einer hervorragenden Mittelschulbildung und damit die Chance auf einen Platz an einer Eliteuniversität. Eine ehemalige Schülerin erzählt, wie sie und ihre Klassenkameraden aus dem Fenster zuschauen mussten, wie in den Hochhäusern gefangene Menschen in den sicheren Tod sprangen, um den Flammen zu entkommen.

Nach den Anschlägen propagierte die Regierung die Rückkehr zur Normalität und erklärte, die Luft in Lower Manhattan sei gesundheitlich unbedenklich. Doch das stimmte nicht. Wegen der eingestürzten Bürotürme war die Luft voller Dioxine, Benzol, Blei oder Asbest. Schüler, aber auch Feuerwehrleute und Anwohner atmeten den krebserregenden Cocktail monatelang ein.

Bis heute sind zwischen 4000 und 5000 Menschen an den Spätfolgen der giftigen Luft gestorben. In den Twin Towers fanden mehr als 2600 Menschen den Tod, dazu 414 Feuerwehrleute und Polizisten. Beim Absturz eines weiteren Flugzeugs auf das Pentagon starben 125 Personen. Zu den Opfern zählen auch die 246 Passagiere und Besatzungsmitglieder der entführten Flugzeuge.

Politik, Seite 6, 7

In der CDU herrscht Ratlosigkeit

Die Landtagswahlen von Sachsen-Anhalt erschüttern die Christlichdemokraten und ihren Kanzler Merz

BEATRICE ACHTERBERG, BERLIN

Das katastrophale Wahlergebnis der CDU im ostdeutschen Bundesland Sachsen-Anhalt wirft seine Schatten bis nach Berlin. Bei der Landtagswahl fuhr der amtierende CDU-Ministerpräsident Sven Schulze rund 17 Prozent ein – und halbierte damit das Ergebnis von 2021 (37,1 Prozent). Die AfD unter Ulrich Siegmund konnte mit rund 44 Prozent ihr bisher stärkstes Ergebnis bei einer Landtagswahl feiern.

Für die CDU ist das eine Niederlage mit Gewicht: Es ist das schlechteste Ergebnis in dem kleinen Bundesland seit der Wiedervereinigung – während die Konkurrenz von rechts ihre Stimmen verdoppelt hat. Schulze ist erst seit 2026 Ministerpräsident, er folgte auf den populären CDU-Landesvater Reiner Haseloff.

Quittung für die Bundespolitik

Es war ausgerechnet Bundeskanzler Friedrich Merz, der 2018 ankündigte, die AfD zu halbieren. Nun hat die AfD die CDU halbiert, wie deren Co-Parteichef Tino Chrupalla fröhlich zu Protokoll gab. Eine Koalition oder gar eine Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD ist seit dem Unvereinbarkeitsbeschluss der Christlichdemokraten von 2018 ausgeschlossen.

Das Wahlergebnis gilt in der CDU auch als Quittung für die Bundespolitik. Merz startete ins Amt, indem er sein Versprechen, die Schuldenbremse einzuhalten, schleunigst abräumte. Seitdem plagt ihn und die CDU/CSU ein Glaubwürdigkeitsproblem. Im Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten ruckelt es regelmässig. Seine Beliebtheitswerte sind im Keller. In Sachsen-Anhalt waren 87 Prozent mit der Bundesregierung unzufrieden, die persönliche Zustimmung für den Kanzler lag bei 9 Prozent. 59 Prozent werteten die Wahl als Denkkzettel an Berlin. Das hat sich in Sachsen-Anhalt niedergeschlagen – so die Lesart in der Union.

Merz hat am Montag von der «schwersten Wahlniederlage seit Jahrzehnten» gesprochen. Er sei darüber «zutiefst schockiert», sagte er am Montag. Mit dem gestrigen Tag habe sich «nicht nur in Sachsen-Anhalt etwas verändert, sondern in ganz Deutschland». Das Ergebnis habe auch auf internationaler Ebene Auswirkungen. Als Beleg dafür nannte Merz die Glückwünsche anderer Nationen, gemeint waren wohl Vertreter aus Russland und den USA. Der Tech-Milliardär Elon Musk kommentierte auf X einen Beitrag der Co-Parteichefin Alice Weidel mit den Worten «Gut gemacht!». Auch der Putin-Vertraute Kirill Dmitrijew gratulierte der AfD auf X.

Angesichts eines solchen Resultats könne man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, so der Kanzler. Gleichzeitig versicherte er, Deutschland bleibe beim Grundgesetz, seinem Bekenntnis zu Europa und seiner Haltung gegenüber Russland stabil. Merz will nun alle «Anstrengungen darauf richten», in der Koalition mit der SPD eine «neue, bessere Erzählung» für die Reformen zu

ermöglichen. Es sei nicht gelungen, «einen emotionalen Zugang zu den Menschen zu finden», zitiert die «Bild»-Zeitung den Kanzler aus einer Gremiensitzung vom Montag. Es fehle an der «Unterstützung der Bevölkerung».

Schulzes Rücktritt gefordert

Ganz in der Manier des «Kanzlerwahlvereins», wie Beobachter die Unionsparteien CDU und CSU einst spöttisch nannten, schliessen sich demonstrativ die Reihen um Merz. Angesprochen auf die Diskussion über eine Ablösung des Kanzlers, sagte Kanzleramtsministerin Nina Warken dem ARD-«Morgenmagazin», Personalfragen halte sie jetzt für «das Falscheste». Regierung und Bundestag seien für vier Jahre gewählt.

Gerüchte um einen Rücktritt des gescheiterten Spitzenkandidaten Schulze mehren sich dennoch. Der frühere CDU-Landeschef und Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, fordert Schulze nach der Wahlniederlage der CDU zum Nachdenken über persönliche Konsequenzen auf. «Wer Spitzenkandidat ist, wird am Wahlabend zum Spitzen Gewinner oder zum Spitzenverlierer», sagte Stahlknecht der «Zeit».

Am Montag tagten in Berlin die zwei wichtigsten Gremien der CDU: Bundesvorstand und Präsidium. Die

Wahl in Sachsen-Anhalt

Wahlabend bei der CDU: Das Bier ist aus, die Party ist vorbei. Seite 2

AfD: Wird Ulrich Siegmund nun Ministerpräsident? Seite 3

Kommentar: Sachsen-Anhalt ist eine Zäsur. Seite 17

Einschätzung der Lage sei «von tiefer Sorge» begleitet gewesen. Nach Informationen der «Bild»-Zeitung sagte Merz: «Wir haben eine starke Verfassung, wir haben alle Instrumente, um gegen eine rechtsradikale Landesregierung die Verfassung zu verteidigen, aber wir haben eine tektonische Erschütterung unseres Parteiensystems.»

Bis auf das BSW schliessen alle Parteien eine Koalition mit der AfD in Sachsen-Anhalt aus. Ohne die AfD brauchte es ein Bündnis aller übrigen Fraktionen – politisch kaum vorstellbar. Das neue Landesparlament muss spätestens am 6. Oktober zusammentreten.

Für die Bundes-CDU ist das Dilemma damit längst nicht ausgestanden. Die nächsten Wahlen warten bereits: Am 20. September wählt Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag und Berlin ein neues Abgeordnetenhaus. Wenigstens in der Hauptstadt liegt die CDU in jüngsten Umfragen vorn, dicht vor der Linkspartei. Die AfD erreicht in der Hauptstadt nur den dritten Platz. In Mecklenburg-Vorpommern ist die AfD laut den Erhebungen auf Platz eins in der Wählergunst. Ein weiterer Denkkzettel binnen zwei Wochen dürfte die Sorgen im Berliner Kanzleramt vertiefen.

Das Bier ist aus, die Party vorbei

*Ein Wahlabend bei den Verlierern –
und vor den Toren der Gewinner in Magdeburg*

MARCO SELIGER, MAGDEBURG

Es ist eine halbe Stunde nach der Wahlkatastrophe für die CDU. Sven Schulze, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, läuft schnellen Schrittes durch das Foyer des Maritim-Hotels in Magdeburg, seine Frau Kati an der Seite, umrahmt von Polizisten mit Knopf im Ohr und Mikrofon vor dem Mund. Eigentlich ein schönes Bild, das Paar, Hand in Hand, beide festlich gekleidet. Aber nach Feiern sehen ihre Gesichter nicht aus, eher nach Schockstarre.

Von der Seite brüllt ein Mann in ein Mikrofon, das er vor sich trägt wie eine Waffe. Ob er, Schulze, sich endlich einmal aus dem Schutz seiner LKA-Personenschützer bequemen wolle, ob er endlich einmal den Mut habe, Rede und Antwort zu stehen zu diesem «Wahldebakel» oder ob er weiter schweigen wolle. Irgendwann sagt einer der schwarz gekleideten Personenschützer zu dem Mann, es reiche nun. Schulze strebt dem Ausgang zu, wo eine schwarze Limousine auf ihn wartet. Er steigt ein und entschwindet mit Polizeieskorte.

Der Mann mit dem Mikrofon läuft zurück ins Foyer. Dort riecht es nach Chili con Carne und Bier. Die Wahlparty der CDU gleicht einer Trauerfeier. Die Christlichdemokraten haben gerade ein historisches Debakel erlebt: 17 Prozent der Stimmen, während die AfD knapp 44 Prozent erhielt.

Hallervorden tief enttäuscht

In einem Sessel sitzt Dieter Hallervorden, der inzwischen 91 Jahre alte Komiker starrt auf den Boden. Er habe nicht viel Zeit, sagt er, er müsse gleich nach Berlin in die Sendung «Maybrit Illner». Mit seinem weissen Haar, gekleidet in einen grauen Anzug mit Streifen und einer mintgrünen Krawatte, sieht auch Hallervorden festlich aus. «Ich bin unendlich enttäuscht», sagt er als Erstes.

Hallervorden ist wochenlang mit Ministerpräsident Schulze im Wahlkampf durch Sachsen-Anhalt getourt. «Im Bund würde ich Merz nie unterstützen», sagt er. Damit meint er den deutschen Kanzler von der CDU. «Aber mir ging es darum, hier in Sachsen-Anhalt eine AfD-Alleinregierung zu verhindern.» Deshalb habe er gehofft, mit seiner Prominenz dem amtierenden Ministerpräsidenten helfen zu können.

Hallervorden wurde in Dessau geboren, der drittgrössten Stadt Sachsen-Anhalts. Seit Jahren betreibt er in seiner Heimatstadt das Mitteldeutsche Theater ohne öffentliche Mittel. Nun gelte, was er im Wahlkampf versprochen habe: Auch unter einer AfD-Regierung werde er das Theater fortführen. Er mache sich aber Sorgen um die Freiheit der staatlich geförderten Kultureinrichtungen, sagt

Hallervorden. «Die AfD wird die Zensur einführen.» Sein Begleiter tritt heran, der Wagen sei da. «Ich muss nach Berlin», sagt Hallervorden mit traurigem Blick. Von dem Komiker ist in diesem Moment nur noch die Stimme geblieben. Kein Lachen, kein Lächeln.

Im Saal, in dem die CDU ihre Wahlparty abhält, steht auf der Bühne ein Rednerpult mit der Aufschrift «Herzlich willkommen. Wahlparty 2026». Sonst herrscht dort oben Leere. Über einen Bildschirm flimmern die ersten Hochrechnungen der ARD. Bärbel Bühnemann senkt an einem der Tische im Saal den Kopf und sagt, ihr gehe es gerade nicht so gut. Bühnemann ist 79 Jahre alt und CDU-Mitglied aus Magdeburg. Sie habe mit etwas mehr Stimmen gerechnet, erklärt sie. Die Stimmung an den Wahlständen sei in den letzten Wochen gut gewesen. «Ich verstehe das Ergebnis nicht», sagt sie.

Die Dimension ist historisch. Die AfD hat ihr Ergebnis von 2021 mehr als verdoppelt, zugleich hat sich der Wähleranteil der CDU ungefähr halbiert. Sachsen-Anhalt habe sich seit der Wende sehr positiv entwickelt, sagt Bühnemann. «Ein bisschen Anerkennung dieser Realität wäre schön gewesen.»

Einen Tisch weiter steht Stefanie Middendorf, 45 Jahre alt, in einem weissen, geblühten Kleid. Auch ihr geht es schlecht, «ganz ehrlich». Sie ist CDU-Stadträtin in Magdeburg und redet Klartext. Die Menschen hätten heute ein deutliches Misstrauensvotum gegenüber den etablierten Parteien gegeben, sagt sie. «Nicht nur uns, der CDU, sondern allen Parteien, die seit Jahren in Regierungsverantwortung sind.»

«So geht es nicht weiter»

Wie Bärbel Bühnemann hat auch sie in den vergangenen Wochen noch einmal intensiv Wahlkampf gemacht und war «eigentlich sehr positiv gestimmt». Sie habe gehofft, die Menschen dächten doch noch einmal nach. Doch Spirit, Lebensmittel, alles sei teuer geworden. «Das ist eine rote Ampel heute, ein absoluter Weckruf vor allem für Berlin», sagt sie. Das tue weh. Aber es könne auch eine Chance für die CDU sein. So gehe es jedenfalls nicht weiter.

Vor dem Hintereingang des «Maritim» steht Jan Braunsberger, bekleidet mit einem T-Shirt, auf dem «Team Schulze» steht. Der 38-Jährige ist seit zwölf Jahren CDU-Mitglied und hat den Ministerpräsidenten im Wahlkampf oft begleitet. Die «Dinge aus Berlin» hätten die CDU in Sachsen-Anhalt nicht immer im Wahlkampf unterstützt, sagt er etwas kryptisch. Damit spielt er wohl auf die Politik der Bundesregierung an, die diese Wahl erheblich beeinflusst hat.

Braunsberger sagt, man müsse den Menschen stärker erklären, warum ge-



Sven Schulze an der CDU-Wahlparty. Er sieht den Regierungsauftrag bei der AfD.

CLEMENS BILAN / EPA



Auch der Einsatz von Dieter Hallervorden (Zweiter von rechts) hat der CDU nicht geholfen.

JENS SCHLÜTER / GETTY

wisse Entscheidungen in Berlin «so getroffen werden». «Allgemein» gebe es einen «gewissen Grad an Unzufriedenheit hier». Da möchten viele Menschen den «einfachen Versprechungen» der AfD glauben, obwohl sie ahnten, dass die AfD sie nie erfüllen könne.

Allerdings hatte auch die CDU viel Zeit, ihre Wahlversprechen zu erfüllen. Seit 2002 regieren die Christlichdemokraten Sachsen-Anhalt ununterbrochen. Schon zwischen 1990 und 1994 stellten sie den Ministerpräsidenten. Am Sonntag aber spielten sie erstmals seit vielen Jahren an einem Wahlabend nur eine Nebenrolle. Das Hauptgeschehen findet an einem Ort statt, der weit entfernt vom Zentrum Magdeburgs ist. Die AfD hat sich an den Stadtrand zurückgezogen, dorthin, wo zuerst die Wehrmacht und dann die sowjetischen Besetzer ihre Truppen stationiert hatten. Auf einem Teil des Geländes der einstigen Kasernenanlage am Elbauenpark befindet sich heute die Magdeburger Messe.

Um das Gelände stehen Absperrgitter und Bauzäune, dahinter schwarzgekleidete Polizisten aus Bayern, Berlin, Sachsen und weiteren Bundesländern. Neben den vielen Polizisten geht der Sicherheitsdienst der AfD beinahe unter. Sorry, sagen die Polizisten an Tor 3 der Messe. Die AfD habe hier das Hausrecht und entscheide, wer hineindürfe.

Internationale Schlagzeilen

Die NZZ darf nicht. Von der Wahlparty der AfD, die hier in einer der Messehallen stattfindet, ist an dem Tor nichts zu hören und zu sehen. Davor stehen Journalisten vor Kameras und sprechen in Mikrofone. Italienisch, Spanisch, Portu-

giesisch, Englisch – es sind viele Sprachen, die an diesem Abend von Magdeburg aus in die Welt gesendet werden. Die Wahl im zwei Millionen Einwohner zählenden Bundesland ist zu einer internationalen Schlagzeile geworden.

Tino Chrupalla, der AfD-Co-Vorsitzende, schreibt per SMS, er wolle versuchen, zum Tor zu kommen. An einem Poller vor dem Messeparkplatz stehen zwei Männer. Sie seien extra aus Schleswig-Holstein gekommen, sagt einer von ihnen. «So etwas wie hier heute muss man sich angesehen haben.»

Sie wirken vergnügt, sind redselig und fühlen sich «richtig gut». Einer von beiden sagt: «Der Souverän hat entschieden.» Nächstes Jahr wird auch in Schleswig-Holstein der Landtag gewählt. Es werde zwar nicht ganz so ausgehen wie hier in Sachsen-Anhalt, meinen die beiden. Aber auch im Norden werde die AfD zulegen. Auf der Strasse hält ein Taxi. «Sag dem Fahrer, ich komme gleich», sagt einer der beiden und wendet sich wieder dem Gespräch zu. Man müsse «dem Volk aufs Maul schauen», erklärt er. Die CDU habe das Problem, dass sie das nicht mehr tue.

Mit dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt gehe nun «endlich ein Ruck durch die Republik». Man möge ihn damit aber nicht zitieren, und nein, seinen Herkunftsort wolle er auch nicht nennen. Er könnte sonst in Schleswig-Holstein schnell seinen Job verlieren.

Als die beiden im Taxi davonfahren, ist von Tino Chrupalla noch immer nichts zu sehen. Als wir zurück im Maritim-Hotel sind, herrscht nur noch an der Bar Betrieb. Die Platten des Buffets sind leer. Bier gibt es auch keines mehr. Das Fass ist leer.



Lachen nach dem Wahlsieg: Ulrich Siegmund (Mitte) mit Tino Chrupalla und Alice Weidel.

IMAGO



Auch der Unterstützer von Ulrich Siegmund hat Grund zur Freude.

SEAN GALLUP / GETTY

Ulrich Siegmund will eine «stabile Mehrheit», auf die er sich verlassen kann

Für den Spitzenkandidaten der AfD wären auch Neuwahlen eine Möglichkeit

NATHAN GIWERZEW, BERLIN

«Ich glaube nicht an Zufälle, ich glaube an Fügung», sagte die AfD-Vorsitzende Alice Weidel am Montagmorgen im Berliner Haus an der Bundespressekonferenz und lächelte. Weidels Freude konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die AfD ihr wichtigstes Ziel verfehlt hat. Sie wollte auf die absolute Mehrheit der Mandate kommen; drei Sitze trennen sie nun von dieser Mehrheit. Jetzt spricht die AfD nach eigenen Angaben mit Politikern anderer Parlamentsfraktionen, die Siegmund womöglich zum Ministerpräsidenten wählen könnten. Diese Gespräche seien «bereits heute Nacht angestossen» worden, sagte Siegmund auf Nachfrage. Man halte Ausschau nach einzelnen Fraktionen und Abgeordneten, «die mit uns die gemeinsame historische Aufgabe stemmen wollen».

Es ist ein bemerkenswertes Eingeständnis. Denn Siegmund hatte im Wahlkampf die Maxime ausgegeben, die AfD wolle allein regieren oder gar nicht; Berichte, wonach die AfD nach der Wahl plant, mit möglichen Überläufern aus der CDU zu sprechen, wies er zurück. Siegmund schränkte allerdings am Montag ein, er brauche für eine Regierung eine «stabile Mehrheit», auf die er sich verlassen könne. Eine Mehrheit für blosse «Schönwetterlagen» reiche nicht aus.

An der Pressekonferenz am Montagmorgen gab sich Siegmund für seine Verhältnisse staatsmännisch. Er sprach von der politischen Verantwortung und von dem Regierungsauftrag, den ihm die Wähler erteilt hätten. Und er relativierte seine Äusserungen vom Wahlabend, die einen gewissen Unmut an der Parteispitze erzeugt hatten. Aus deren Sicht hatte Siegmund seine Strategie am Wahlabend wohl etwas zu freimütig ausgesprochen, als er im ZDF sagte, sollte die AfD nicht stark genug sein, werde es notfalls «halt Neuwahlen geben, dann haben wir halt 50 oder 55 Prozent». Chrupalla sagte am Sonntag, selbstverständlich werde Siegmund auch die Option einer Minderheitsregierung erörtern. Am Montag schränkte Chrupalla allerdings ein, er wolle nicht, dass Siegmund als schwacher Ministerpräsident «durch die Manege gezogen» werde.

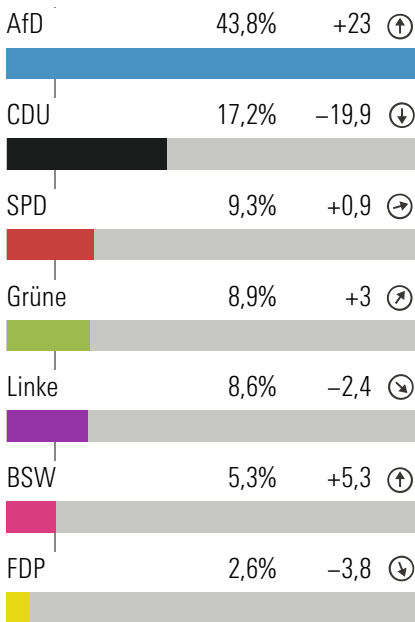
Attraktive Kompromisslosigkeit

Siegmund sagte im Haus der Bundespressekonferenz, er sei dem Co-Parteivorsitzenden Chrupalla dankbar, dass dieser die «Perspektive» einer möglichen AfD-Minderheitsregierung aufgeworfen habe. Mit diesem Nachsatz glättete er rhetorisch den wohl ersten Richtungsstreit innerhalb der AfD nach der Wahl.

Siegmund hat indes gute Gründe dafür, sich vor einer instabilen Regierung zu

AfD mit Rekordergebnis, CDU stürzt ab

Stimmenanteile nach der Landtagswahl 2026 und Vergleich zum Ergebnis von 2021



Vorläufiges Ergebnis, Stand 7. 9. 2026.

QUELLE: INFRASTAT DIMAP

NZZ / sil.

AfD-Sieg zeigt Schwäche der Bundesregierung

Der Fraktionschef der Union will sich nicht wegducken – die SPD verlangt Nachbesserungen bei der Rentenreform

SUSANN KREUTZMANN, BERLIN

Auch in Berlin löste der erdrutschartige Sieg der AfD ein politisches Beben aus. Das schlechte Abschneiden der CDU entfacht zusätzlich Personaldiskussionen, die die Position des Bundeskanzlers weiter schwächen dürften. Friedrich Merz zeigte sich am Montag tief erschüttert über das Wahlergebnis, schloss aber persönliche Konsequenzen aus. «Mit dem gestrigen Tag hat sich nicht nur in Sachsen-Anhalt etwas verändert, sondern in ganz Deutschland», sagte der Kanzler. Das Ergebnis seiner Partei bezeichnete er als die «schwerste Niederlage seit Jahrzehnten».

Daher könne man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Es gehöre zur Demokratie, dass sich Mehrheitsverhältnisse änderten, sagte Merz. Die Regeln des Zusammenlebens und die Werte des Grundgesetzes stünden aber nicht zur Abstimmung. Merz bekräftigte ausserdem, er werde den eingeschlagenen Reformkurs weiter fortsetzen und habe dafür auch die Unterstützung seiner Partei.

Gespräche mit der CDU

Die siegreiche AfD beansprucht den Auftrag der Regierungsbildung für sich. Ihr Co-Vorsitzender Tino Chrupalla zeigte sich am Montag kompromissbereit. «Wir sind gesprächsbereit auch in Richtung CDU», sagte er. Allerdings wolle man keinen Zustand wie in Thüringen, wo ein Ministerpräsident von der Unterstützung mehrerer Parteien abhängig sei.

Dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das im Landtag mit fünf Abgeordneten vertreten sein wird, kommt eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung zu. Mit ihren Stimmen könnten sie Siegmund ins Amt verhelfen, etwa indem sich die BSW-Abgeordneten beim dritten Wahlgang des Ministerpräsidenten der Stimme enthalten und damit der AfD die notwendige einfache Mehrheit ermöglichen. In den ersten beiden Wahlgängen ist eine absolute Mehrheit erforderlich. Das Szenario hatte die Parteigründerin Sahra Wagenknecht schon vorab öffentlich gemacht.

«Wir werden weder Siegmund noch Schulze wählen», sagte die BSW-Vorsitzende Amira Mohamed Ali am Wahl-

abend. Sie brachte erneut einen überparteilichen Ministerpräsidenten ins Spiel, «der mit wechselnden Mehrheiten regiert unter Einbindung des Parlaments». Einen Namen will das BSW demnächst bekanntgeben. Allerdings gilt dieser von Ali vortragene Weg als wenig aussichtsreich, weil er wohl auf Ablehnung der Mehrheit der anderen Parteien stossen wird.

An Reformen festhalten

Auch wenn der noch amtierende Ministerpräsident Schulze die CDU in Sachsen-Anhalt bereits auf der Oppositionsbank sieht, äusserten sich andere Spitzenpolitiker verhaltener. Demokratie sei die Herrschaft der Mehrheit, sagte der Unionsfraktionschef Thorsten Frei im ZDF. «Das heisst, diejenigen, die es schaffen, eine Mehrheit zusammenzubringen, haben den Regierungsauftrag.» Grundsätzlich könne auch Schulze nochmals eine Koalition in Sachsen-Anhalt anführen. Die CDU schaue jetzt sehr genau, wie sie mit dem Wahlergebnis umgehen werde. «Das ist jetzt nicht die Stunde, in der man sich wegducken kann», sagte Frei.

Wählerumfragen machen deutlich, dass die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Bundesregierung mitentscheidend für das schlechte Abschneiden von CDU und SPD war. Während die CDU am Kern der vereinbarten Reformen festhalten will, verlangte die SPD-Spitze Korrekturen, vor allem bei der Gesundheits-, der Pflege- und der Rentenreform.

Das Ergebnis sei auch ein «Signal an Berlin» und ein Grund, über die Politik der Bundesregierung nachzudenken, sagte der SPD-Chef Lars Klingbeil im ZDF. Man müsse nun über die inhaltliche Politik reden. Viele Menschen seien unzufrieden mit dem Reformkurs der Bundesregierung. Der SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf machte deutlich, dass die geplante Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren viele SPD-Anhänger treffe. Die Co-Parteichefin Bärbel Bas erklärte im ARD-Fernsehen, die SPD werde in der Koalition weiter dafür streiten, dass das Leben für die Menschen bezahlbar bleibe.

scheuen. Denn erst die Tatsache, dass die AfD in Sachsen-Anhalt bislang jede Regierungsbeteiligung ausgeschlossen hat, hat die Rechtspartei derart stark gemacht. Dabei kam ihr zugute, dass auch die etablierten Parteien alle Formen der Zusammenarbeit mit ihr abgelehnt hatten. In den Augen vieler Wähler ist es gerade der Mangel an Kompromissbereitschaft in grundsätzlichen Fragen, der die AfD für sie attraktiv macht.

Schulzes CDU in der Opposition

Das macht die Verhandlungsposition der AfD komfortabel. Finden sich genug loyale Überläufer, etwa aus der CDU und dem BSW, könnte sie allein regieren. Siegmund setzt allerdings auch darauf, dass AfD-Wähler es womöglich honorieren würden, wenn er das Ministerpräsidentenamt ausschlägt. Dann könnte Siegmund ihnen das als Beweis dafür verkaufen, dass sich die AfD für die Macht «nicht verbiegt», wie er sich am Montag ausdrückte.

Bleibt der AfD in einem Bundesland die Macht verwehrt, ist es in der Regel die CDU, die in dem Fall parlamentarische Mehrheiten mit Parteilinken der Mitte sucht. In den Bundesländern Sachsen und Thüringen lässt sie sich sogar von der Linkspartei dulden. Diese Zusammenarbeit mit linken Partnern hat die CDU in beiden Bundesländern geschwächt.

Sachsen-Anhalts amtierender christlich-demokratischer Ministerpräsident Sven Schulze entschied sich deshalb nach seiner Wahlniederlage für eine andere Strategie. Er spielte am Montag den Ball zurück an die AfD.

Die CDU sei von nun an in der Opposition und der Regierungsauftrag liege bei Siegmund, sagte Schulze am Montag. Überläufer aus der CDU werde es nicht geben, notfalls werde das Bündnis Sahra Wagenknecht die AfD stützen. Damit spielte Schulze darauf an, dass das BSW Siegmund ins Amt verhelfen könnte, sollte er bei den ersten beiden Wahlgängen im Parlament nicht auf die absolute Mehrheit kommen. Politiker des BSW hatten zwar gesagt, dass sie nicht für Siegmund stimmen würden. Im dritten Wahlgang würde allerdings auch eine Enthaltung des BSW den AfD-Politiker ins Amt heben: Dort braucht es lediglich eine einfache Mehrheit. Das BSW kündigte an, sich in dem Fall zu enthalten. Ob sich Siegmund auf dieses Spiel einlässt, ist mehr als fraglich. Er sagte am Montag: «Eine Enthaltung ist für mich keine stabile Mehrheit.»

Vorerst wird Schulze geschäftsführend als Ministerpräsident im Amt bleiben. Sollten aber sowohl er als auch Siegmund auf das Ministerpräsidentenamt verzichten, könnten auf Sachsen-Anhalt Neuwahlen zukommen. Für Ulrich Siegmund wäre es womöglich das perfekte Szenario.

«Rote Linien müssen nach links genauso gelten wie nach rechts»

Der Historiker und CDU-Intellektuelle Andreas Rödder warnt davor, die AfD weiter auszugrenzen. Im Gespräch mit Florian Eder plädiert er dafür, den politischen Wettbewerb mit ihr aufzunehmen

Herr Rödder, Sie haben eine Geschichte der deutschen Wiedervereinigung geschrieben. Wenn Sie heute auf Ostdeutschland schauen: Ist das, was wir dort erleben, eine Spätfolge der Wiedervereinigung? Oder sind wir schon in einer ganz neuen Phase?

Ich glaube, das ist lediglich ein Zusatz zu einer Entwicklung, die wir in allen oder fast allen westlichen Gesellschaften im frühen 21. Jahrhundert beobachten. So sehr es in Ostdeutschland Spezifika aus der Zeit der deutschen Teilung gibt, glaube ich eher, dass wir es hier mit einem gesamtwestlichen Phänomen zu tun haben, bei dem der Osten in Deutschland dem Westen im Moment voraus ist.

Was ist dieses Phänomen?

Ich erkläre – und nicht nur ich – den Aufstieg der AfD und der neuen rechten Parteien in hohem Masse als Reaktion auf die postmodern-grüne beziehungsweise postmodern-linke Kulturrevolution seit den siebziger und achtziger Jahren. Diese Kulturrevolution hat Ordnungsvorstellungen der bürgerlichen Moderne grundsätzlich infrage gestellt: die Nation, die Marktwirtschaft, die Geschlechterordnung, auch den Westen als kulturelles Modell an sich. Stattdessen hat sie das soziale Spektrum in Täter und Opfer eingeteilt. Das Ergebnis ist die vulnerable Gesellschaft, in der Opfer ausgleichsberechtigt sind und Täter diesen Ausgleich zu leisten haben. Und die Täter sind in erster Linie weiss und männlich. Diese postmodern-grüne Revolution hat in den 2010er Jahren kulturelle Hegemonie gewonnen. Dagegen hat sich eine neurechte Gegenbewegung formiert. Dass die AfD in Ostdeutschland noch einmal besonderen Anklang findet, ist eine Unternote davon, aber nicht das tragende Erklärungsmoment.

Sie haben schon 2023 für CDU-Minderheitsregierungen plädiert, die sich wechselnde Mehrheiten suchen – auch mit Stimmen der AfD. Wäre das nach der Wahl in Sachsen-Anhalt eine Lösung?

Ich finde, dass das mehr denn je gilt. Die CDU ist die entscheidende Kraft in dem ganzen Spiel, weil sie die Scharnierpartei in dieser Konstellation ist. Sie steht grundsätzlich vor der Wahl, ob sie eine Allparteienkoalition gegen die AfD bildet oder eine Minderheitsregierung, die auch auf Stimmen der AfD zurückgreifen würde. Aber die Union hat Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu zwei Parteien, die gemeinsam eine absolute Mehrheit der Sitze im Landtag gewonnen haben. Wir haben es mit einer absoluten Sackgasse zu tun. Ignoriert die Union den Unvereinbarkeitsbeschluss zur Linkspartei und bildet eine Allparteienkoalition, wird ihre Erosion nach rechts weitergehen. Kooperiert sie in irgendeiner Weise mit der AfD, droht ihr die Spaltung nach links.

Sie sitzt in der Falle.

Genau genommen gibt es daraus gar kein Entkommen. Ich persönlich finde die Idee, rote Linien zu formulieren und auf dieser Basis um einzelne Mehrheiten zu kämpfen, also auch auf eine Minderheitsregierung zu gehen, den politisch saubersten Ausweg. Und wenn man einmal «out of the box» denkt, bieten solche Minderheitsregierungen übrigens eine Chance für den Parlamentarismus, weil man im Parlament um Mehrheiten für einzelne Fragen kämpfen kann. Wenn alle gezwungen sind, sich an der Sache zu orientieren, kann man in einem solchen System sogar Chancen erkennen.

Aber wechselnde Mehrheiten funktionieren nur, wenn es tatsächlich unterschiedliche Mehrheiten gibt – und wenn auch SPD und Grüne grundsätzlich bereit sind mitzumachen. Was, wenn nicht?



«Die CDU sitzt in der Falle. Daraus gibt es kein Entkommen», sagt Andreas Rödder.

IMAGO

Dann muss ich so risikobereit sein zu sagen: Okay, dann gibt es eine Blockade des politischen Systems. Dann passiert eben nichts, dann wird kein Gesetz mehr beschlossen. Und dann muss man im Zweifelsfall eben ein Parlament auflösen und mit der Frage vor die Wähler gehen: Was wollt ihr eigentlich? Wollt ihr Blockade, oder wollt ihr eine Reformpolitik? Wenn andere bei meinem Projekt nicht mitmachen, dann sollen die Wähler entscheiden. Denn das muss man immer noch einmal klar machen: Demokratie heisst, der Souverän ist der Wähler.

Machen wir den Praxistest. Eine CDU-Minderheitsregierung legt einen Haushalt vor. SPD, Grüne und Linke sind dagegen. Mit Stimmen der AfD reicht es für eine Mehrheit. Darf die CDU diesen Haushalt verabschieden?

Aus meiner Sicht ja. Parlamentarisch gesehen ja.

Und wenn das im nächsten Jahr wieder passiert? Ab wann wird aus einer wechselnden Mehrheit eine Abhängigkeit?

Da gibt es natürlich keine ganz scharf gezogenen Grenzen. Ich will auch noch einmal sagen: Ich rede gar nicht von einem Modell. Aber wenn die Union einen Haushalt vorlegt, den sie nach bestem Wissen und Gewissen christlich-demokratisch und verfassungskonform formuliert hat, und Linke, SPD und Grüne sagen: Nein, mit dieser CDU stimmen wir auf gar keinen Fall – und die AfD stimmt dem Haushalt zu, dann erkenne ich noch gar nicht, wo das Problem ist. Und wenn das wieder so passieren würde, wäre es in Ordnung. Wenn es am Schluss so wäre, dass die AfD sich mässigen und verfassungskonform einer demokratischen Politik zustimmen würde, dann sollte sich das politische System über eine enorme Integrationsleistung freuen, die es dreizehn Jahre lang nicht vollbracht hat.

Dürfte ein CDU-Ministerpräsident sein Amt antreten, wenn er mit AfD-Stimmen gewählt wird?

Ich kann ehrlich gesagt nicht erkennen, wo der kategoriale Unterschied zwischen der Zustimmung zu einem Haushalt und der Wahl einer Person liegt.

Ihre Formel lautet «rote Linien statt Brandmauern». Was wären für Sie die

«Die AfD hat hinter der Brandmauer nie einen Anreiz gehabt, darüber nachzudenken, ob sie sich mässigen will.»

entscheidenden roten Linien gegenüber der AfD?

Die Union hat Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der Linkspartei und gegenüber der AfD. Wenn man von roten Linien spricht, müssen diese Dinge konsistent sein. Sie müssen nach links genauso gelten wie nach rechts. Aussenpolitisch heisst das: keine Sympathie, keine Fraternisierung mit dem Putin-Regime, die Ukraine unterstützen und die Westbindung der Bundesrepublik nicht infrage stellen. Auch die europäische Einbindung Deutschlands kann für eine bürgerliche rechte Mitte nicht zur Debatte stehen. Und Verantwortung für die deutsche Vergangenheit ist unumgänglich. Das gilt gegenüber der 180-Grad-Wende von Björn Höcke genauso wie gegenüber Linken, die das SED-Regime verharmlosen. Ich glaube, eine bürgerliche Politik der rechten Mitte kann ihre eigene Position sehr deutlich formulieren und vertreten.

Ein grosses Gegenargument lautet, eine Zusammenarbeit mit der AfD würde die Partei normalisieren. Ist das für Sie ein ernstzunehmender Einwand?

Ich würde es genau anders formulieren: Nicht eine Zusammenarbeit normalisiert die Partei, sondern eine Normalisierung macht die Zusammenarbeit möglich. Denn die AfD hat hinter der Brandmauer nie einen Anreiz gehabt, darüber nachzudenken, ob sie sich weiter radikalisieren will, wie das Schnellroda und viele andere im rechten Flügel wollen, oder ob sie sich mässigen will. Insofern ist die Brandmauer ein Instrument gewesen, um die AfD zu solidarisieren, und hat ihre Radikalisierung noch befördert.

Haben Sie den Eindruck, die AfD wolle sich mässigen?

Ich habe doch keine Ahnung. Niemand von uns kann sagen, was wäre, wenn die AfD mit der Frage konfrontiert wäre, ob sie sich mässigen will und dann auch politisch mitreden kann oder ob sie sich weiter radikalisieren würde. Die einzige Antwort, die ich habe, ist, dass die Brandmauer immer weiter radikalisiert hat. Wenn die roten Linien diese Radikalisierung auch nicht aufhalten würden, wenn sich die AfD trotzdem weiter radikalisieren würde, dann würde ich sagen: Es wäre den demokratischen Versuch wert gewesen. Man hat damit

überhaupt nichts zu verlieren, sondern etwas zu gewinnen.

Sie haben jüngst für ein Verbotsverfahren gegen die AfD plädiert. Warum wollen ausgerechnet Sie die Frage vor das Bundesverfassungsgericht bringen?

Weil ich glaube, dass die Gesellschaft das Verhältnis zur AfD klären muss. Wenn die AfD gesichert und nachvollziehbar verfassungsfeindlich agiert, dann gehört eine solche Partei verboten, egal, wie viel Prozent sie hat. Wenn man das aber nicht gesichert feststellen kann, dann muss man mit der AfD anders umgehen. Was man nicht tun kann, was nicht redlich ist, ist das, was im Moment passiert: dass man vonseiten der Parteien der sogenannten Mitte immer so tut, als gehöre die AfD eigentlich verboten. Aber man scheut das Verbotsverfahren, weil man Angst hat, dass es nicht erfolgreich sein könnte. Das finde ich unredlich. Wir müssen die ganze Sache klären. Deshalb bin ich für ein Verfahren im Sinne dieser Klärung.

Nehmen wir an, das Verfahren findet statt, das Bundesverfassungsgericht prüft die AfD – verbietet sie aber nicht. Was müsste sich darauf ändern?

Dann müsste man vielleicht mit roten Linien mit der AfD umgehen, aber man könnte nicht ständig «Brandmauer, Brandmauer, Brandmauer» sagen. Dann müsste sich die demokratische Mitte tatsächlich fragen, ob sie etwas falsch gemacht hat und etwas anders machen sollte. Und man müsste mit einer solchen Partei stärker so umgehen, wie das in anderen Ländern auch der Fall ist.

Machen Sie damit aber nicht aus einer juristischen Frage eine politische? Ein nicht ausgesprochenes Parteienverbot ist schliesslich noch kein demokratisches Gütesiegel.

Nein, natürlich ist das kein politisches Gütesiegel. So ist es auch nicht gemeint. Das Parteienverbotsverfahren klärt ja nur eine Bedingung dafür, überhaupt am demokratischen Wettbewerb teilzunehmen. Gerade das Verbotsverfahren gibt uns die Möglichkeit zu klären, ob man die Partei verbietet oder ob man mit ihr in den politischen Wettbewerb eintritt. Und wenn man mit der AfD in den politischen Wettbewerb eintritt, weil man die Brandmauer abgebaut hat, bleiben die roten Linien als inhaltliche Abgrenzung zu 100 Prozent bestehen. Die roten Linien sind gerade der Versuch, die Auseinandersetzung auf die politische Ebene zu ziehen und hier nicht mit falschen Formalien oder falschen Pauschalitäten zu arbeiten.

Wenn wir auf die Wahl in Sachsen-Anhalt schauen: Sollten wir das als Entwicklung in einem kleinen ostdeutschen Land betrachten – oder sehen wir dort die Zukunft des deutschen Parteiensystems?

Sehr entschieden würde ich das als ein allgemeines Paradigma ansehen. Wenn Sie auf die gesamtdeutsche Entwicklung schauen: Die AfD steht jetzt in Umfragen bei 30 Prozent. Das sind nicht 30 Prozent gesichertes Wahlergebnis. Aber es zeigt doch, dass wir es hier nicht mit einem ostdeutschen Regional- oder Sonderphänomen zu tun haben. Wir sind auf dem Weg in einen Paradigmenwechsel des politischen Systems. Ich habe vor einiger Zeit schon gesagt: Das Pendel schwingt nach rechts. Die entscheidende Frage ist, ob es der Union gelingt, das Pendel in der rechten Mitte abzufangen, oder ob es nach rechts ausen durchschwingt. Genau an dem Punkt stehen wir jetzt. Die Situation hat sich für die Union in den letzten Monaten nicht verbessert. Ich glaube, es ist nicht zu spät. Aber es wäre höchste Zeit, diese Auseinandersetzung in aller gebotenen Deutlichkeit anzunehmen.

Konservativer Zeitdeuter

Fe. · Andreas Rödder ist Professor für neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Er forscht zur deutschen und europäischen Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Rödder ist Mitglied der CDU und war Vorsitzender der Grundwertekommission der Partei. 2021 gründete er die Denkfabrik Republik 21, die er leitet.

Die EU verspricht Grönland Millionen

Mit Blick nach Washington will Brüssel die grösste Insel der Welt stärker an sich binden

ANTONIO FUMAGALLI, BRÜSSEL

Spricht man über Grönland, schwingen immer auch Natur und Klima mit – selbst bei Spitzenpolitikern. «Das Wetter ist phantastisch», sagte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, als sie am Sonntagnachmittag zusammen mit dem grönländischen Ministerpräsidenten Jens-Frederik Nielsen die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen in Nuuk empfing. Diese veröffentlichte wenig später ein Video, in dem sie ganz beglückt einen Buckelwal beobachtet.

Dabei ging es eigentlich um ein Thema von höchster geopolitischer Tragweite: das Ringen um Grönland, wo der Klimawandel neue Schifffahrtsrouten ermöglicht und den Zugang zu Bodenschätzen erleichtert. Der amerikanische Präsident Donald Trump hatte wiederholt Anspruch auf die grösste Insel der Welt erhoben und dabei selbst militärische Gewalt nicht ausgeschlossen – ein präzedenzloser Konflikt zwischen zwei Mitgliedern des Nato-Bündnisses, das entsprechend nervös reagierte.

Wi-Fi im ewigen Eis

Nun will die EU den USA und dem Rest der Welt zeigen: Grönland, dieses weitgehend autonome Gebiet des Königreichs Dänemark, gehört definitiv zu Europa. Mit leeren Händen war von der Leyen nicht angereist: Sie kündigte am Montagnachmittag ein Investitionspaket in der Höhe von 200 Millionen Euro an, das zu einer «nachhaltigen, wohlhabenden und friedlichen Arktis» beitragen solle. «Grönland kann auf die EU zählen», sagte sie. Ministerpräsident Nielsen ergänzte: «Grönland braucht die EU – und die EU braucht Grönland.» Konkret will die EU in fünf verschiedene Bereiche investieren:

■ **Digitale Vernetzung:** Europäische Anbieter sollen die Satellitenkapazitäten für die ganze Insel verbessern, was die Internetverbindung schneller und zuverlässiger machen soll. Abgelegene Siedlungen an der Nordküste profitieren davon bereits ab diesem Dienstag.

■ **Rohstoffe:** Wertschöpfungsketten zwischen Grönland und der EU sollen die Versorgungssicherheit erhöhen und Investitionen fördern. Konkret werden ein Bergbauprojekt in Malmbjerg und ein Grafitprojekt auf der Insel Amitsoq unterstützt, das für die Herstellung von Batterien bedeutsam ist. Damit soll auch die Rohstoffabhängigkeit von China reduziert werden.

■ **Energie:** Die EU subventioniert die Bestrebungen der grönländischen Regierung, die Energieversorgung in peripheren Siedlungen zu modernisieren und zu dekarbonisieren. Zudem könnte das grösste Wasserkraftwerk des Landes ausgebaut werden.



Diplomatie vor pittoreskem Hintergrund: die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen (Mitte) und der grönländische Regierungschef Jens-Frederik Nielsen im Gespräch mit der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen. M. RASMUSSEN / EPA

■ **Verwaltung:** Brüssel will die grönländische Regierung institutionell stärker unterstützen. Dabei soll es um die «Umsetzung relevanter politischer Prioritäten» gehen, indem etwa eine Stelle die von der EU geförderten Programme überwacht.

■ **Arbeitsplätze und Lebensqualität:** Die EU will Programme im Bereich des nachhaltigen Tourismus fördern, weil dieser als grösste Chance für die wirtschaftliche Diversifizierung erachtet wird. Zudem soll in den veralteten Gebäudebestand investiert werden.

Das sogenannte «Partnerschaftspaket» ist für das laufende und das kommende Jahr geschnürt. Wie es danach weitergeht, ist offen. Zusätzlich will Brüssel auch die reguläre, aus dem siebenjährigen Finanzrahmen gespeiste Unterstützung zugunsten Grönlands aufstocken. Diese fliesst fast ausschliesslich in Bildungsmassnahmen. So schlägt die EU-Kommission vor, den Betrag für die Periode der Jahre 2028 bis 2034 von 225 auf 530 Millionen Euro zu erhöhen. Das muss allerdings noch vom Rat der EU und vom EU-Parlament bewilligt werden. Von allen Überseegebieten wäre Grönland damit, mehr noch als heute, der grösste Pro-Kopf-Empfänger von EU-Geldern. Diese Gebiete sind verfassungsrechtlich an EU-Staaten gebunden, sie sind aber nicht Teil des europäischen Binnenmarkts.

Ursula von der Leyen gab sich alle Mühe, ihre Investitionsoffensive in eine

logische zeitliche Abfolge zu stellen. Sie erinnerte daran, dass sie bereits vor zwei Jahren – noch vor dem amerikanischen Präsidentschaftswechsel – nach Nuuk gereist sei und unter anderem ein Verbindungsbüro eröffnet habe. Die nun getätigten Versprechen seien «das Resultat von zwei Jahren harter Arbeit», sagte die Kommissionspräsidentin.

Ein Name wird nicht genannt

Hinter vorgehaltener Hand bestätigen Brüsseler Diplomaten allerdings, dass der EU-Effort selbstverständlich auch als Antwort auf Trumps Besitzansprüche auf das «grosse, schöne Stück Eis» zu lesen sei. Nur: So klar kann das von der Leyen nicht sagen, wenn sie die amerikanische Regierung nicht zusätzlich verärgern will. Die Unstimmigkeiten, etwa in der Handels-, der Digital- oder der Sicherheitspolitik, sind schon genügend gross. So nannten die drei Politiker den Namen des amerikanischen Präsidenten während der rund halbstündigen Pressekonferenz kein einziges Mal. Zwischen den Zeilen war allerdings klar, dass die Botschaft des Tages nicht nur an die grönländische Bevölkerung gerichtet war.

Von der Leyen sagte, dass die Arktis zu einem jener Orte geworden sei, «an denen die tektonischen Platten der Geopolitik aufeinanderprallen», und erinnerte daran, dass territoriale Integrität, Souveränität und die Unverletzbarkeit von Grenzen grundlegende Prinzipien

des Völkerrechts seien. Frederiksen, deren Regierung sich Anfang Jahr selbst auf ein kriegerisches Szenario einstellen musste, bedankte sich ihrerseits für die europäische Solidarität. «Wir waren darauf angewiesen – und sind es weiterhin», sagte sie.

Wie diffizil die Beziehungen zwischen der EU, den USA und den dazwischenliegenden Inseln im Nordatlantik sind, zeigte sich erst vor einer Woche. Die Bevölkerung Islands sprach sich in einer Abstimmung gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU aus. Für Brüssel, das sich mehr geostrategisches Gewicht erhofft hatte, war das Resultat ernüchternd – zumal im Referendum vorerst nicht einmal ein Beitritt zur Debatte stand, sondern nur Verhandlungen darüber.

Die Befürworter einer stärkeren Anbindung Islands an die EU hatten im Abstimmungskampf stark mit Grönland und Trumps Ansprüchen darauf argumentiert. Für eine überraschend klare Mehrheit der Isländerinnen und Isländer überwogen allerdings die Bedenken rund um die Fischereirechte.

Das gegenüber dem bereits äusserst dünn besiedelten Island noch einmal weniger als ein Hundertstel so dicht besiedelte Grönland ist ein anders gelagerter Fall – nur schon, weil es kein souveräner Staat ist. Im zunehmenden Machtkampf um Ressourcen und geostrategische wichtige Positionen will die EU aber nicht nur zuschauen, sondern sich als verlässlicher und langfristiger Partner positionieren.

Hacker zeigen Berlins Schwachstelle auf

Heikle Daten der deutschen Hauptstadt veröffentlicht

ARMIN ARBEITER, BERLIN

1,44 Millionen Dateien mit einem Umfang von 5,8 Terabyte – das entspricht etwa 2900 Stunden HD-Videomaterial – haben Hacker der Gruppe Rhysida zwischen dem 7. und dem 12. August aus der Landesverwaltung der deutschen Hauptstadt Berlin geraubt. Jetzt haben sie diese im Darknet veröffentlicht.

Rhysida hatte laut dem Berliner Senat ein Lösegeld von 30 Bitcoin – umgerechnet rund 2 Millionen Euro – gefordert. Der Senat zahlte das Lösegeld nicht. In der Folge hat die Gruppe Informationen über schützenswerte Einrichtungen wie Heizkraftwerke, Tanklager, Notstromanlagen und Umspannwerke ins Darknet gestellt. Auch geheime Informationen über Gefängnisse, Wasserwerke und Rüstungsunternehmen sowie Daten der Bundeswehr und der Berliner Innenverwaltung, die die Verteidigung betreffen, haben die Hacker dort veröffentlicht. Einmal veröffentlicht, lassen sich diese kaum mehr zurückholen. Sie könnten inzwischen von Dritten kopiert und dauerhaft gespeichert worden sein.

Beträchtlicher Schaden

Wie häufig dies bereits geschehen ist, ist unbekannt. Zusätzlich zu den Informationen über die Infrastruktur gelangten E-Mail-Adressen, Paskkopien und ähnlich persönliche Informationen von Berliner Bürgern ins Darknet. Laut dem «Tagesspiegel» handelt es sich etwa um Reha-Unterlagen, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und andere Atteste.

Die Informationen könnten sowohl ausländische Dienste, Saboteure, Erpresser als auch Kriminelle nutzen: vom Anschlag auf kritische Infrastruktur bis hin zu Betrug mit den erbeuteten Daten von Einzelpersonen. Das Ausmass des Schadens ist bereits jetzt beträchtlich – wie gross dieser ist, ist noch unklar.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) kündigte an, dass Betroffene informiert würden. Zwei Wochen vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus wird wieder einmal Kritik an Wegners Krisenmanagement laut. Anfang Jahr war Wegner nach einem mutmasslich von Linksextremisten herbeigeführten Stromausfall Tennis spielen gegangen. Das sollte ihn eine abermalige Kandidatur bei der Wahl kosten.

Sicherheit vernachlässigt

Auch jetzt werfen ihm Kritiker schlechtes Krisenmanagement vor. Der IT-Experte Manuel Atug erhebt etwa schwere Vorwürfe: Das Bundesland Berlin habe grobfahrlässig gehandelt und vorsätzlich die Geheimschutzvorgaben nicht eingehalten, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Für die Speicherung und Verarbeitung geheimer Verschlusssache-Unterlagen gebe es sehr strenge und genaue Vorschriften sowie mehrere Sicherheitsstufen. Offenbar seien diese nicht korrekt angewandt worden.

Atug sagte, er sei zweimal als Sachverständiger in den Berliner Innenausschuss geladen worden, 2023 und 2025. Damals habe er die Zuständigen auf eklatante Sicherheitslücken hingewiesen. Er habe davor gewarnt, dass eine Vernachlässigung der Sicherheit schwere Konsequenzen haben werde. Genau das sei jetzt eingetreten, sagte der Experte.

Die Hackergruppe Rhysida ist seit 2023 bekannt und verübte noch im selben Jahr Angriffe auf die chilenische Armee und die British Library. Das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik geht davon aus, dass die Tat «ausschliesslich finanziell» motiviert gewesen ist.

Ein Sprecher der deutschen Regierung sagte, man verfolge die Informationen und Ermittlungen zum Datenabfluss genau. Datensysteme des Bundes seien «nach derzeitigem Kenntnisstand» nicht betroffen.

Zwei neue Parteien in Thüringen

Die BSW-Fraktion löst sich auf – und wird unter anderem Namen auferstehen

MELCHIOR POPPE, BERLIN

Das Bündnis Sahra Wagenknecht in Thüringen zerfällt, nun hat die BSW-Fraktion im Landesparlament angekündigt, dass sie sich in einer Sitzung am Mittwoch auflösen werde. Die bisherigen BSW-Abgeordneten wollen jedoch weiterhin der Regierung angehören, deshalb werde man am Mittwoch umgehend eine neue Fraktion gründen, teilte die bisherige Fraktionspitze am Montag in Erfurt mit.

Bereits am Sonntag hatten Vizeministerpräsidentin Katja Wolf und weitere BSW-Abtrünnige eine neue Partei namens Thüringen.Gerecht gegründet, wie es weiter heisst. Die bisherige BSW-Landesvorsitzende Wolf sei auch zur Vorsitzenden der neuen Partei gewählt worden, ihre Stellvertreter sind der Infra-

strukturminister Steffen Schütz und Steffi Eschrich. Die Aufnahme weiterer Mitglieder solle nun zügig vorbereitet und dann ein Parteitag einberufen werden.

Gründung von «Deine Stimme»

Damit haben ehemalige BSW-Fraktionsmitglieder innerhalb einer Woche zwei neue Parteien gegründet. Bereits Anfang vergangener Woche hatten drei BSW-Mitglieder die Partei verlassen und eine neue Partei namens Deine Stimme gegründet. Eine eigenständige Fraktion können sie allerdings nicht formieren, da sie nur drei Abgeordnete im Landtag stellen. Sie wollen aber als parlamentarische Gruppe ebenfalls die Regierung von Ministerpräsident Mario Voigt weiterhin stützen.

Hintergrund der Vorgänge beim BSW in Thüringen ist ein Streit mit der Bundespartei. Diese agiere «immer verrückter», und davon wolle man sich distanzieren, hatten die Ex-BSW-Fraktionsmitglieder vergangene Woche erklärt. Konkret habe man die Annäherung an die AfD nicht mittragen wollen.

Ein schwerer Schlag

Der Konflikt zwischen der Parteipitze und der BSW-Fraktion in Thüringen schwelte bereits seit zwei Jahren, jüngst hatte sich ein neuer Streit zwischen Sahra Wagenknecht und Wolf entfacht. Wagenknecht missfiel die Regierungsbeteiligung in Thüringen. Aus ihrer Sicht habe das BSW damit die etablierten Parteien gestützt – das Gegenteil dessen, was den

Wählern versprochen worden sei. Mitte August hatte der Bundesvorstand von den Thüringern sogar verlangt, die Koalition mit CDU und SPD zu verlassen.

Wagenknecht schwebt stattdessen eine lose Zusammenarbeit mit der AfD vor, unter der Führung eines überparteilichen Regierungschefs. Diese Idee brachte sie vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am Sonntag ins Spiel, und dasselbe verlangte der Bundesvorstand vom Thüringer Landesverband.

Stattdessen zerfällt nun das BSW in Thüringen. Ein schwerer Schlag für die Partei, die zwei Jahre nach ihrer Gründung um ihr Überleben kämpft. Mit dem Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt ist ihr aber ein Überraschungserfolg gelungen. Dieser dürfte die Spitze der Bundespartei in ihrem Kurs bestätigen.

«Ich will hier einfach nur noch raus!»

John Oberle entkam vor 25 Jahren im World Trade Center nur knapp dem Tod, Lila Nordstrom leidet bis heute unter den Folgen der Anschläge von 9/11

NIKLAUS NUSPLIGER (TEXT),
SCOTT ROSSI (BILDER), NEW YORK

Auf dem Weg zur Arbeit fällt John Oberle der strahlend blaue Himmel auf. Es ist ein prächtiger Herbsttag, keine Wolke ist zu sehen. Seit knapp zwei Jahren arbeitet Oberle als Analyst für eine grosse japanische Bank, die sich im südlichen Turm des World Trade Center in New York auf sechs Stockwerken eingemietet hat. Wie jeden Tag pendelt der Banker auch am 11. September 2001 mit dem Zug von seinem Wohnort in New Jersey nach Lower Manhattan.

Oberle liebt seinen Arbeitsplatz. Aus seinem Büro im 79. Stock des South Tower hat er Aussicht über die Stadt und den Hudson River. «An windigen Tagen sah ich den Horizont kommen und gehen, weil sich der Turm leicht bewegte», erinnert sich der heute 68-jährige Finanzexperte. Beim Treffen in Lower Manhattan blickt Oberle zusammen mit seiner 33-jährigen Tochter Alexa zurück auf diesen Dienstag vor 25 Jahren, der die Welt und New York, aber auch das Leben der Familie verändert hat.

«Wow, was war das denn?»

Der Finanzdistrikt ist belebt, als Oberle kurz nach 8 Uhr beim World Trade Center eintrifft. Im Jahr 2001 schliessen die Banker ihre Börsengeschäfte noch persönlich an der Wall Street ab. Grossbanken wie Merrill Lynch und Goldman Sachs haben in der Nachbarschaft ihre Büros. Wie jeden Tag fährt der damals 43-jährige Oberle mit dem Lift in den 79. Stock, startet seinen Computer und blättert durch das «Wall Street Journal».

Es ist 8 Uhr 46, als Oberle einen ohrenbetäubenden Knall hört, der die Kaffeetasse auf seinem Schreibtisch zum Beben bringt. Ein riesiger Feuerball rollt am Fenster vorbei, Papiere fliegen durch die Luft. «Wow, was war das denn?», fragt er sich. Rasch spricht sich herum, dass der benachbarte North Tower von einem Flugzeug getroffen worden sei. Dass Flugzeuge tief über den Hudson River fliegen, ist nicht ungewöhnlich, weshalb Oberle von einem Unfall ausgeht. Erst viel später wird er erfahren, dass Attentäter der islamistischen Kaida ein Passagierflugzeug der American Airlines, das als Flug 11 von Boston nach Los Angeles hätte fliegen sollen, in ihre Gewalt gebracht und als gelenkte Rakete ins Hochhaus geflogen hatten.

«Der South Tower ist sicher, bleiben Sie in Ihren Büros», tönt es wenig später aus dem Lautsprecher. Doch der Sicherheitsbeauftragte der japanischen Bank hat eine böse Vorahnung und fordert die Mitarbeiter trotzdem auf, den Turm über die Treppe zu verlassen. Fast zwanzig Stockwerke ist Oberle bereits in die Tiefe gestiegen, als er realisiert, dass er sein Mobiltelefon im Büro vergessen hat. Er beschliesst, beim nächsten Ausgang das Treppenhaus zu verlassen, um mit dem Lift noch einmal in den 79. Stock hochzufahren.

Blick aus dem Schulzimmer

Zur gleichen Zeit sitzt Lila Nordstrom im Schulzimmer im obersten Stock der Stuyvesant High School, weniger als einen Kilometer nördlich der Twin Towers. Die öffentliche Schule ist eine be-

kannte Institution. Sie bietet rund 3300 Kindern aus weniger wohlhabenden New Yorker Familien Zugang zu einer hervorragenden Mittelschulbildung und damit die Chance auf einen Platz an einer Eliteuniversität.

Besorgt blickt die 17-Jährige aus dem Fenster, das einen Panoramablick auf die beiden Türme mit ihren je 110 Stockwerken freigibt. Der North Tower steht bereits in Flammen, doch haben die Schüler nicht gesehen, was genau geschehen ist. Der Architekturlehrer fährt unbeirrt mit dem Unterricht fort. Die Gymnasiasten sollen mit Lineal und Bleistift Linien zeichnen, blicken aber immer wieder von ihren Skizzen auf.

Der 11. September 2001 ist erst der zweite Tag im neuen Schuljahr. Für die 13-jährigen Neulinge im Gymnasium ist er auch einer der ersten Tage überhaupt, an denen sie ohne Eltern in der Grossstadt unterwegs sind. Die Schulleitung informiert, dass ein kleines Flugzeug in das Hochhaus geflogen sei, aber dass für die Schule keine Gefahr bestehe. Um 9 Uhr 03 beobachten Lila Nordstrom und ihre Klassenkameraden fassungslos, wie ein zweites Passagierflugzeug vor dem Fenster vorbeifliegt und den South Tower rammt. Es kommt zu einem Knall und einem riesigen Feuerball. Nun ist an eine Fortführung des Unterrichts nicht mehr zu denken. Doch die Schulleitung weist die Kinder an, in ihren Klassenzimmern zu warten.

Durch die Fenster sehen die Teenager, wie sich Menschen, die in den oberen Stockwerken der brennenden Hochhäuser gefangen sind, in die Tiefe stürzen. Um nicht im Feuer zu sterben, springen sie in den sicheren Tod. Es sind Bilder, die sich für immer in ihren Köpfen einprägen.

Ungewissheit im Treppenhaus

Als das zweite Flugzeug den North Tower des World Trade Center rammt, schickt sich John Oberle gerade an, noch einmal in den 79. Stock hochzufahren, um sein Mobiltelefon zu holen. Doch dann erschüttert ein gewaltiger Knall den Turm, das Gebäude schwankt, im Treppenhaus sind Schreie zu hören.

Erst später wird Oberle erfahren, dass die Maschine des Flugs der United Airlines 175 das Hochhaus zwischen dem 78. und dem 85. Stockwerk gerammt hat – genau dort also, wo er das Handy auf seinem Pult holen wollte. Hätte er sich schon ein paar Minuten früher an sein Telefon erinnert, hätte er den Tag kaum überlebt. Nur 18 der rund 650 Personen, die sich im South Tower in einem der Stockwerke über dem Einschlag befanden, konnten sich über eine unversehrte Treppe in Sicherheit bringen.

Vorderhand aber hat Oberle im Treppenhaus keine Ahnung, was überhaupt geschehen ist. «Befinden sich so viele Leute auf der Treppe, dass sie eingestürzt ist?», fragt er sich. Jemand brüllt: «Bewegt euch, weitergehen!» Doch da immer mehr Leute ins Treppenhaus drängen, geht die Evakuierung quälend langsam voran. Schweigend bahnen sich die Leute den Weg nach unten, Stockwerk um Stockwerk, Schritt für Schritt. Als Oberle endlich im Erdgeschoss angelangt ist und ins Freie tritt, stehen beide Twin Towers in Flammen. Es wimmelt von Rettungs-



John Oberle wollte zurück in sein Büro, um sein Mobiltelefon zu holen – zum Glück kam ihm der Einfall zu spät.

kräften. Am Boden liegen die Leichen derjenigen, die sich aus den Fenstern gestürzt haben – notdürftig bedeckt. Oberle bleibt eine Weile stehen, fassungslos und orientierungslos. Dann beschliesst er, Richtung Norden zu gehen. Um 9 Uhr 59, er ist erst wenige Blocks vorangekommen, blickt er zurück. Der South Tower, aus dem er gerade entkommen ist, fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Flucht aus Manhattan

Zur gleichen Zeit sehen Lila Nordstrom und ihre Klassenkameraden durch das Fenster, wie sich das Hochhaus in eine riesige Staubwolke verwandelt, die auf die Schule zurollt. Unter den Schülern bricht Panik aus. Doch noch weist die Schulleitung die Kinder an, in den Klassenzimmern zu verharren.

Lila ist Asthmatikerin und hat Angst vor der Staubwolke. «Ich will hier einfach nur weg!», denkt sie und rennt zum Büro der Krankenschwester. Dort läuft ein Radio. Ein Lokalsender verbreitet die Nachricht, es seien weitere Flugzeuge entführt worden, die andere New Yorker Wahrzeichen wie das Empire State Building und die George Washington Bridge ins Visier nähmen. Als die Schulleitung die Kinder endlich zur Evakuierung auffordert, stürmt Lila allein ins Freie. Auf der Strasse herrscht Chaos. Zunächst muss sie rennen, um von der Menschenmenge nicht zertrampelt zu werden. Dann erkennt sie im Gewimmel eine Lehrerin, die mit ein paar Schülern Richtung Norden geht. Sie hat sich der Gruppe eben angeschlossen, als um 10 Uhr 28 hinter ihr der North Tower des World Trade Center kollabiert und sich ebenfalls in einer riesigen Staubwolke auflöst.

Die Mobiltelefone funktionieren nicht. Die Telefonkabinen sind tot.

Kaum jemand kann mit seinen Angehörigen Kontakt aufnehmen. In den Strassen kursieren Gerüchte über weitere Anschläge. Lila beschliesst, Manhattan zu verlassen. Doch die Untergrundbahn ist stillgelegt, die Brücken sind für Autos gesperrt. Mit einer Klassenkameradin durchquert sie die Stadt zu Fuss und gelangt über die 59th Street Bridge in den Stadtteil Queens. Dort findet sie ein funktionierendes Telefon und ruft ihre Eltern an.

Derweil versucht John Oberle, über den Hudson River nach New Jersey zu gelangen. Angst verspürt er keine, nur die Entschlossenheit, sich in Sicherheit zu bringen und seine Familie zu finden. Von Telefonkabinen aus versucht er vergeblich, seine Frau anzurufen. Dann hört er, dass manche Fähren in Betrieb seien, und beschliesst, bei der Port Authority an der 39th Street sein Glück zu versuchen. Er findet eine Fähre und eine Passagierin, die ihn in New Jersey mit dem Auto mitnehmen wird.

Johns achtjährige Tochter Alexa ahnt in der Schule, dass etwas ganz Schlimmes passiert sein muss. Den ganzen Tag hört sie über den Lautsprecher, dass Eltern eingetroffen seien, um Kinder vorzeitig aus dem Unterricht zu nehmen. Endlich wird auch Alexa von ihrer Tante abgeholt, die sie mit dem Auto nach Hause fährt. Als sie im Wohnzimmer im Fernsehen die Bilder der einstürzenden Twin Towers sieht, schiessen ihr die Tränen in die Augen. Sie weiss, dass ihr Vater im World Trade Center arbeitet. «Wo ist er? Wo ist er?», schreit sie.

Endlich erhält die Mutter einen kurzen Anruf ihres Mannes aus einer Telefonkabine. «Er ist auf dem Weg nach Hause», sagt sie. Alexa und ihre ältere Schwester weinen noch immer, als John Oberle zur Türe hereinkommt und seine Familie umarmt. Dann schaut er auf den



Lila Nordstrom litt unter den gesundheitlichen Folgen der giftigen Luft und hat darüber ein Buch geschrieben.

Fernseher und beginnt zu realisieren, wie gross sein Glück gewesen ist. Er spürt eine riesige Wut auf die Terroristen. Und er ahnt, dass sich die Welt für immer verändert hat.

Toxischer Cocktail

Lila Nordstrom ahnt noch nicht, wie stark der 11. September 2001 ihr weiteres Leben prägen wird. Mehr als 2600 Menschen haben in den Twin Towers den Tod gefunden, dazu kommen 414 Feuerwehrleute und Polizisten. Beim Absturz eines weiteren Flugzeugs auf das Pentagon sterben 125 Personen, dazu kommen die 246 Passagiere und Besatzungsmitglieder der entführten Flugzeuge.

Der Einsturz der Twin Towers hat den Finanzdistrikt verwüstet. Die Regierung von George W. Bush zieht in den Krieg gegen den Terrorismus. Aber zu Hause will sie rasch Normalität demonstrieren, auch um das Finanzzentrum wieder auf Touren zu bringen. Daher erklären die Bundesbehörden, die Luft in Lower Manhattan sei sauber und unbedenklich.

Nach wenigen Wochen kehren die Gymnasiasten in die Stuyvesant High School zurück. Doch bald klagen immer mehr Jugendliche über Nasenbluten, Husten und Kopfschmerzen. Lila Nordstroms Asthma verschlimmert sich auf dramatische Weise. Ihr Arzt sagt, dass sie das Gebiet Lower Manhattan am besten meiden würde, doch hängt ihre Zukunft vom Abschluss der Highschool ab. Die Luft ist alles andere als unbedenklich. Sie ist voller Dioxine, Benzol, Blei oder Asbest. Solange der Schutt der Twin Towers nicht vollständig entfernt ist, atmen die Gymnasiasten, aber auch Feuerwehrleute und Anwohner den krebserregenden Cocktail monatlang jeden Tag ein.

Inzwischen sind zwischen 4000 und 5000 Menschen an den Spätfolgen der giftigen Luft gestorben. Mehr als bei den Anschlägen selbst.

Inzwischen sind zwischen 4000 und 5000 Menschen an den Spätfolgen der giftigen Luft gestorben. Das sind mehr als bei den Anschlägen selbst. Die amerikanische Regierung hat einen Entschädigungsfonds eingerichtet. Wer der toxischen Luft ausgesetzt war, riskiert, an einer chronischen Entzündung der Schleimhäute, an Refluxkrankheit oder an Krebs zu erkranken. Der Fonds ist auch ein Schuldeingeständnis der Behörden, die die Luft fälschlicherweise als ungefährlich bezeichnet hatten.

Ein Unbehagen bleibt

Lila Nordstrom hat über den Kampf um ihre Gesundheit nach 9/11 ein Buch geschrieben. Nach dem Studium hatte sie keine Krankenversicherung und konnte sich die Asthma-Medikamente kaum leisten, wie sie im Gespräch erzählt. Inzwischen werden sie aus dem Fonds bezahlt. Dennoch reagiert die heute 42-Jährige noch immer verärgert, wenn Politiker den Satz «Wir werden nie vergessen» bemühen oder die Resilienz der New Yorker preisen.

Alexa Oberle hingegen reagiert verärgert, wenn bei jüngeren Amerikanern die Erinnerung an 9/11 verblasst. Ihren Vater John scheinen die Erlebnisse vor 25 Jahren nicht mehr besonders zu belasten. «Er hat seine Gefühle im Griff und blickt immer nach vorne», sagt die 33-Jährige. Sie selber hingegen belaste die damalige Angst um ihren Vater noch immer. «Tief fliegende Flugzeuge beunruhigen mich, und ich überlege mir immer, wo im Falle eines Anschlags mein Fluchtweg wäre.» Der 11. September ist für Alexa Oberle jedes Jahr ein trauriger Tag. Sie ruft jeweils eine Freundin an, deren Vater vor 25 Jahren ebenfalls im World Trade Center arbeitete. Ihm war es nicht gelungen, rechtzeitig zu entkommen.

Trumps «Portal» zur Kontrolle der Briefwahl

Der staatliche Postdienst wird in den amerikanischen Zwischenwahlen zum politischen Faktor

ISABELLE JACOBI, WASHINGTON

Die Zwischenwahlen in den USA haben offiziell begonnen – aber wie genau Millionen von Wahlzetteln für die Briefwahl verschickt werden sollen, ist Gegenstand eines politischen und juristischen Streits. Am Freitag sandten die Wahlbehörden North Carolinas eine erste Tranche von «absentee ballots» an Wählerinnen und Wähler, die sich vorher für die Briefwahl angemeldet haben. Dasselbe geschieht in Kürze in weiteren neun Gliedstaaten. Die Briefwahl ist in den USA – wie auch in anderen Demokratien – immer beliebter. 1996 wählten acht Prozent per Post, heute sind es rund ein Drittel. In den Midterms 2022 wählten über 30 Millionen Amerikaner auf dem Postweg.

Das macht den öffentlichrechtlichen U.S. Postal Service (USPS) anfällig für politische Machtspiele. Präsident Donald Trump hegt eine Aversion gegen die Briefwahl, seit er die Präsidentschaftswahl 2020 verlor. Damals wurden aufgrund der Pandemie über 40 Prozent der Stimmen brieflich abgegeben. Trump nannte die Wahl «gestohlen». Er hält die Briefwahl für besonders anfällig für Manipulationen. Laut zahlreichen Studien und Audits von Wahlresultaten ist Wahlbetrug bei der Briefwahl jedoch sehr selten. Zudem haben Wahlbezirke im ganzen Land in den letzten zehn Jahren die Sicherheitskontrollen verstärkt.

Neuaufgabe bekannter Vorwürfe

Im Wahljahr 2026 holt Trump das Thema dennoch wieder hervor. Er behauptete, dass sich Hunderttausende von Immigranten als Wähler hätten registrieren lassen. Experten schätzen, dass die Zahl massiv übertrieben ist. Im März verlangte er per Verordnung striktere und einheitliche Regeln für Briefwahlsendungen. Es gelte die «Integrität der Wahlen» sicherzustellen. Damit übertrug er dem Postdienst die Mammutaufgabe, in einem Wahljahr eine demokratiepolitisch heikle Reform umzusetzen.

Die Demokraten sehen in Trumps Dekret ein schlecht verdecktes Manöver, die Stimmkraft ihrer Wähler in den Zwischenwahlen zu schwächen. Diese wählen statistisch immer noch öfter brieflich als republikanische Wähler, auch wenn der Unterschied sich verringert hat. 23 demokratisch regierte Gliedstaaten klagten umgehend gegen den «executive order», mit der Begründung, Trump verletze damit die Rechte der föderalen Gliedstaaten. Diese sind laut der amerikanischen Verfassung für die Organisation der Wahlen zuständig.

Im juristischen Streit setzte der Supreme Court am 24. August einen richterlichen Stopp von Trumps Dekret vorläufig ausser Kraft. Die Klage sei zu früh erfolgt, da den Gliedstaaten durch den Erlass allein noch kein Schaden entstanden sei, lautete die Begründung. Diese könnten erneut ans Gericht gelangen, sobald die Post die neuen Regeln umgesetzt habe.

Vorwurf der Demokraten

Zwei Tage danach setzte der U.S. Postal Service rückwirkend auf den 21. August sein neues Regelwerk in Kraft. Es verlangt, dass die Wahlbehörden Name und Adresse der Empfänger von Wahlunterlagen in eine zentrale Datenbank eingeben. Jeder Eintrag soll mit einem Strichcode versehen werden, der auch auf den Antwortumschlägen stehen muss.

Der seit 2025 amtierende Postchef relativierte die Bedeutung des Projekts. Es gehe lediglich darum, zu kontrollieren, ob die Gliedstaaten die neuen Standards zur Auslieferung von Wahlzetteln einhalten würden, sagte der Postmaster General David Steiner: «Wir sind keine politische Institution.» Bei einer Anhörung vor dem Senat im Juni bestätigte er aber, dass regelwidrige Wahlcouverts

der Wahlbehörden nicht befördert würden. Seitens der Demokraten wurde sofort der Vorwurf laut, Postbeamte könnten entscheiden, wer in den USA sein Wahlrecht ausüben dürfe.

Portal nicht genügend getestet

Der seit 2025 amtierende Postchef befindet sich in einer diffizilen Lage. Er muss den Erlass des Präsidenten umsetzen, ohne den Datenschutz zu verletzen. Nun steht er selbst vor Gericht: Nachdem die demokratisch regierten Gliedstaaten mit ihrer Klage gegen die Trump-Regierung gescheitert sind, nehmen sie die Führungsspitze des USPS ins Visier. Eine Bundesrichterin gab ihrer neuen Klage statt und blockierte letzte Woche die Umsetzung des Regelwerks.

Gleichzeitig erfuhr die Öffentlichkeit, dass der Postdienst offenbar in den vergangenen Monaten eine zentrale Datenbank errichtet hat, um die Briefwähler in den 50 Gliedstaaten zu erfassen.

Trump hält die Briefwahl für anfällig für Manipulationen. Laut zahlreichen Studien ist Wahlbetrug bei der Briefwahl jedoch sehr selten.

sen. Laut einem anonymen Whistleblower wurde das Portal hastig errichtet und nicht genügend getestet. Die Aufsicht des Postal Service hat umgehend eine interne Untersuchung eröffnet.

Wahlverantwortliche aus zahlreichen Gliedstaaten äusserten sich in Gerichtsdokumenten und Medien alarmiert und ratlos: «Weder meine Mitarbeiter noch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen oder der Dienstleister haben das neue System bislang gesehen oder wurden darin geschult», schrieb die Secretary of State von Vermont. Ein Vertreter des Justizministeriums von North Carolina warnte: «Falls das System nicht funktioniert, kann North Carolina möglicherweise gar keine Wahlzettel verschicken.»

«Das Ding funktioniert nicht»

Auch Republikaner sind skeptisch: «Das fundamentale Bedenken ist, dass das Ding nicht funktioniert», sagte Don Millis, der Vorsitzende der Wahlkommission im Gliedstaat Wisconsin gegenüber der Nachrichtenagentur AP. Sein Amtskollege in North Carolina beruhte die dortige Wählerschaft, die teilweise bereits Wahlmaterial frisch ins Haus erhalten hat: Es herrsche «business as usual». Eine Gruppe von 13 republikanischen Justizministern unterstützt die neuen Regeln.

Es ist tatsächlich unwahrscheinlich, dass die neuen USPS-Regeln für die Briefwahl bei den Zwischenwahlen am 3. November zur Anwendung kommen. Bald wird der Supreme Court in einem weiteren Eilverfahren entscheiden, ob der USPS das Regelwerk umsetzen darf. Aber selbst wenn die Obersten Richter ihn gewähren lassen, scheint es laut Experten aus rein praktischen Gründen immer weniger möglich. Die Wahlen in den USA haben bereits begonnen; dass die Gerichte chaotische Zustände zulassen würden, ist kaum vorstellbar.

Die Politisierung des U.S. Postal Service infolge der Verordnung von Trump dürfte das Vertrauen der Amerikaner in die Briefwahl nicht stärken. Ob sie sich deshalb vom Wählen abschrecken lassen? Kaum: In den letzten zehn Jahren ist die Wahlbeteiligung in den USA stets gestiegen.

Wir verbessern den Zugang zu Medikamenten



Richard Saynor,
CEO von Sandoz



Eine historische Chance für Patientinnen und Patienten

In den kommenden zehn Jahren verlieren zahlreiche patentgeschützte Arzneimittel ihren Exklusivitätsschutz. Dadurch bietet sich die Chance, den Zugang zu wichtigen Therapien deutlich zu verbessern. Millionen von Patientinnen und Patienten könnten künftig von Behandlungen profitieren, die bislang nur eingeschränkt verfügbar waren. Gleichzeitig könnten die Gesundheitssysteme weltweit finanziell entlastet werden.

Am heutigen Sandoz Capital Markets Day zeigen wir auf, wie wir diese historische Chance nutzen wollen. Unser Ziel: besserer Zugang zu Arzneimitteln, höherer Mehrwert für Gesundheitssysteme und nachhaltiges Wachstum für Sandoz.

Sandoz, weltweit führend bei Biosimilars und Generika

Wir setzen uns dafür ein, den Zugang zu Arzneimitteln für Patientinnen und Patienten voranzutreiben. Mit unseren Arzneimitteln erreichen wir jedes Jahr über eine Milliarde Menschen.

2026 ist für Sandoz ein besonderes Jahr, denn wir feiern gleich drei bedeutende Jubiläen: 20 Jahre Pionierarbeit im Bereich Biosimilars, 80 Jahre Expertise bei Antibiotika und 140 Jahre Unternehmensgeschichte mit starken Schweizer Wurzeln.

Auch wenn Sandoz erst seit 2023 als unabhängiges börsenkotiertes Unternehmen ein neues Kapitel schreibt: Wir bauen auf einem aussergewöhnlichen Erbe auf. Seit unseren Anfängen im Jahr 1886 in Basel prägen Unternehmertegeist, Innovationskraft und Pioniergeist über Generationen hinweg das, was Sandoz heute ausmacht.

Das Vertrauen in unseren strategischen Kurs und unsere langfristigen Wachstumsperspektiven zeigt sich auch in der bevorstehenden Aufnahme in den Swiss Market Index (SMI). Ab dem 21. September 2026 wird Sandoz dem Leitindex der Schweizer Börse angehören, der die 20 grössten und liquidesten an der SIX Swiss Exchange kotierten Unternehmen umfasst.

Der steigende Kostendruck auf die Gesundheitssysteme weltweit verleiht Biosimilars und Generika eine zentrale Rolle: Sie machen rund 80 % aller verschriebenen Arzneimittel aus, verursachen jedoch nur etwa 30 % der Arzneimittelausgaben.

Als weltweit führender Anbieter von bezahlbaren Arzneimitteln ermöglicht Sandoz Einsparungen von rund 26 Milliarden US-Dollar pro Jahr für die Gesundheitssysteme in Nordamerika, Europa und weiteren wichtigen Märkten. Dies schafft Spielraum für Investitionen in neue Therapien und eine



Das Entwicklungszentrum für Biosimilars in Ljubljana (Slowenien): Teil des Sandoz Entwicklungs- und Produktions-Netzwerks in Europa

bessere Versorgung. Der gesellschaftliche Nutzen der essenziellen Arzneimittel von Sandoz wird auf rund 400 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt, einschliesslich der Vorteile für Patientinnen und Patienten, ihre Familien und die Wirtschaft.

Die Rolle von Biosimilars

Rund die Hälfte des Marktwerts der Arzneimittel, die in den kommenden zehn Jahren ihren Exklusivitätsschutz verlieren, entfällt auf Biologika. Diese komplexen biologischen Arzneimittel werden mithilfe lebender Zellen hergestellt und unter anderem zur Behandlung von Krebs- und Autoimmunerkrankungen eingesetzt.

Vor 20 Jahren brachte Sandoz das weltweit erste Biosimilar eines bereits zugelassenen biologischen Arzneimittels auf den Markt und ist bis heute eines der führenden Unternehmen in diesem Bereich. Aktuell umfasst unser Portfolio 13 vermarktete Biosimilars, weitere 39 befinden sich in der Entwicklung. Biosimilars gehören seit vielen Jahren zu den stärksten Wachstumstreibern von Sandoz.

Um die Chancen der kommenden Jahre optimal zu nutzen, haben wir ein integriertes Netzwerk für die Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Biosimilars aufgebaut. Strategische Partnerschaften und Synergien mit unserem Generikageschäft stärken dieses europäische Fundament. Gleichzeitig können regulatorische Entwicklungen die Kosten erheblich senken und die Markteinführung neuer Biosimilars beschleunigen. Damit sind wir gut aufgestellt, um langfristig und nachhaltig zu wachsen.

Für Patientinnen und Patienten bedeutet dies einen früheren und bezahlbareren Zugang zu modernen Therapien. So kann medizinischer Fortschritt mehr Menschen erreichen.

Für Gesundheitssysteme schafft dies nachhaltige Einsparungen, die gezielt dort eingesetzt werden

**Mehr als 1
Milliarde**

**Patientinnen und
Patienten im Jahr
2025 erreicht**

**26 Milliarden
US-Dollar**

**Einsparungen
pro Jahr für
Gesundheitssysteme**

**400 Milliarden
US-Dollar**

**gesellschaftlicher
Nutzen**

können, wo sie den grössten Nutzen für die Versorgung erzielen.

Für Sandoz eröffnet dies neue Chancen für nachhaltiges Wachstum in einem Bereich, in dem wir weltweit führend sind.

Heute, am 8. September, veranstaltet Sandoz seinen Capital Markets Day an der London Stock Exchange. Dort stellt das Unternehmen seine Pläne vor, den Zugang zu Arzneimitteln für Patientinnen und Patienten deutlich zu verbessern.

Registrieren Sie sich jetzt, um den Webcast **ab 14:30 Uhr (MESZ)** live zu verfolgen: [Sandoz.com/events/capital-markets-day](https://www.sandoz.com/events/capital-markets-day)



SANDOZ

Der Schmerz einer Nation mündet in Rache

Die neue Staffel von «Fauda» erzählt eindringlich vom 7. Oktober und von den Folgen. Von Claudia Schwartz

Als am 7. Oktober vor drei Jahren die Terrororganisation Hamas Israel überfiel, war nicht die Zeit, an Fernsehserien zu denken. Aber wer «Fauda» gesehen hatte, der wurde mit einem Schlag der prophetischen Kraft der israelischen TV-Serie gewahr: «Fauda» hatte die Eskalation kommen sehen. Seit ihrem Start 2015 handelte die Filmmerzählung über eine Anti-Terror-Einheit des israelischen Inlandgeheimdienstes Shin Bet davon, in welcher Ausweglosigkeit und Desillusionierung die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung feststeckte. Mit jeder der vier bisherigen Staffeln, in denen die Truppe im Westjordanland oder im Gazastreifen Terroristen ausschaltete, sank die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes.

Am Tag der Terrorattacke wurde «Fauda» von der Wirklichkeit eingeholt – nach dem Prinzip der Serie, das besagt, dass Schmerzzufügung der Erkenntnis förderlich ist. Die verheerenden Anschläge der radikalislamischen Hamas standen für das Unvorstellbare – es brauchte keine von Tod und Verzweiflung wissenden Bilder mehr. Es war eine Zäsur und eigentlich auch undenkbar, dass «Fauda» überhaupt noch würde weitergehen können.

Doch in den Tagen und Wochen darauf dominierte in der Weltöffentlichkeit nicht Mitgefühl für die Angegriffenen, sondern das, was die französisch-israelische Soziologin Eva Illouz als «krankhaften Jubel» von linken, antikolonialistischen Kreisen bezeichnet. Diese solidarisierten sich von Paris über Berlin und London bis New York mit den Palästinensern gegen Israel und legitimierten den Terrorangriff als Akt des Widerstands, so Illouz. Unmittelbar zum Ausdruck kam dies in der fehlenden Empathie vieler Medien weltweit gegenüber den von der Hamas verschleppten israelischen Geiseln.

Seither gibt es eine neue Dimension in der israelischen Frage, und diese treibt die neue Staffel voran. Der Hauptdarsteller Lior Raz (in der Rolle des Doron Kabilio) und der Journalist Avi Issacharoff – sie wirken als Co-Autoren, gelten aber mittlerweile als die herausragenden Köpfe der Serie – schrieben nach dem 7. Oktober das Drehbuch zur vorliegenden fünften Staffel komplett um.

Versprengte Truppe

Man führt hier nochmals vor Augen, weshalb «Fauda» seit Jahren zum Besten gehört, was grosses Erzählfernsehen zu bieten hat. Raz und Issacharoff finden einen überzeugenden Dreh, das Faktum des 7. Oktober, den Schock in Israel und die Gleichgültigkeit der Welt zu thematisieren. Die etablierte Geschichte um eine Anti-Terror-Spezialeinheit geht vor dem Hintergrund dieser neuen israelischen Realität konsequent weiter.

Das Team um Doron Kabilio ist zwei Jahre nach den Ereignissen des 7. Oktober eigentlich nicht mehr im Dienst – und dann doch so halb schon wieder im Einsatz. Das erlaubt eine gewisse Distanzierung vom eigenen Modus und nachdenkliche Zwischentöne.

Die zum Inlandgeheimdienst Shin Bet gehörenden Anti-Terror-Kämpfer sind keine Einheit mehr, sondern eine versprengte Truppe. Alle vier sind von den Ereignissen am 7. Oktober nachhaltig beschädigt. Die Familie von Eli (Yaakov Zada Daniel) wurde ausgelöscht; Doron leidet an Amnesie und kann sich nicht erinnern, was an dem Tag passierte, als er Elis Familie zu Hilfe eilte. Bis in die Wirklichkeit des Filmteams hinein sind sie hier reduziert: Sagi, eine der Hauptfiguren, hat nur einen Miniauftritt, weil der Darsteller Idan Amedi im Januar 2024 als Reservist bei einem Militäreinsatz in Gaza als Folge der Terrorattacke so schwer verletzt wurde, dass er keine grössere Rolle übernehmen konnte.

Es gibt keinen Übergang zur Tagesordnung, und das ist klug gemacht: Doron, Eli, Steve, Sagi, aber auch die Verantwortlichen beim Shin Bet, Gabi (Itzik Cohen) und Dana (Meirav Shirom), stehen hier stellvertretend für die Traumatisierung der israelischen Gesellschaft. In



Kann sich nicht erinnern, was er am 7. Oktober erlebt hat – Lior Raz in der Hauptrolle des Doron Kabilio.

NETFLIX

den Folgen sieben und acht erleben wir durch ihre Augen, was am 7. Oktober passierte. Es geht um den Schmerz einer Nation. Die beiden Episoden sind schwer zu ertragen. In einem kurzen Vorspann wird an der Stelle warnend darauf hingewiesen, dass die Folgen für manche (etwa traumatisierte) Zuschauer nicht empfehlenswert seien und ausgelassen werden könnten, was aber dem Verständnis des Ganzen keinen Abbruch tue.

Die Warnung ist berechtigt, auch wenn der Horror ganz ohne Voyeurismus oder Übertreibung gezeigt wird. Die Realität braucht hier keine Überzeichnung. Ohnehin war «Fauda» grundsätzlich nie zimperlich, wenn es darum geht, die rohe Gewalt, den psychologischen Druck, die politische Hoffnungslosigkeit, den blanken Hass auf beiden Seiten, die Mechanismen zu zeigen, die den Nahostkonflikt vorantreiben.

Trotzdem ist es eine absurde Vorstellung, dass man sich die Serie anschauen könnte ohne die beiden Schlüsslepisoden zum 7. Oktober. Denn der Terror ist Realität. Und wo Israels Feinde gut im Verleugnen und Umdeuten sind, erscheint es umso zwingender, dass nun im Kontext dieses Werks der unvorstellbare Schrecken nicht einfach ausgeblendet, sondern eben benannt wird.

Brennpunkt Marseille

In einem cleveren Schachzug nimmt diese Geschichte ihren Auftakt in Europa, wo die ersten sechs Folgen hauptsächlich spielen. Man thematisiert den Zusammenhang von Migration, Antisemitismus und Israel-Hass und knüpft an die vorangegangene Staffel an. Dort spürte man im Brüsseler Stadtteil Molenbeek einen Ausläufer der libanesischen Terrormiliz Hizbullah auf und führte den europäischen Ländern ihre gefährliche Zögerlichkeit im Umgang mit dem erstarken Islamismus und dem zunehmenden Antisemitismus vor Augen.

Nun also Marseille, wo am Massaker des 7. Oktober massgeblich beteiligte Terroristen der Hamas Unterschulpf gefunden haben. Hierhin begleitet Eli seinen drusischen Freund Salem (Bian An-teer), der den Mord an seinem am

7. Oktober getöteten Sohn rächen will. Gabi Ayub (Itzik Cohen) hält Eli nicht für stabil genug und schickt zu dessen Schutz Doron und später auch Steve (Doron Ben-David) hinterher.

Während sich hier die Erzählung vom grossen israelischen Trauma des 7. Oktober auftut, finden die drei Israeli heraus, dass die Drahtzieher der Hamas von Marseille aus nach dem Vorbild des 7. Oktober bereits eine zweite «Al-Aksa-Flut» planen. Im Handumdrehen wird aus der privaten Vendetta eine inoffizielle Operation des Shin Bet. Doron und Eli infiltrieren die Hamas. Schnell wird deutlich, wie die Islamisten vor Ort Schutz geniessen, da hier ein Teil der französischen Polizei korrumpiert ist.

Israel zählt nicht auf Europa

Der importierte Antisemitismus in Frankreich steht hier beispielhaft für ähnliche Brennpunkte in Europa. Mit Anne, eindrücklich gespielt von Mélanie Laurent («Inglourious Basterds»), der Witwe eines von den Israeli umgebrachten Täters am 7. Oktober, rücken auch die militanten europäischen Hamas-Sympathisanten ins Bild. Im Fokus auf Marseille und den dortigen migrantischen Islamismus macht «Fauda» deutlich, dass Israel keinen Glauben mehr an die Solidarität der Europäer hat und von ihnen, gelinde gesagt, generell nicht viel hält.

Die international überaus erfolgreiche Serie trägt hier eine Mahnung in die Welt, die schnell ihre Solidarität mit Israel aufgab und in beschämender Weise etwa die Situation der Geiseln beiseiteschob. Es macht sich hier auch politische Ernüchterung breit darüber, wie die europäischen Regierungen, abgesehen von Deutschland und Österreich, auf die Seite der Palästinenser abgedriftet sind. Aber «Fauda» war nie eine Serie der Larmoyanz. Man stellt das ernüchtert fest und fährt weiter im Text.

Indes manifestiert sich eine Verschiebung im Fokus der Serie, da hier zum ersten Mal die Situation im Westjordanland oder im Gazastreifen keine Rolle spielt. Einerseits hat das damit zu tun, dass zur Zeit der Entstehung der neuen Folgen nicht klar war, was mit den verbliebenen

Geiseln passieren wird. Eine Staffel darüber, wie die Anti-Terror-Einheit versucht, Geiseln aus Gaza zu befreien, verbot sich aus Respekt. Andererseits richten die Macher ihr Engagement diesmal eng an den Ereignissen des 7. Oktober und den Opfern jenes Angriffs aus.

Der Schock sitzt tief

Das ist ein Bruch mit der Tradition von «Fauda»; zumindest die ersten drei Staffeln thematisierten die Lage der Palästinenser in einer Zeit, in der die israelische Gesellschaft deren Situation ignorierte und ausblendete. Während Netanyahu vor allem Iran, den Hizbullah und allenfalls noch Syrien ins Schaufenster stellte, spielten die Palästinenser in der öffentlichen Debatte keine Rolle. «Fauda», die sowohl beim israelischen wie beim arabischen Publikum erfolgreiche Serie, machte auf deren Situation immer wieder prominent aufmerksam.

Zu Zeiten, als die Israeli dachten, nun gingen sie die Palästinenser, hinter Zaun und Mauer versorgt, nichts mehr an, sendete die Fernsehserie Warnsignale aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen herüber, die unmissverständlich zeigten, was sich dort zusammenbraute. Trotzdem trägt man nicht dick auf. Führt nicht vor, dass man mit allem recht hatte, während die israelische Gesellschaft in ihrer Palästina-Ignoranz fehl ging. Israel hatte das Gewaltpotenzial und die Militanz, mit der die Hamas die Herrschaft im Gazastreifen übernahm, total unterschätzt.

Der Schock sitzt tief. Am Ende ist – in memoriam – die Staffel schlicht den Opfern des 7. Oktober gewidmet. Ob es eine sechste Staffel geben wird, ist noch unklar. Undenkbar ist es angesichts der neuen Folgen nicht; die Showrunner lassen sich erst einmal alles offen. Dass dann der Fokus wieder mehr auf der palästinensischen Frage liegen dürfte, ist anzunehmen: Raz und Issacharoff gaben sich immer als Anhänger einer Zweistaatenlösung zu erkennen, machten aber auch deutlich, dass sie diesbezüglich keine realistische Lösung mehr sehen.

«Fauda» (Regie: Omri Givon), 11 Folgen, ab Dienstag, 8. September, bei Netflix.

Kaputte Menschen erzählen kaputte Geschichten

Eine literarische Zechtour mit Stefanie Sargnagel, Peter Bichsel, Heinz Strunk und Alex Capus

BJÖRN HAYER

Eckkneipen bieten die schnelle Therapie. Sie sind Anlaufstelle für Einsame, Schlaflose und Alltagsflüchtende. Ein Ort der Geselligkeit, der jedoch zunehmend gefährdet ist. Sowohl in der Provinz als auch in den immer teurer werdenden Städten werden Kneipen durch schicke Bars ersetzt. Doch während altgediente Beizen schliessen, feiern sie in der Literatur ein Revival.

Im jüngst erschienenen Debütroman der deutschen Schauspielerin Svenja Liesau «Es war nicht anders möglich» trösten Alkohol, ein Tresen und ein paar angetütete Menschen mit Hang zum Palaver die von Seelenschmerz geplagte Erzählerin. Nach dem Tod ihres Vaters, der sich kaum um seine Tochter scherte, spült Martina Reimers ihren Kummer in den Kneipen Berlins herum. Dort schreibt sie Briefe an den Verstorbenen oder lauscht den seichten Tresengesprächen.

In Liesaus Roman gleicht die Kneipe einer zweiten Heimat. «Ich bin wie in einer Fruchtblase umgeben von Liebe und Flüssigkeit», schreibt Liesau. Alle tragen ihr Päckchen, und dieser Ballast verbindet. Es ist eine lose Gemeinschaft der Aussenseiter, Sonderlinge und vom Schicksal Gebeutelten. So «werde ich akzeptiert, weil ich hierherkomme, um zu trinken. Weil hier jeder irgendetwas Seltsames, meist Tragisches [...] von der Gesellschaft der Funktionierenden Abgestossenes an sich hat», so die Protagonistin.

Bis zur Schliessstunde sind Verwertungslogik und Konkurrenzgebaren weit weg. Im Geschwätz, im Erzählen und Zuhören, mithin im Verzweiflungssuff sind alle gleich. Schlager beschwören selbst im Spelunkendunst Träume vom fernen, idyllischen Dasein herauf. In Wirklichkeit schauen die meisten nur in leere Gläser.

«Pornografie des Elends»

In der zeitgenössischen Literatur hat der Kneipenroman mittlerweile ein eigenes Genre begründet. Zu den Autoren gehören auch Stefanie Sargnagel und Heinz Strunk. Erstere, wohl die Thekensoziologin der Literatur schlechthin, entfaltet in «Dicht» (2021) einen Reigen der Abstürze in den «abgefucktesten» Schuppen. Die Autorin beschreibt Randfiguren, unter ihnen «Bezirksalkoholiker», die «ab dem Vormittag die Zeit totschlugen, zum Beispiel Hugo, der schielende Elektriker, immer im Blaumann, obwohl er arbeitslos war [...] oder Gino, ein Hüne von über zwei Metern [...] und einem Gesicht wie aus einem David-Lynch-Film, der irgendwas mit Computern machte. An der Ecke sass Ernstl, ein pensionierter Installateur, der schwul war, sich aber nie geoutet hatte.»

Noch krasser wirken die Gestalten in Heinz Strunks «Der goldene Handschuh» aus dem Jahr 2016. Der Roman führt in die gleichnamige 24-Stunden-



Die Kneipe sei «wie in einer Fruchtblase umgeben von Liebe und Flüssigkeit», schreibt die Autorin Svenja Liesau. BILDER ANNICK RAMP / NZZ



Ein wenig Süsses gibt es auch, und zum Bezahlen nutzt man im «Löwen» in Saland immer noch eine Kasse aus den 1940er Jahren.



Kaschemme im Hamburger Stadtteil St. Pauli, wo sich der Serienmörder Fritz Honka zumeist aufhielt. 1976 wurde er für mehrere Tötungsdelikte an Frauen zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Strunk schildert vor allem das Kneipenmilieu des Mörders. Kaputte Menschen erzählen kaputten Menschen kaputte Geschichten. Der Literaturwissenschaftler Jan Behr, der zu subkulturellen Milieus in der Beltristik forscht, spricht von einer «Pornografie des Elends». Kurz vor der Verwesung stehende Menschen mit und

ohne Gebiss sowie vom Stuhl kippende Scheintote vegetieren vor dem Tresen. Immer wieder mit Gestank, Schimmel und allerlei Sekreten assoziiert, erscheint die Absteige als Ort des Ekels. Mag die Bar in Svenja Liesaus Roman noch an einen rettenden Hafen erinnern, gleicht sie bei Strunk einer Deponie für havarierte Tanker.

Etwas actionreicher wird es bei Alex Capus. Der Schweizer Autor greift auf eigene Erfahrungen aus der Gastronomie zurück. In seiner Heimatstadt Olten hat er die Bar «Galicia» eröffnet. Mög-

licherweise diente sie ihm als Inspiration für seinen jüngsten Roman «Querfeldein». Er spielt in einem Dorf an der Grenze zu Deutschland, in dem eine Wirtschaft vor hundert Jahren zum Dreh- und Angelpunkt der Geschichte wird. Sie gerät zu jenem Ort, an dem die Machenschaften von Schmugglern und Kriegstreibern kulminieren. Zugleich versammelt sie mehr und mehr Menschen, die sich gegen eine Usurpation ihrer Heimat zur Wehr setzen wollen.

Darum ging es auch einem weiteren eidgenössischen Schriftsteller: Peter

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 247. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Ivo Mijnsen (mij.), Carola Ettenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk.).

Tagessleitung: Ivo Mijnsen (mij.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (lip.).

International: Benedikt Neff (ben.), Andreas Rüsch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Markus Ackert (mac.), Niklaus Nuspliger (n.), Christian Weisflog (ws.), Simon Hehl (hs.), Dominique Burckhardt (dbu.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Jonas Roth (jon.), Isabelle Jacobi (ija.), Anne Allmeling (all.), Daniel Rickenbacher (dr.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwarden (ase.), Daniel Gerry (dgy.), Michele Coviello (cov.), Tobias Gafar (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Isabelle Wächter (wai.), Sebastian Briellmann (sb.), Laura Sibold (sla.).

Bundeshaus: Katharina Fontana (fon.), Matthias Venetz (etz.), Selina Berner (sia.), Beatrice Bösiger (boe.), Renato Schatz (atz.).

Westschweiz: Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fb.), Nina Belz (nbe.), Katja Baigger (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (crl.).

Michael von Ledebr (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.), Andrea Marti (aam.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Michael Rasch (ra.), Andrea Marti Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Benjamin Triebel (bet.), Dominik Feldges (df.), Etlamm Mordrelle (EM), Moritz Kaufmann (mkt.), Jörg Meier (mju.), Markus Stadel (sta.), Albert Steck (sal.), Jörg Zulliger (jz.), Janique Weder (we.), Thomas Schlittler (tsc.), Malin Hunziker (hum.), Elena Oberholzer (obe.).

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pfi.) – Chefökonom und Co-Leitung NZZ Pro, Peter Rásonyi (pra.) – Co-Leitung NZZ Pro und Geopolitics, Georg Häslar (geo.), Marco Seliger (mse.), Leon Igel (igl.), Lukas Mäder (mdr.), Ulrich Speck (usp.), Catherine Bosley (cbs.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahrtz (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Ruth Fultner (ful.), Gioia da Silva (gds.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.), Eva Meil (ev.), Martin Amrein (ma.), Anna Weber (wea.), Georg Rüschmeyer (rus.), Lena Wätle (lwt.), Leonid Leiva Ariosa (lel.), Michael Brendler (mb.),

Feuilleton: Rico Bandle (rb.), Marc Tribelhorn (tri.), Thomas Ribb (rib.), Ueli Bernays (uba.), Philipp Meier (ph.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Rahel Zingg (zin.), Tobias Sedlmaier (tsm.).

Sport: Sebastian Bräuer (smb.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Köller (bko.), Dominic Wirth (dow.), Brigitte Wenger (dwi.), Ines Häfliger (hin.), Niels Bossert (bns.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (sfc.), Peter Ackermann (pan.).

Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Till Minder (til.), Jacqueline Lipp (lip.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wek.), Lucia Grassi (glu.), Leonie

Wagner (lwa.), Salome Woerlen (woe.), Yasmin Müller (yas.), Lisa Aeschlimann (ael.), Viviane Bischoff (biv.), Inna Hartwich (inn.), Jana Schmid (jsc.), Maurice Koepfli (ice.), Hannes Boos (boh.), Jana Kehl (ehj.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhardt (bup.), Florentin Erb (erf.), Severin Pomsel (spo.), Raca Wita (raw.), Valentina Winkler (wiv.), Patrizia Widmer (wip.), Simon Knolmayer (ssk.), Aline Syfrig (alp.), Oskar Kveton (osk.).

Format: Jörg Walch (jwa.), Nicole Krättli (krä.), Séverine Bruderer (brs.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.), Luca Froelicher (luf.).

Podcast: Sarah Ziegler (zis.), Dominik Schottner (dks.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dv.), Marlen Oehler (oeh.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (jea.), Lillybelte Eisele (lyb.).

Audience Management: Thierry Fignini (tfi.), Nicolas Fröhner (frm.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Jan Ludwig (lud.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Marz (mar.), Joana Kälén (jpk.), Jasmine Rueegg (jrm.), Nikolai Theilitz (nth.), Jonas Oesch (jea.), Florian Seliger (fsl.), Nicolas Staub (sas.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Off (sh.), Eike Hopmann (eik.), Simon Huxliker (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Seda Motie (sed.), Sophia Küssling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Jasmin Hegetschweiler (hja.), Ida Götz (ida.), Andrea Brühlmann (abr.), Samuel Meier (sam.).

Produktionsredaktion: Benno Martli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Lucie Paška (ipa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (ph.), Iida Orzlap (ilo.), Lisa Leonardy (lil.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Marco Krüger (krm.), Christian Bürge (cbü.), Ida Götz (ida.), Andrea Brühlmann (abr.), Samuel Meier (sam.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aebly (nae.), Martin Berz (brz.), Dario Veréb (dva.), Isabella Hager (iba.), Maja Siebrecht (maj.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Dominic Nahr (dna.).

Korrektur: Natasscha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinwirth (DSt), **London:** David Signer (dal.), **Rom:** Luzi Bernet (lzb.), **Barcelona:** Florian Haupt (fhp.), Julia Macher (jma.), **Wien:** Meret Baumann (bam.), **Berlin (Ukraine/Russland):** Volker Pabst (pab.), **Tallinn:** Linda Koponen (lko.), **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (imr.), Antonio Fumagalli (fum.), **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.), **Istanbul:** Nicole Anliker (ann.), **Beirut:** Daniel Böhm (dan.), Rewert Hoffer (rew.), **Tel Aviv:** Johannes C. Bockenheimer (JCB.), **Bangkok:** Andreas Babst (abb.), **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (lvs.), **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.), **Peking:** Matthias Kamp (mka.), **Tokio:** Martin Kölling (koe.), **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.), **Washington:** Isabelle Jacobi (ija.), **Chicago:** Andreas Scheiner (sca.), **New York:** André Müller (amü.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.), **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

REDAKTION DEUTSCHLAND

Berlin: Florian Eder (FE.), Morten Freidel (frei.), Oliver Maksan (oma.), Jonas Hermann (jsh.), Susann Kreuzmann (suk.), Beatrice Achterberg (bta.), Jannik Belser (jab.), Nathan Gierzew (gwi.), Anna Schiller (asch.), Malte Fischer (mfi.), Len Sander (lsa.), Sebastian Lange (lgs.), Armin Arbeiter (aar.).

Frankfurt: Cornelius Welp (wel.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von manhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Charlottenstrasse 42, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, www.nzz.ch.

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Bichsel. Als Mitbegründer der ältesten genossenschaftlich betriebenen Beiz der Schweiz, des «Kreuzes» in Solothurn, beklagte der im letzten Jahr verstorbene Autor das Kneipensterben in der Provinz. In einer Epoche der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit bieten Schankstuben eine «Ersatzheimat», wie er einmal in einer Laudatio für frisch diplomierte Hoteliers hervorhob. «Sie haben eine Verantwortung, die über das Gewinnstreben hinausgeht. Sie haben eine schweizerische Tradition zu bewahren, die des bodenständigen und handfesten Gastgewerbes.»

Das Lokal erweist sich als Politikum. Zum einen weil es ein aussterbendes Biotop darstellt, zum anderen weil es – ungeachtet seiner Offenheit für jedermann – in diversen Romanen prekären Lebenssituationen Sichtbarkeit verleiht. Alfred Döblin zeigt sie etwa in «Berlin Alexanderplatz» aus dem Jahr 1929, geschrieben in einer Umbruchszeit, in der das Proletariat um seine Existenz in den Städten kämpfen musste. Als Szenetreff der kleinen Leute, vom Angestellten bis zum Gauner.

Idealisierung des Versifften

So viel Elend, so viel Traurigkeit – will man davon lesen? Wie erträgt man es, wenn in Strunks «Der goldene Handschuh» dem «Taxi-Dieter» der Unterkiefer mit einem Schlagring auf «halb acht» gehauen wird? Oder wenn sich eine Prostituierte ihre auf dem Boden verteilten Zähne mit Zementkleber wieder anzukleben müht? Als Schmierenkommödie haben derlei Szenen, bei denen einem auch das Lachen im Halse stecken bleibt, durchaus einen Unterhaltungswert. Sie triggern den Voyeurismus und das Interesse am Absseitigen, gleichzeitig gewähren sie Einblicke in Lebenssituationen, die manchen unbekannt sind.

Obgleich Autoren wie Heinz Strunk die dunkle Seite der Kneipenwelt mit ihren Prügeleien und ihrer Trostlosigkeit aufzeigen, wohnt dem Genre ein Hang zur Idealisierung inne. Kneipen sind eben auch Projektionen. Prosatexte über die Geschehnisse hinter und vor der Theke bedienen unsere Lust an Tratsch. Denn was wird dort neben Alkohol und bisweilen schmalzigen Schlagen sonst geboten ausser Geschichten, dem eigentlichen Pfund der Literatur?

Mittlerweile kommt dem Kneipenroman auch eine konservierende Funktion zu. Er bedient eine Sehnsucht nach Austausch, und zwar über Milieugrenzen und Unterschiede hinweg. Während altgediente Beizen schliessen, bleiben sie in der Literatur bestehen. Immerhin findet man verlotterte Ecken und kuriose Gäste noch zwischen den Buchdeckeln.

Alex Capus: Querfeldein. München 2026. Svenja Liesau: Es war nicht anders möglich. Berlin 2026. Stefanie Sargnagel: Dicht. Hamburg 2021. Heinz Strunk: Der goldene Handschuh. Hamburg 2017.

Filiale Deutschland: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Charlottenstrasse 42, 10117 Berlin.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +49 30 223 800 55, service@nzz.de, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZ Zone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch.

Druckerei: Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co. KG, Zeitungsgruppe Offenbach-Post, Waldstrasse 226, 63071 Offenbach am Main.

PREISE FÜR DEUTSCHLAND (inkl. MWSt)

NZZ International Print: 676 € (12 Monate), 62 € (1 Monat).

NZZ Pro: 299 € (12 Monate), 29,90 € (1 Monat).

Übrige Auslandspreise auf Anfrage.

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2026.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisleiste vom 1. 1. 2026.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

Eine Flaschenpost aus dem Weltkrieg

Die Antikriegskantate «La Sainte Face» von Yvonne Loriod aus dem Sommer 1944 wird in Berlin eindrucksvoll wiederentdeckt



Kent Nagano leitete die Uraufführung der Kantate «La Sainte Face» von Yvonne Loriod im Rahmen des Berliner Musikfestes in der Philharmonie.

ANTOINE SAITO / BERLINER FESTSPIELE

ELEONORE BÜNING, BERLIN

Er war achtzehn, sie einundzwanzig. Beide wollten Komponisten werden. Doch es wurde scharf geschossen im besetzten Paris im Sommer 1944, die Front verlief mitten durchs Quartier. Wer heute satt und sicher im Konzertsaal sitzt und zu einer der zwei oder drei glücklichen Generationen gehört, die im Frieden aufwuchsen, wird von der Antikriegsmusik der jungen Komponistin geradezu wütend überfallen. Sie ist bis zum Bersten erfüllt von einer bekenntnishaften Dringlichkeit.

Einige Zuhörer halten das nicht aus. Sie verlassen grüppchenweise den Saal. Solch eine Protestflucht des Publikums hat es in der Berliner Philharmonie seit Jahren nicht mehr gegeben. Das Verückte daran: Diese neunzig Minuten

lange, nahezu wortlose Kantate mit dem Titel «La Sainte Face», die jetzt mit gut achtzig Jahren Verspätung beim Musikfest Berlin zur Uraufführung kam und Furore machte, ist alles andere als neu.

Verzicht für den «Meister»

Nur unbekannt war dieses Stück, bis jetzt. Seine Urheberin wurde obendrein lange verleugnet. Yvonne Loriod, als Pianistin schon früh erfolgreich und alsbald weltberühmt, hatte bei Darius Milhaud Komposition studiert und bei Olivier Messiaen Analyse. Doch gab sie, sieben Jahre nach Kriegsende, das Komponieren auf, um fortan für Messiaen als Muse, Interpretin, Chauffeuse, Assistentin, Putzhilfe und Herausgeberin zu dienen. Später heirateten die beiden. Sie nannte ihn «Meister».

So etwas ist kein Einzelfall in der Geschichte der schönen Künste. Immer wieder haben Ehefrauen sich und die eigene Kreativität hintangestellt, mehr oder weniger aus Liebe. Im Fall Alma Mahler war dies ein vom Gatten gefordertes Opfer – mit der für uns heute seltsam anmutenden Begründung, es könne doch nicht zwei komponierende Menschen im Hause Mahler geben. Im Fall Loriod war es dagegen ein selbstbewusster Verzicht. Sie selbst erklärte 1951 alles, was sie bis dato komponiert hatte, für unwichtig. Bei Wikipedia gibt es folglich nicht einmal eine eigene Rubrik zu ihren Werken.

Der Loriod-Artikel des Online-Lexikons Mugi von 2018 dagegen verweist auf immerhin fünf Stücke, verknüpft mit der mahnenden Bemerkung: «Eine Studie über Yvonne

Loriods Kompositionstätigkeit wäre angebracht.» Im August 2024 erklang dann erstmals von Loriod komponierte Musik beim Messiaen-Festival in La Grave: «Drei Stücke für zwei präparierte Klaviere», gespielt von Florent Boffard und Roger Muraro, ausserdem zwei weitere kurze Kammermusiken. Die vierhändigen «Trois Pièces» sind von John Cage und der fernöstlichen Gamelan-Musik inspiriert, sie wurden von Radio France übertragen und sind auf Youtube zu finden. Im Programmheft firmiert Yvonne Loriod als «la bonne fée du festival».

Die ungleich aufwendigere Kantate «La Sainte Face», die in vierzehn Einzelnummern von der Nase bis zu den Haaren das «Heilige Antlitz» des Kreuzigten in Tönen betrachtet, ist mithin erst das fünfte Loriod-Opus, das an die breitere Öffentlichkeit dringt. Die ersten zarten Töne kriechen fast unmerklich aus dem Nichts, man sieht anfangs nur, wie Kent Nagano dirigierend die Luft zerteilt. Drei helle, zirpende Stimmen bilden, ähnlich dem Concertino in einem barocken Concerto grosso, die federführende Solistengruppe: eine Querflöte, gespielt von Wendy Vo Cong Tri, eine Harfe (Emily Hoile) sowie eine instrumental eingesetzte, vorwiegend Vokalisen singende Sopranistin (Sarah Aristidou).

In späteren Abschnitten der Komposition umkreisen und umschlingen die drei einander teils in larmoyanter Wechselton-Lakonie, teils in abenteuerlicher Intervall-Artistik. Es kommt zu aggressiven Ausbrüchen des gesamten Orchesters im Fortissimo. Etwa in Nummer 6, in der es um die Dornenkrone geht; oder in Nummer 10, in der die «Unsterbliche Träne» rollt, derweil es im «Kelch des Bösen» dröhnend rumort, dank Tuba und Grosser Trommel sowie gleich zwei Ondes Martenot.

Diese frühen Synthesizer, die elektronischen Lieblingsinstrumente Messiaens, können nicht nur wie Vögel singen und wie Gespenster heulen, sie können auch brüllen und beispielsweise in Nummer 12 (der «Gottverlassenheit» gewidmet) nervtötend hoch pfeifen. Jedoch: Mit Tonmalerei hat all das wenig zu tun. Es handelt sich, mit Beethoven zu sprechen, jeweils um den Ausdruck der Empfindung. Nicht die zerschlagene Nase wird in Tönen nach-

gemalt. Nicht die Blutstropfen in den Augenbrauen spiegeln sich in der wundervollen Melodie der vier Solocelli in Nummer 7. Sondern Mitgefühl und Entsetzen, Ohnmacht und Trauer.

Loriod nannte das Werk eine «contemplation». Angeregt wurde sie dazu von dem Turiner Grabtuch beziehungsweise einer Kopie dieser berühmten Reliquie, die im Sommer 1944 in der Kirche von La Garenne ausgestellt worden war. Gewidmet hat sie ihre atemberaubend farbige Trauermusik, in der viermal wie ein Mantra die Christus-Worte «Mon Père, pourquoi m’as-tu abandonné» auftauchen, einem ihrer Kompositionsstudienfreunde. Er hiess Jean-Claude Touche und wurde als freiwilliger Rotkreuz-Sanitäter in jenem Sommer in Paris, am 25. August 1944, auf der Strasse erschossen.

Weitere Entdeckungen möglich

Zum Abschluss singt Sarah Aristidou dann, begleitet von Glockenklängen, einen Epilog: Diese weit ausgreifende «Meditation über die Lilie» mündet in ekstatische Hosannah-Rufe, was seltsam verloren wirkt und einsam nachzittert. Rund 250 Seiten umfasst die Partitur von Yvonne Loriods «Sainte Face». Das WDR-Sinfonieorchester und sämtliche Solisten agieren brillant. Hoch zu loben auch die Musikredaktion des WDR und der Verlag Durand, der das umfangreiche Notenmaterial aufbereitet hat. Und wer führt das nun ein zweites Mal auf?

Einleitend standen unter anderem drei kurze Orgelstücke auf dem Programm, komponiert von jenem jungen Jean-Claude Touche. Im Programmheft finden sich Auszüge aus dessen Tagebuch, die über die Umstände der Entstehung von Loriods Musik aufklären. Sie hat ihr Kriegserlebnis zweifellos völlig anders verarbeitet, als es Olivier Messiaen etwa in seinem berühmt gewordenen «Quatuor pour la Fin du Temps» tat. Und doch lassen sich in ihrer wiederentdeckten Kantate, in Besetzung und Idee, immer wieder eindeutige Parallelen finden zu späteren Werken ihres Mannes.

Vielleicht muss auch Messiaens Schaffen noch einmal neu beleuchtet werden, wenn nun endlich auch andere grössere Stücke von Loriod ans Licht befördert werden. Es sollen noch etliche in Archiven schlummern.

Ein bisschen beste Freunde

Der Historiker Klaus Kellmann analysiert die schwierige Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland

CLEMENS KLÜNEMANN

Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland wurde schon oft thematisiert. Klaus Kellmann formuliert fast nebenbei den Gedanken, der sich wie ein roter Faden durch sein umfangreiches Buch zieht: «Mehr denn je begriffen sich Deutschland und Frankreich als zwei Nationalitäten, die dadurch definiert waren, dass jede sich weitestgehend als Negation der anderen verstand.»

Um diesen Antagonismus zu illustrieren, hätte es nahegelegen, im frühen 19. Jahrhundert und mit dem napoleonischen Export der Revolution anzusetzen. Durch ihn wurde das ganze Paradox einer partikularen Nation mit universaler Sendung sichtbar, das Hegel auf den Begriff brachte, als er schrieb: «Ein Staat ist eine individuelle Totalität.» Klaus Kellmanns Buch setzt jedoch in dem Moment der französischen Geschichte ein, als sich die dunkle Seite dieser Totalität offenbarte: mit der Affäre Dreyfus. Kellmann, der lange in der Leitung der Kieler Landeszentrale für politische Bildung tätig war, zeichnet an ihr die Selbstherrlichkeit des französischen Staats nach. Lange weigerten sich die Repräsentanten der Dritten Republik, den Justizirrtum als solchen anzuerkennen.

Die Affäre, die als Zerreissprobe für die französische Gesellschaft gilt, wird von Kellmann als Grunddisposition einer fatalen Entwicklung gedeutet, die viel mit dem Verhältnis zum östlichen Nachbarn zu tun hat: Denn im Lager der Dreyfus-Gegner trafen diejenigen, die auf eine Revanche der Schmach von 1870/71 sannen, auf Antirepublikaner sowie auf Anhänger des Antisemitismus, der weit bis ins linke Spektrum reichte. So werden «die zwölf fatalen Jahre von 1894 bis 1906», dem Jahr der halbherzigen Rehabilitierung des elsässischen Hauptmanns Dreyfus, zu einer der Ursachen des oft als «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» bezeichneten Ersten Weltkriegs.

Die Schuld am Krieg

Kellmann zeigt eindringlich, welche Folgen das Reden von der deutsch-französischen Erbfeindschaft hatte, das im Kontext der Dreyfus-Affäre aufkam. Gleichzeitig macht er anschaulich, welche Beweggründe und Ziele die Kriegsparteien hatten und welche Beweggründe die bis heute andauernden Debatten um die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestimmen. In Deutschland werden sie von den gegensätzlichen Positionen der Historiker Fritz Fischer und Christopher Clark dominiert.

Kellmann bezieht eindeutig Stellung gegen Fischer: «Der entscheidende Denkfehler Fischers», schreibt er, «besteht darin, dass das deutsche Kriegszielprogramm ein Produkt des Krieges ist und nicht seiner Verursachung.» Doch statt Clarks Position zustimmend zu referieren, unterzieht

Die Dreyfus-Affäre, die als Zerreissprobe für die französische Gesellschaft gilt, wird als Grunddisposition einer fatalen Entwicklung gedeutet.

Kellmann die von Raymond Poincaré geprägte Politik Frankreichs einer ebenso hellsichtigen wie plausiblen Analyse. Poincarés Unnachgiebigkeit empörte die deutschen Unterhändler und verwunderte die Vertreter Grossbritanniens und der USA. Kellmann lässt keinen Zweifel daran, wie sehr die französische Intransigenz die radi-

kalen Kräfte in der Zeit der Weimarer Republik förderte.

In der Argumentation zeigt Klaus Kellmann, wie stark frühe persönliche Erfahrungen mit dem jeweiligen Nachbarland ab dem Jahr 1940 die Haltungen und Handlungen der Politiker bestimmten, als Frankreich in nur wenigen Wochen von der deutschen Armee besiegt und besetzt wurde. Dominiert wird das Ganze vom Antagonismus zwischen Philippe Pétain und Charles de Gaulle.

In Kellmanns Darstellung liest sich das wie ein epischer Kampf zwischen Männern, in denen sich zwei Selbstbilder Frankreichs verkörperten. Dabei war de Gaulle keinesfalls überzeugter Anhänger der Republik – wohl eher war er Vernunftrepublikaner und im Herzen katholischer Monarchist. Das zeigte sich daran, dass er sich die bis heute gültige französische Verfassung auf den Leib schneiden liess.

Emotionale Dimension

In der zweiten Hälfte des Buchs geht es Kellmann um die Präsidenten der Fünften Republik und ihr jeweiliges deutsches Gegenüber im Kanzleramt, angefangen bei de Gaulle: Dessen Lavieren zwischen den Machtblöcken des Kalten Krieges und einer gewissen Instrumentalisierung Adenauer-Deutschlands

widmet er eine klare analytische Studie. Dabei erlaubt er sich zwischendurch auch sehr persönliche Einschätzungen – «ein merkwürdiger Mensch, in seinem Wesen und Auftreten lag etwas Herablassendes, ja Verächtliches».

Bei der Diskussion um François Mitterrands Taktieren angesichts des «Störfalls der deutschen Einheit» zeigt Kellmann klar das Leiden Frankreichs an seiner verlorenen Grossmachtrolle: 1989/90 wurde auf einmal die Gemengelage ganz unterschiedlicher Interessen und Motivationen beiderseits des Rheins sichtbar – und immer hatte das Ganze auch eine emotionale Dimension.

Vielleicht geht es im Verhältnis von Frankreich und Deutschland im 21. Jahrhundert weniger um die «Negation der jeweils anderen Nationalität», von der Kellmann spricht, sondern eher darum, im Nachbarn das Andere seiner selbst zu erkennen. Das heisst, die Augen nicht zu verschliessen vor Schein und Sein in den deutsch-französischen Beziehungen und vor allem offen zu bleiben für die Chancen, die diese Nachbarschaft bietet.

Klaus Kellmann: Der Traum von der Grossmacht. Frankreich: Deutschlands schwieriger Nachbar. Metropol-Verlag, Berlin 2026. 647 S., Fr. 39.90.

Die neuen Widerstandskämpfer

Als Reaktion auf rechte Parteien verbreiten Politiker und Medien einen schrillen Antifaschismus. Von Lucien Scherrer

«Horch sie singen Lieder, Gläser klingen, siehst Du was? Öffnet man die Kragen, ballt man schon die Hand ums Glas? Nein, dies Lachen kenn ich, alles ist noch halber Spass, ich entsch'ire erst, wenn man im Chor und Marschtakt lacht.» 1966, als in der Bundesrepublik Deutschland die CDU regiert und mit der SPD eine grosse Koalition eingeht, legt sich der Liedermacher Franz Josef Degenhardt symbolisch auf die Lauer.

Im Lied «Feierabend» beschreibt er, wie ein Familienvater seine Frau anweist, ihm ein Kännchen Schnaps zu zapfen, bevor er das Maschinengewehr auf die Wohnungstür richtet. «Diesmal Lodenröcke, dieses Mal, da lauern wir. Wir sind diesmal Jäger, in die Falle tappt jetzt ihr.» Degenhardt, ein berühmter Liedermacher, ist damals 35 Jahre alt. Zu jung, um am Widerstand gegen das Hitlerregime teilgenommen zu haben, aber umso mehr bestrebt, das von den Eltern Versäumte nachzuholen. Mit oder ohne Nazis.

Der nachträgliche Widerstand gegen alte und neue «Faschisten» ist in den letzten Jahrzehnten nicht kleiner geworden. Vielmehr scheint er heute so stark und vor allem populär wie nie. Vor allem an den politischen Rändern. «No pasaran!», rufen Cédric Wermuth und andere Schweizer Sozialdemokraten den Volksmassen am 1. Mai zu, als seien sie Dolores Ibárruri an der Front von Teruel. Passend dazu organisieren sie Veranstaltungen zum Thema «Gestern & Heute: Widerstand!» mit Verweisen auf den Spanischen Bürgerkrieg.

In Frankreich, wo die Zahl der Résistance-Kämpfer nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs rapide anstieg, hat sich die Linksausensepartei LFI von Jean-Luc Mélenchon rhetorisch im Maquis verschanz, um gegen die «Faschos» zu kämpfen. Die wittert man überall, nur nicht in den eigenen Reihen, wo es einiges zu sehen gäbe.

Alle wollen Sophie Scholl sein

Derweil tauchen in Deutschland immer wieder Menschen auf, die in KZ-Uniformen gegen den Faschismus demonstrieren oder sich als geistige Erben der 1943 hingerichteten Widerstandskämpferin Sophie Scholl fühlen. So zierte Scholl 2017 ein Wahlplakat der AfD, einige Jahre später sollte sie plötzlich Querdenkerin sein, und Anfang 2024 warb der Südwestdeutsche Rundfunk mit ihrem Bild für Demos «gegen Rechts».

In ihrer Sehnsucht nach Kampf und Widerstand schaukeln sich Linke und Rechte gegenseitig hoch, mit Rufen nach Barrikadenstürmen und Tyrannennord. «Wo ist eigentlich Stauffenberg, wenn man ihn mal wirklich braucht?», rief der Komiker Uwe Steimle kürzlich an einer AfD-Versammlung, als wäre Friedrich Merz Adolf Hitler.

Der gesellschaftliche Umgang mit dem Phänomen ist von einer auffälligen Doppelmoral geprägt. Während Coronademonstranten und AfD-Sophie-Scholls meist sofort niedergemacht werden, ernten Linke mit ihren Widerstandsposen oft kaum Widerspruch. Das liegt nicht zuletzt an den Medien. Als die deutsche Linken-Politikerin Heidi Reichinnek Anfang 2025 im Bundestag zur Errichtung von Barrikaden gegen den «Faschismus» aufrief, erkoren sie Journalisten im In- und Ausland zur «Ikone linker Pop-Kultur» (Tamedia), ohne sich zu fragen, in welcher Tradition der «Antifaschismus» der Linken steht, die früher SED hiess.

Viele Journalisten teilen die links-populistische Analyse, wonach der Aufstieg von rechten und in Teilen rechtsextremen Parteien wie der AfD, dem Rassemblement national oder den Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni als Ausdruck eines globalen «Rechtsrucks» oder eines neuen «Faschismus» zu betrachten sei. In dieser Wahrnehmung gibt es keine Unterschiede mehr zwischen einem transatlantischen Libertären wie Javier Milei, einer Etatistin wie Marine Le Pen, einem Björn Höcke mit



Proteste gegen die Gründung der AfD-Jugendorganisation «Generation Deutschland» in Giessen, 2025.

MATIAS BASUALDO / IMAGO

seinem Russland- und Germanenfirmel oder einer Giorgia Meloni, die seit vier Jahren demokratisch regiert ohne Schlagerbanden und Straflager.

Laut einer grossen Titelgeschichte des «Spiegels» haben wir es in allen erwähnten Fällen mit «heimlichen Hitlern» zu tun, wobei auch sämtliche Kritiker der Gendersprache dieser Gattung zuzuordnen sind. Genauso hätte das Magazin Lula da Silva, Kim Jong Un, Pedro Sánchez, Zohran Mamdani und Heidi Reichinnek als «heimliche Stalins» vorführen können, mit Warnungen vor einem globalen Linksruck und einer Rückkehr des Bolschewismus.

Wie aus dem Antifa-Ratgeber

Von links droht nach Ansicht vieler Journalisten ohnehin keinerlei Gefahr, trotz über hundert Millionen Toten in «Volksdemokratien» und anderen roten Diktaturen. Dafür muss der Kampf gegen Rechts umso unerbittlicher geführt werden. «Was «neuer Faschismus» meint – und wie man ihn bekämpft», so lauten aktuelle Schlagzeilen und Buchtitel, oder: «Machtübernahme. Eine Anleitung zum Widerstand». Die «Süddeutsche Zeitung» fragte kürzlich ein wenig verzweifelt, wo denn die Helden des politischen Widerstands geblieben seien, fand aber immerhin Bruce Springsteen und Herbert Grönemeyer, die offenbar in einer Tradition stehen mit Jean Moulin oder Georg Elser.

Besonders seit dem Aufstieg der AfD schreiben linke Medienschaffende fast lustvoll eine Apokalypse herbei, weshalb sie das Publikum schon einmal auf das Leben im antifaschistischen Untergrund vorbereiten. Die «Wochezeitung» («WoZ») veröffentlichte im letzten März ein grosses Antifa-Dossier, inklusive Ratgeber für den alltäglichen Kampf gegen den Faschismus. «Schritte zum Widerstand» lautete die Überschrift. Einige Highlights: «Singen Sie antifaschistische Lieder» (etwa «Drei rote Pfiffe» oder «I ribelli della montagna»), «Verschenken Sie antifaschistische Literatur», oder: «Seien Sie klassenbewusst und klassenkämpferisch.» Denn: «Das Kapital hat sich noch immer den Faschist:innen angedient.»

Mit diesem Argument rechtfertigten Kommunisten bekanntlich schon vor hundert Jahren ihren Kampf gegen Freiheit und Demokratie. Was man in der «WoZ» ebenso wenig erfährt wie die Tatsache, dass der Antifaschismus von auto-

ritären Regimen genauso missbraucht wurde wie der Antikommunismus.

Notfalls mit Gewalt

Auch Gewalt scheint manchen Medien inzwischen als legitimes Mittel, um ein Viertes Reich zu verhindern. Das zeigte sich vor den Wahlen im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt. Angesichts eines möglichen Wahlerfolgs der AfD veröffentlichte die linksalternative «Tageszeitung» («TAZ») am 21. August einen «Weckruf zur Wehrhaftigkeit» unter dem Stichwort «Antifaschismus und Militanz». Es sei, so die «TAZ», «zwingend, sich mit Widerstandsformen – notfalls auch gewaltförmiger Natur – auseinanderzusetzen», um einen «rechtsradikalen Umsturz» abzuwenden und gegen «verfassungswidrige Anordnungen» einer möglichen AfD-Regierung zu kämpfen. Als Aufruf zur Gründung einer neuen Rote-Armee-Fraktion wollte die «TAZ» das natürlich nicht verstanden haben. Vielmehr gehe es darum, «Schwächere zu schützen», namentlich «Migrant:innen, Jüd:innen, Queers und Frauen». Denn gegen die reiche der Hass «Höchststände».

Bei aller berechtigten Sorge über die AfD, die in Sachsen-Anhalt ungerührt mit Neonazis kooperiert, offenbaren derartige Aufrufe ebenfalls eine auffällige Nähe zu autoritärem Gedankengut. Sie tragen zur Legitimierung jener Selbstjustiz bei, die Linksextreme unter dem Vorwand des Antifaschismus schon lange praktizieren, ohne dass die AfD regiert. Dieser angebliche Widerstand «gewaltförmiger Natur» richtet sich nicht nur gegen die AfD, sondern auch gegen CDU- und SPD-Vertreter, gegen Polizisten, Medienschaffende und Privatpersonen, die von linken Gewalttättern als «Feinde» identifiziert werden.

Die Behauptung, man müsse «Schwächere» und «Unterdrückte» in einem Akt der Notwehr schützen, ist ein klassisches Argument für linke Gewalt. Die RAF benutzte es, um mit palästinensischen Nationalisten gegen «Israels Nazi-Faschismus» zu kämpfen, wie es Ulrike Meinhof ausdrückte. Eine Frau, die sich während ihrer späteren Haft mit Auschwitz-Opfern gleichsetzte. Im Namen der «schwächsten Teile der Gesellschaft» handelte auch der linksradikale Mörder, der 2002 den niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn erschoss. Denn der homosexuelle Politiker hatte es als einer der Ersten gewagt, Migranten und Muslime als Urheber schwulenfeind-

licher Gewalt zu benennen. Seither wird dieser Befund durch Umfragen und Verbrechen in europäischen Grossstädten immer wieder bestätigt, zuletzt beim tödlichen Angriff eines Islamisten auf den Christopher Street Day in Berlin.

Die «TAZ» blendet diese Gewalt in ihrem «Weckruf zur Wehrhaftigkeit» komplett aus, und das nur wenige Wochen nach dem Attentat. Dies, indem sie suggeriert, alle Gewalt gegen «vulnerable Gruppen» hänge mit dem Aufstieg von Rechtspopulisten und Rechtsextremen zusammen. Der Zaubertrick ist in progressiven Kreisen international beliebt, führt aber auch im Fall von misogynen und antisemitischen Gewalt in die Irre. Morde an Juden gingen in Europa in den letzten zwanzig Jahren sogar mehrheitlich von Islamisten aus.

«Therapeutisches Theater»

Bezeichnenderweise ist von den neuen Widerstandskämpfern selten etwas zu hören, wenn es um die Gefahr von Islamisten geht, die Demokratien auf legalem Weg oder durch Terror zerstören wollen. Die angeblich wehrhafte «TAZ» betätigt sich vielmehr immer wieder als Sprachrohr von muslimischen Verbänden und Aktivisten, die zum Teil Gendersternen benutzen und gleichzeitig mit der erzreaktionären, antisemitischen Muslimbruderschaft sympathisieren.

Ähnliche Widersprüche und Symptome von Realitätsverweigerung offenbart die «WoZ». In ihrem Antifa-Ratgeber mahnt sie, man solle sich des «Widerstands von Frauen, Queers, jüdischen und nicht weissen Menschen» erinnern. Gleichzeitig stellt sie die deutsche Migrant:innen-Bewegung als leuchtendes Beispiel des gegenwärtigen Kampfes dar. Ein Netzwerk, das wenige Tage vor der Publikation des «WoZ»-Artikels an einer Demo beteiligt war, an der judenfeindliche Parolen aus dem Koran skandiert und die Hamas als Widerstandsbewegung gefeiert wurde. Um die «Schwächsten» geht es den neuen Widerstandskämpfern also in vielen Fällen kaum. Ebenso wenig um die Demokratie. Worum dann?

Der Literaturwissenschaftler Hans Dieter Zimmermann bezeichnete das Phänomen des nachgeholten Widerstandes in Deutschland 1993 als «therapeutisches Theater» von Kindern und Enkeln der Täter. Diese hätten sich zu Opfern eines neuen Faschismus gemacht und hielten «jede geringe Widersetzlichkeit, auch das Unterschreiben einer Resolution, für Widerstand». Hysterie gehöre genauso zu diesem Theater «wie die Inflation des Begriffs Widerstandes».

Der «inszenierte Antifaschismus» führe letztlich zu einem Realitätsverlust und einer politischen Neurose, die am deutlichsten bei der RAF zum Ausdruck gekommen sei. Immerhin, so Zimmermann 1993, habe der «antifaschistische Mainstream» bisher den Aufstieg einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei in der BRD verhindert. Eine Hoffnung, die sich bekanntlich nicht erfüllt hat. Vielleicht auch, weil das Geschrei über die neuen Hitler:innen schon zu hören war, als die AfD noch moderat war. Und das Publikum das Geschrei irgendwann nicht mehr ernst nimmt, egal, ob es Anlass zur Sorge gäbe oder nicht.

Als sich der eingangs erwähnte Liedermacher Franz-Josef Degenhardt 1966 symbolisch auf die Lauer legte, waren die deutsche Justiz und die Geheimdienste von alten Nazis durchsetzt. 1964 wurde die NPD gegründet. Degenhardt hat diese Tatsachen in vielen Liedern kritisiert. Etwa, indem er alte Nazis und Opportunisten wie den Notar Bolamus besang, der immer ein bisschen dafür und ein bisschen dagegen war (««Nur Auschwitz», sagt er, «das war ein bisschen zu viel.»»). Wie viele spät geborene Widerstandskämpfer driftete Degenhardt politisch ab, trat der Deutschen Kommunistischen Partei bei und schrieb Loblieder auf die DDR. Aber eines unterscheidet ihn von den heutigen Résistance-Helden: Wer ihm zuhört, lacht mit ihm, nicht über ihn.

«Er ist einfach nicht zu sehen, wenn man dort steht»

Mingma Gyalje Sherpa sagt, warum Bergsteiger den Hauptgipfel des Manaslu jahrelang verfehlten

Mehrere Expeditionen machen sich auf den Weg zum Manaslu, dem acht-höchsten Berg der Welt. 350 Bewilligungen wurden für die Saison an ausländische Bergsteiger vergeben. Der Manaslu ist ein Achttausender, bei dem viele Alpinisten glaubten, dass sie auf dem Gipfel waren. Tatsächlich hatten sie den höchsten Punkt aber verfehlt, weil sie auf einem Gratpunkt vor dem Gipfel umkehrten.

Es ist ein Thema, das die Szene immer wieder umtreibt: Wann ist man oben, und waren alle oben, die das behaupten? Offenbar haben Kletterer immer wieder Schwierigkeiten, den Gipfel zu finden. Selbst die Bergsteigerlegende Reinhold Messner geriet einst in eine solche Affäre. Am Manaslu suchte Mingma Gyalje («Mingma G») Sherpa 2021 eine Route zum höchsten Punkt, auf dem auch die Erstbesteiger standen.

Herr Gyalje, einen Berg hat man erst bestiegen, wenn man den höchsten Punkt erreicht hat. Darüber herrscht unter Bergsteigern Einigkeit. Weshalb standen am Manaslu trotzdem viele Jahre lang die Bergsteiger nicht auf dem Gipfel? Die erste erfolgreiche Expedition erreichte 1956 den Hauptgipfel. Das war damals, im Mai, eine japanische Expedition.

Anschliessend schafften es auch viele weitere Expeditionen bis zum höchsten Punkt. Umso unverständlicher ist es, dass dann plötzlich auf einem Vorgipfel kehrtgemacht wurde. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Das ist gar nicht so schwierig zu erklären. Der Manaslu wurde ursprünglich hauptsächlich im Frühjahr bestiegen, gewann jedoch ab 2008 an Beliebtheit als Herbstberg, als es wegen der Olympischen Spiele in Peking keine Expeditionen in Tibet gab. Die meisten namhaften Achttausender-Agenturen verlagerten ihre Expeditionen vom Shishapangma, der in Tibet liegt, und vom Cho Oyu, auf den man üblicherweise von der tibetischen Nordseite aus aufsteigt, zum Manaslu, was in jenem Jahr ein grosser Erfolg war. Seitdem hat sich die Klettersaison am Manaslu vom Frühjahr auf den Herbst verlagert und ist sehr beliebt geworden.

Und deshalb steigt man nicht mehr auf den höchsten Punkt?



«Es war Zufall, dass wir gefilmt wurden», sagt Mingma Gyalje Sherpa über die Erschliessung der neuen Route.

S. PARIYAR / GETTY

Der Hauptgipfel des Manaslu sorgt im Herbst für Verwirrung, weil auf dem Vorgipfel viel Schnee liegt. Im Frühjahr ist der Gipfel schneefrei und besteht aus Fels, so dass er leicht zu erreichen ist. Vor der Herbstsaison gibt es während des Monsuns in der Gipfelregion starke Schneefälle. Aufgrund des vielen Schnees ist der Hauptgipfel vom Vorgipfel aus völlig unsichtbar. Er ist einfach nicht zu sehen, wenn man dort steht. Deshalb hielten alle Bergsteiger am Vorgipfel an, in der Annahme, das sei der Gipfel.

Woher haben Sie gewusst, dass es am Manaslu noch einen höheren Punkt gibt? Ich war ab 2015 mit Eberhard Jurgalski von 8000ers.com in Kontakt, weil wir erhebliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Annapurna-Gipfels hatten. Er veröffentlichte Informationen zu den Gipfelpunkten des Manaslu, und ich erfuhr davon über seine Website. Infolgedessen wurde 2016 eine eingehende Untersuchung zur Gipfelsituation einge-

leitet, und diese Ergebnisse wurden meines Wissens schliesslich 2019 veröffentlicht. Ich jedenfalls versuchte schon 2016, den Hauptgipfel zu besteigen, schaffte es aber nicht, weil mein Team kein Interesse daran hatte, ihn zu erreichen.

Warum wollten Ihre Begleiter denn nicht auf den tatsächlich höchsten Punkt? Der Gratpunkt war als Gipfel anerkannt. Das reichte ihnen.

2019 wurde das Dossier zur Gipfelsituation vorgelegt. 2020 gab es wegen Corona keine Expeditionen. Sie sind dann im September 2021 zum Hauptgipfel aufgestiegen. Woher wussten Sie, dass man im Herbst am besten vom Grat absteigt, um auf den Gipfel zu gelangen?

Ich habe zunächst tatsächlich versucht, über den Grat zu gehen, aber ich habe mich dabei nicht sicher gefühlt. Ich habe nach möglichen Routen gesucht und tatsächlich eine Möglichkeit gefunden: Ich nenne es die Rolwaling-Umgehung.

Benannt nach der Region südwestlich des Mount Everest, aus der Sie stammen. Als ich den Grat etwa zur Hälfte überschritten hatte, sah ich einen klareren Weg zum Hauptgipfel, indem ich etwa fünfzehn Meter abstieg. Absteigen, queren und dann direkt zum Gipfel aufsteigen. Das war die Lösung.

Es gibt sogar Drohnenaufnahmen von Ihrem Aufstieg. Diese zeigen auch die Gipfelsituation ganz deutlich. Man erkennt sehr gut, dass der Hauptgipfel ein Stück hinter dem Gratpunkt liegt, in dem vorher viele den Gipfel sahen.

Die Aufnahmen mit der Drohne waren nicht geplant. Der Mann, der die Drohne steuerte, gehörte zu einem anderen Team. Es war Zufall, dass Kili Pemba Sherpa, der mit mir das Fixseil verlegte, und Dawa Gyalje Sherpa, der uns begleitete, gefilmt wurden, während wir die Route zum Hauptgipfel erschlossen. Das war nicht abgesprochen. Wir haben die Bilder erst hinterher im Internet gesehen.

In einer steilen Flanke absteigen, queren, aufsteigen – ist dadurch der Gipfelaufstieg schwieriger geworden?

Jetzt ist der Weg zum Gipfel direkter. Eigentlich ist die Situation jetzt sogar besser, weil es am Hauptgipfel einen besseren Platz zum Fotografieren gibt. Der Vorgipfel lag auf einem etwas schroffen Grat, und dort aneinander vorbeizugehen, war ziemlich riskant.

Wie hat die nepalesische Community auf Ihren Aufstieg reagiert? Auch Ihre Leute wollten ja zunächst nicht den Gipfel suchen.

Die nepalesischen Bergsteiger waren froh und glücklich, dass die Route von nepalesischen Bergsteigern erschlossen und eröffnet worden war. Der von mir

«Als ich den Grat etwa zur Hälfte überschritten hatte, sah ich einen klareren Weg, indem ich etwa fünfzehn Meter abstieg.»

geleiteten Expedition folgte dann ja auch gleich Nirmal Purja mit seinen Leuten nach. Niemand hat mich kritisiert, aber ja, die meisten Bergsteiger, die den Manaslu zuvor bestiegen hatten, waren eher unglücklich, als ihnen klarwurde, dass sie den Gipfel nicht erreicht hatten, und die meisten von denen, die die vierzehn Achttausender in Angriff genommen hatten, wiederholten den Aufstieg, um den Hauptgipfel zu erreichen.

Eberhard Jurgalski hat 39 Wiederholungen erfasst. Diese Entwicklung ist auch an anderen Bergen zu beobachten, zum Beispiel an der Annapurna und am Dhaulagiri. Ist das Bewusstsein für den Gipfel heute ein anderes?

Ja. Da hat sich etwas verändert. Mittlerweile haben wir auf den Achttausendern auch jedes Jahr ein Schild, das den höchsten Punkt markiert. Es ist ein Muss, diesen Punkt zu erreichen.

Interview: Stephanie Geiger

Die NBA-Schmach des Microsoft-Milliardärs

Wegen illegaler Zahlungen erhalten die Los Angeles Clippers eine Busse über 30 Millionen Dollar – der Besitzer Steve Ballmer wird für ein Jahr gesperrt

NICOLA BERGER

«Das ist ein historischer Moment für unsere Organisation und unsere Fans», sagte Lawrence Frank im Juli 2019 siegestrunken. Gerade war es den Los Angeles Clippers gelungen, den Superstar Kawhi Leonard zu verpflichten. Und Frank, so etwas wie der sportlich Verantwortliche dieses Teams, wollte die Gelegenheit nutzen, sich ein bisschen selbst auf die Schulter zu klopfen.

Man kann ihm das nicht verübeln, schliesslich haben sich Angestellten der Clippers historisch gesehen kaum Anlässe dazu geboten: Seit die Organisation 1978 in San Diego die erste Saison unter diesem Namen bestritt, hat das Team die erste Play-off-Runde exakt einmal überstanden. Es ist eine Herausforderung, weniger erfolgreich Basketball zu spielen, als die Clippers das tun. Den einzigen Einzug in die Conference-Finals schafften die Clippers in der pandemiebedingt stark verkürzten Saison 2020/21, also in der Ära von Leonard. Aber ein «historischer Moment» für die Organisation war der Sommer vor sieben Jahren deswegen nicht.

Am Mittwoch verhängte die NBA wegen Verfehlungen im Zusammenhang mit der Verpflichtung des heute 35 Jahre alten Leonard die härtesten Sanktionen

ihrer Geschichte: Die Clippers müssen eine Busse in der Höhe von 30 Millionen Dollar bezahlen. Der Teambesitzer Steve Ballmer wird für ein Jahr gesperrt, Lawrence Frank, der «President of Basketball Operations», für ein halbes Jahr. Und den Clippers werden gleich fünf Erstrunden-Draft-Rechte entzogen. So düster die Vergangenheit der Clippers im sonnengeküssten Los Angeles auch war: Nach diesem Urteil sieht die Zukunft noch deutlich finsterer aus.

Gehaltsobergrenze umgangen

Die NBA veröffentlichte eine 35-seitige Zusammenfassung ihres Untersuchungsberichts zu einer Affäre, die der Investigativjournalist Pablo Torre ins Rollen gebracht hatte. Er schlüsselte auf, wie die Clippers die verbindliche Gehaltsobergrenze zu umgehen versuchten. Torre fand heraus, wie die Clippers Leonard über verschiedene Geschäftspartner zusätzlich bezahlten. Es geht um Millionen, meist ohne oder gegen überschaubare Gegenleistung. Offenkundig der dreiste Versuch, ein System auszudribbeln, das Parität garantiert und der Schlüssel zum enormen Erfolg dieser Liga ist.

Oft genug gelingen solche Gaunereien, dafür gibt es genügend Beispiele. Auch aus der Schweiz: Der HC Lugano

bezahlte knapp zwanzig ausländische Spieler und Trainer zwischen 1996 und 2006 systematisch aus «schwarzen Kassen». Insgesamt wurden 3,5 Millionen Franken an Kantons- und Bundessteuern hinterzogen. Weiter hat der Klub in jenem Zeitraum 1,5 Millionen Franken zu wenig in die AHV-Kasse einbezahlt.

Der mitverantwortliche Geschäftsführer Beat Kaufmann sagte damals vor Gericht, dass Lugano ohne diese Praxis nicht mit den Teams aus der Deutschschweiz hätte mithalten können. Er wurde vor dem Strafgericht Lugano zu einer bedingten Freiheitsstrafe von vierzehn Monaten verurteilt. In die Ära von Fabio Gaggini und Kaufmann fallen drei Meistertitel der Luganesi: 1999, 2001 und auch die bislang letzte Meisterschaft von 2006.

Ballmer und seinen Vasallen droht kein Ärger mit der Justiz, immerhin das. Auch die 30 Millionen Dollar Strafgeld werden Ballmer, 70, wenig interessieren. Der ehemalige Microsoft-CEO gehört mit einem Vermögen von mehr als 150 Milliarden Dollar zu den zehn reichsten Menschen der Welt. Aber er hatte sich das Dasein als Teambesitzer fraglos anders vorgestellt.

2014 kaufte Ballmer die Clippers für 1,5 Milliarden Dollar. Seither hat er der Organisation praktisch jeden Wunsch

erfüllt. Er baute auf eigene Kosten für knapp 2 Milliarden ein neues Stadion in Inglewood, den Intuit Dome. Er hofierte und verpflichtete Stars – nicht nur Leonard. Man sieht ihn an den Partien fast immer in der ersten Reihe, bei gelungenen Spielzügen und Siegen hat er keine Scheu, seine Freude zur Schau zu stellen. Der Gegenwert ist bis jetzt überschaubar, die Clippers, bei denen der Schweizer Yanic Konan Niederhäuser unter Vertrag steht, treten am Ort.

«Hexenjagd» beklagt

Verwunderlich ist das nicht. Der Kawhi-Deal war nicht die einzige folgenreichere Transaktion des Sommers 2019. Die Clippers tauschten damals ihren Jungstar Shai Gilgeous-Alexander zu Oklahoma City und addierten für den Zuzug von Paul George noch fünf Erstrunden-Draft-Rechte. Aus Gilgeous-Alexander wurde ein Liga-MVP, er hat 2025 mit Oklahoma den Titel gewonnen.

George bewegte sich bei den Clippers zumeist im gehobenen Mittelmass, er spielt inzwischen in Boston. Schon ohne die fünf Erstrunden-Picks wäre es ein katastrophales Tauschgeschäft gewesen. So ist es der wahrscheinlich dunkelste Sommer, den je ein NBA-Team erlebt hat: Die George/Leonard-Epoche

hat die Clippers zehn Erstrunden-Drafts gekostet. Und sie nicht einmal in den Dunkkreis des ersten Titelgewinns ihrer langen Klubgeschichte gebracht.

Ballmer nannte das Urteil eine «Hexenjagd», was seltsam vertrautes Vokabular darstellt, und kündigte an, vor Gericht ziehen zu wollen. Die Erfolgsaussichten dürften bescheiden sein – die NBA hat ihre eigenen Regeln, und die sind offenkundig verletzt worden.

Leonard wurde im Sommer in einem Tauschgeschäft zu seinem ehemaligen Arbeitgeber Toronto Raptors transferiert. Seine Ära in Los Angeles war eine grobe Enttäuschung und wird das Team nun noch mindestens eine weitere Dekade lang belasten.

Leonard war einst der vielleicht beste, weil kompletteste Basketballer der Welt. Aber er ist sehr verletzungsanfällig und hat einen eigenen Charakter. Leonard hat in seiner Karriere mehr als 375 Millionen Dollar verdient, er hätte die in aller Heimlichkeit übertragenen Zuwendungen nicht benötigt. Sie sollen die Idee seines Onkels Dennis Robertson gewesen sein, der ihn jahrelang managte. Robertson ist von der NBA für fünf Jahre suspendiert worden. Leonard wurde mit 700 000 Dollar gebüsst. Er wird in Toronto in der am 20. Oktober beginnenden Saison 50,3 Millionen verdienen.

Der Gipfel der Peinlichkeit

In Österreich wird eine künstlich auf 3000 Meter erhöhte und nach einem Nazi benannte Bergspitze gestutzt

MERET BAUMANN, WIEN

Als der zuvor namenlose Gipfel 1988 auf den Namen Pillewizer getauft wurde, spielte die Blasmusik, und ein Priester weihte die Bergspitze als 129. Dreitausender Österreichs. Damalige Bilder des ORF zeigen drei Dutzend Personen, die für die Feier in die Gletscherwelt am Grossvenediger aufgestiegen waren. Unter ihnen auch der bereits 77-jährige Kartograf und Gletscherforscher Wolfgang Pillewizer, der im Interview von einem erhebenden Gefühl sprach. Er hatte jahrelang in dem Gebiet geforscht und wollte entdeckt haben, dass der Gipfel nicht wie angenommen 2999, sondern exakt 3000 Meter hoch ist. Dafür wurde er auch mit einer Gedenktafel im Gestein «seiner» Bergspitze geehrt.

Ein falscher Dreitausender

Kürzlich fand an gleicher Stelle wieder eine kleine Zeremonie statt. Nun wurde das Metalldreieck mit der Aufschrift «Pillewizer 3000» aber vom Felsen entfernt. Ein Team des Österreichischen Alpenvereins (ÖAV) trug zudem symbolisch ein paar Steine ab. Der Gipfel ist damit künftig wieder namenlos und wird auf seine natürliche Höhe von 2999 Metern «zurückgestutzt».

Ein echter Dreitausender dürfte der Berg gar nie gewesen sein, wie der ÖAV schreibt. Doch Pillewizer wollte unbedingt, dass eine Erhebung mit dieser symbolträchtigen Höhe seinen Namen trägt – und so schleppten seine Unterstützer aus akademischen Kreisen und der lokalen Politik zur Bergtaufe Geröll auf den höchsten Punkt. Auf Landkarten wurden fortan 3000 Meter Höhe genannt. Die Bergsteiger-Legende Reinhold Messner fand das laut dem ORF schon damals eine Peinlichkeit.

Dass die Graterhebung der zu den Hohen Tauern gehörenden Venedigergruppe auch ihren Namen verliert, hat aber einen anderen Grund: Nach Recherchen des ÖAV war Pillewizer ein überzeugter Nationalsozialist. Er war schon 1932 während seines Geografiestudiums der NSDAP sowie der SA beigetreten und blieb auch Mitglied, als die Partei 1933 in Österreich verboten wurde.



Der Präsident der Salzburger Alpenverein-Sektion Gerd Frühwirth (links) und sein Vorgänger demonstrieren das Gipfelschild des «Pillewizer».

ÖAV SEKTION SALZBURG

Diese «Illegalen», die schon vor dem sogenannten Anschluss an Hitler-Deutschland 1938 Nazis waren, gelten als ideologisch besonders gefestigt und radikal.

Pillewizer forschte ab 1937 in Hannover, zwei Jahre später wurde er Referatsleiter im Reichsamt für Landesaufnahme in Berlin. Nach der Habilitation in Graz lehrte er an der Technischen Hochschule in Hannover. Sein Dienst in der Wehrmacht dauerte nur einen Monat, weil er danach an militärischen Forschungsmissionen hinter der Front teilnahm.

Nach zweijähriger amerikanischer Kriegsgefangenschaft arbeitete Pillewizer zunächst für ein kartografisches Unternehmen in München, bis er – ideologisch offenbar flexibel – in die DDR wechselte und an der Technischen Uni-



NZZ / bam.

versität Dresden den Lehrstuhl für Kartografie übernahm. 1971 kehrte er schliesslich in die Heimat zurück und wurde Professor in Wien. Seine Vergangenheit war dabei kein Thema, was für jene Zeit in Österreich typisch war.

Pillewizers steile Karriere zwischen 1938 und 1945 lässt laut dem ÖAV nur den Schluss zu, dass er «an der Umsetzung der menschenverachtenden, rassistischen Ideologie des NS-Regimes an seinem Wirkungsort beteiligt war». Seine Ehrung passe nicht zur Haltung des Alpenvereins, sagte der Präsident Wolfgang Schnabl dem ORF. Bei NS-Bezug sei klar, dass gehandelt werden müsse.

Im vergangenen Jahr beschloss der Landtag des Bundeslandes Salzburg, in dem sich der nun wieder namenlose Gipfel befindet, auch im alpinen Raum Flurnamen und Infrastruktur auf NS-Belastung zu überprüfen. Kurz zuvor hatte die Salzburger ÖAV-Sektion einer von den Nazis 1944 nach einem glühenden Antisemiten benannten Hütte wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung gegeben.

Belastete Vereinsgeschichte

Der Alpenverein hat selbst eine schwierige Vergangenheit. Schon ab den frühen 1920er Jahren schlossen diverse Sektionen jüdische Mitglieder aus, später führten sie fast flächendeckend «Arierparagrafen» ein. Der ÖAV (damals DÖAV) war damit ein Wegbereiter der völkisch-nationalistischen Ideologie, wie er selbst schreibt. In einem Forschungsprojekt und dem darauf basierenden Buch «Berg Heil!» wurde diese Geschichte aufgearbeitet. Dennoch gibt es nach wie vor Wege, Hütten und Gipfel mit NS-belasteten Namen. Aus der Öffentlichkeit gab und gibt es immer wieder Hinweise, wie der Präsident Schnabl sagt. Man habe aber ein Ressourcenproblem.

Beim Grossvenediger demonstrierte der Salzburger Sektionschef Gerd Frühwirth persönlich das 25 Kilogramm schwere, Pillewizer gewidmete Gipfelschild. Der Grat soll namenlos bleiben, wie er es zuvor über Jahrtausende war. Der Alpenverein ruft die Bergsteiger zudem dazu auf, als Zeichen der Solidarität hier keine weiteren Steine anzuhäufen, sondern tiefer abzulegen.

Hitzewellen und Waldbrände belasten die Luft

Warnung der Weltwetterorganisation

(dpa) · Die Weltwetterorganisation (WMO) spricht von erschwerten Bedingungen im Kampf um saubere Luft – auch in Europa. Steigende Temperaturen begünstigten nicht nur extreme Brände, deren toxischer Rauch besonders belastende Feinpartikel enthalte, heisst es in einem Bericht. Sie förderten auch die Bildung von bodennahem Ozon – einem Reizgas, das Atemwege, Landwirtschaft und Ökosysteme schädigt. Die WMO veröffentlichte ihren jährlichen Bericht zu Klima und Luftqualität am Montag zum Internationalen Tag der sauberen Luft.

Zwar hätten strengere Regeln in Europa und Nordamerika Emissionen aus Industrie und Verkehr in den vergangenen Jahren gesenkt. Gleichzeitig nehme jedoch die Belastung durch Feinstaub (PM_{2,5}) zu, der bei Bränden entsteht. Die WMO zitiert eine Studie, wonach sich die Zahl extremer Brandereignisse weltweit seit den 1990er Jahren verdreifacht hat. Das habe nach Schätzungen zwischen 2010 und 2018 zu fast 100 000 zusätzlichen Todesfällen beigetragen. Die winzigen Partikel können tief in die Lunge und den Blutkreislauf gelangen. Dadurch steigt unter anderem das Risiko für Herzinfarkte, Herzrhythmusstörungen, Schlaganfälle und Lungenembolien.

Amazon-Frachtflugzeug schiesst in Miami über die Landebahn hinaus

Fünf Menschen kommen ums Leben, der Flughafen ist vorerst gesperrt

jsc. · Ein Amazon-Frachtflugzeug ist am Flughafen Miami im amerikanischen Gliedstaat Florida verunglückt. Mindestens fünf Menschen kamen ums Leben und fünf wurden zum Teil schwer verletzt, als das Flugzeug am Sonntagnachmittag (Ortszeit) über die Landebahn hinausschoss und Feuer fing.

Laut der Feuerwehr rammte die Maschine mehrere Fahrzeuge auf einer angrenzenden Betriebsstrasse und dem Vorfeld des Frachtbereichs. Mindestens zwei Menschen seien in Fahrzeugen eingeklemmt worden, die von dem Flugzeug getroffen worden seien. Der Pilot und der Co-Pilot seien im Cockpit eingequetscht worden. Zur Identität der Verstorbenen machten die Behörden zunächst keine Angaben.

Eine alte Boeing

Bei dem Flugzeug handelt es sich um eine 32 Jahre alte Frachtmaschine vom Typ Boeing 767-300. Laut dem Flugverfolgungsdienst Flightradar24 war das Flugzeug von 1994 bis 2015 als Passagierjet für verschiedene Fluggesellschaften im Einsatz gewesen, ehe es zu einem Vollfrachter umgebaut wurde. Die Maschine war am Sonntag in San Juan auf der Karibikinsel Puerto Rico gestartet. Laut Flightradar24 war das Flugzeug mit über 200 km/h unterwegs, als es in

Miami die nutzbare Landebahn verliess. Fotos zeigen den Jet nach dem Absturz mit der Nase am Boden und dem Heck nach oben geneigt. Die rechte Seite des Flugzeugs weist deutliche Brandspuren auf. Zudem traten nach Angaben der Einsatzleitung erhebliche Mengen Kerosin aus den beschädigten Tragflächenentanks aus, was die Rettungs- und Löscharbeiten wegen akuter Explosionsgefahr stark erschwerte.

Unfälle mit Flugzeugen, die über die Landebahn hinausschiessen, gibt es immer wieder. Vor zwei Jahren kamen in Südkorea 179 Menschen bei einem solchen Vorfall ums Leben. Spezielle Auffangsysteme am Ende der Landebahn, wie sie etwa der Flughafen Zürich kennt, können derartige Unfälle verhindern.

Laut der Feuerwehr von Miami-Dade waren mehr als 60 Einsatzfahrzeuge – darunter Spezialschaum-Löschzüge des Flughafens, Notarztwagen und Gefahrguttrupps – sowie rund 200 Feuerwehrleute und Sanitäter vor Ort. Der Flughafen in Miami stellte vorübergehend den Flugverkehr ein. Bis Sonntagabend konnten zwei der vier Landebahnen wieder geöffnet werden. Miami zählt zu den grossen Verkehrsflughäfen der Vereinigten Staaten. Am Wochenende waren wegen eines Feiertags am Montag besonders viele Amerikanerinnen und Amerikaner auf Reisen.

Die Frachtfluggesellschaft 21 Air betrieb das Flugzeug für Amazon. Das Unternehmen zeigte sich in einem Statement auf seiner Website erschüttert über den Unfall und sprach den Familien und den Angehörigen der Opfer sein Mitgefühl aus. Boeing und 21 Air kündigten an, die behördlichen Ermittlungen zum Absturz zu unterstützen.

Unfallursache noch unklar

Amazon sammle derzeit noch Details zum Hergang, sagte die Unternehmenssprecherin Kelly Nantel. «Wir arbeiten eng mit den örtlichen Behörden und Vertretern zusammen, um genau zu verstehen, was passiert ist. Im Moment gilt unsere absolute Priorität der Sicherheit, dem Wohlergehen und der Versorgung aller Beteiligten.»

Das National Transportation Safety Board, das zivile Luftfahrtunfälle in den USA untersucht, hat laut eigenen Angaben ein Team von Spezialisten für Flugschreiber, Triebwerksleistung und menschliche Faktoren zur Untersuchung des Unfalls entsandt. Schon einmal war ein Flugzeug von Amazon Prime Air in einen tödlichen Unfall verwickelt. Im Februar 2019 stürzte eine Boeing-767-300-Frachtmaschine in der Trinity Bay in Texas ab. Alle drei Insassen kamen dabei ums Leben.

Vulkan legt Flugverkehr in Indonesien lahm

Zehntausende Reisende gestrandet

(dpa) · Der Ausbruch des Vulkans Anak Krakatau hat den Flugverkehr in Indonesien ins Chaos gestürzt: Zehntausende Menschen sind auf Java und Sumatra gestrandet. Die beiden internationalen Flughäfen in der Hauptstadt Jakarta bleiben wegen der Vulkanasche vorerst geschlossen, wie die Behörden am Montag mitteilten. An fünf kleineren Flughäfen des Inselstaates ruht der Luftverkehr ebenfalls seit dem Wochenende. Mehr als 1500 Flüge und rund 170 000 Passagiere seien mittlerweile betroffen, berichtete die Nachrichtenagentur Antara unter Berufung auf den Verkehrsminister Dudy Purwagandhi.

Zwar blieb der Flughafen der beliebten Ferieninsel Bali zunächst geöffnet. Die Hauptstadt Jakarta aber ist ein wichtiges Drehkreuz in Südostasien. «Die Sicherheit hat für uns Priorität», betonte Purwagandhi. Die wechselnden Windrichtungen in unterschiedlichen Höhen machten es schwierig vorherzusagen, wie lange die Vulkanasche den Flugverkehr behindern werde. Der Feuerberg, der zwischen den Inseln Java und Sumatra liegt, ist seit Freitag aktiv. Der Name Anak Krakatau bedeutet «Kind des Krakatau». Der Vulkan entstand nach der gewaltigen Eruption des Krakatau von 1883 aus der grossen kesselförmigen Vertiefung, die beim Einsturz des Vulkans entstand.



Angst ist an der Börse ein schlechter Ratgeber

Bei den angekündigten Riesenbörsengängen von KI-Unternehmen gibt es Warnsignale. Langfristig orientierte Anleger sollten aber Ruhe bewahren. Von Michael Ferber

Es war ein Börsengang der Rekorde: Am 12. Juni sammelte das in den Bereichen Raumfahrt, Satelliten und künstliche Intelligenz (KI) tätige Unternehmen SpaceX bei seinem Marktdebüt 86,2 Milliarden Dollar ein. Mit dem mit Abstand grössten Initial Public Offering (IPO) aller Zeiten reihte sich der Konzern auf Anhieb unter die zehn wertvollsten Unternehmen der Welt ein. Nebenbei wurde sein Gründer Elon Musk zum ersten Dollarbillionär der Geschichte.

Auch in den Statistiken zum IPO-Markt hat der Mega-Börsengang seine Spuren hinterlassen. Im ersten Halbjahr stieg das Emissionsvolumen der Börsengänge weltweit um mehr als 200 Prozent auf 187 Milliarden Dollar, wie Daten des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens EY zeigen. Und das, obwohl der Iran-Krieg und Marktturbulenzen viele Firmen von der Börse fernhielten. Das hohe IPO-Volumen zeigt auch die Dimension des SpaceX-Börsengangs, der fast die Hälfte davon ausmachte.

Doch so aussergewöhnlich das SpaceX-IPO war – es könnte bald schon übertroffen werden. Mit dem Anbieter des Chatbots Claude, Anthropic, und dem Chat-GPT-Betreiber Open AI planen bereits zwei weitere KI-Riesen ihr «going public». Bei Anthropic könnte dieses schon Ende September oder Anfang Oktober anstehen, und auch bei Open AI könnte es schnell gehen: Die Führung des Unternehmens hat bereits mitgeteilt, «2027 oder früher» werde Open AI an der Börse sein.

Manche Marktbeobachter sehen die Mega-IPO als Zeichen einer KI-Blase, die bald platzen und eine Börsenkorrektur auslösen könnte. Warnsignale gibt es tatsächlich. Dennoch haben Anleger gute Gründe, Ruhe zu bewahren.

Lackmustest SpaceX

Das IPO von SpaceX im Juni hat eindrucksvoll bewiesen, dass Investoren weiterhin bereit sind, für Wachstumsstories im Bereich Technologie zu bezahlen und dabei auch sehr langfristige Werten

Die Grösse der Technologieriesen spricht dafür, dass es im Falle eines Stimmungsumschwungs an der Börse eher zu einer Korrektur kommen dürfte als zu einem regelrechten Crash.

einzugehen. Mittlerweile werden die Aktien von SpaceX seit fast drei Monaten an der amerikanischen Technologiebörse Nasdaq gehandelt. Am Freitag schloss sie mit knapp 148 Dollar und damit oberhalb des festen Preises von 135 Dollar, zu dem das Unternehmen sie beim Börsengang anbot. Vorübergehend waren die Titel Anfang August auf bis zu 108 Dollar gefallen – und es gilt als gutes Zeichen für die Stimmung im Markt, dass sie sich seitdem erholt haben. Für das zweite Quartal dieses Jahres wies das Unternehmen einen Nettoverlust aus – es gelang ihm aber, den Umsatz fast zu verdoppeln.

Galt der Börsengang von SpaceX als eine Art Lackmustest für die IPO von Anthropic und Open AI, so kann dieser als vorerst bestanden gelten.

Ein schon oft totgesagter Boom

Schon seit mehreren Jahren warnen Beobachter vor einer Überbewertung von amerikanischen Aktien und einer KI-Blase. Doch das Rally ist bisher weitergegangen. Anleger, die früh kalte Füsse bekommen haben, haben enorm viel Rendite verschenkt. Auch die Parallelen zwischen dem derzeitigen KI-Boom und der New-Economy-Blase von Ende der neunziger Jahre sind begrenzt. Damals wie heute waren beziehungsweise sind die Bewertungen der entsprechenden Unternehmen enorm hoch. Während im New-Economy-Boom aber reihenweise kleine Startup-Firmen, die noch nie Geld verdient hatten, an die Börse gingen, wird der KI-Boom stark von hochprofitablen amerikanischen Technologieriesen wie Nvidia, der Google-Mutter Alphabet, Amazon oder Microsoft getragen.

Die Grösse der Technologieriesen spricht auch dafür, dass es im Falle eines Stimmungsumschwungs an der Börse eher zu einer Korrektur kommen dürfte als zu einem regelrechten Crash wie nach dem Platzen der New-Economy-Blase.

Natürlich gibt es auch Warnsignale. Doch sie sprechen weniger für Panikverkäufe in Erwartung

eines unmittelbar bevorstehenden Crashes als für einen vorsichtigeren Umgang mit der KI-Euphorie. Manche Unternehmen sind inzwischen so hoch bewertet, dass sich weitere Kurssteigerungen mit den Fundamentaldaten nur schwer rechtfertigen lassen. Für Anleger heisst das: Sie bezahlen hohe Preise und sollten selektiver vorgehen.

Im Fall von SpaceX sollte man beachten, dass für die geplanten Raketensysteme und KI-Rechenzentren enorm hohe Investitionen nötig sind. Es ist nach wie vor unklar, ob sich diese jemals rechnen werden. Zudem ist das Unternehmen weiterhin enorm hoch bewertet.

Dies gilt auch für Anthropic und Open AI. Erfolgen die Börsengänge mit sehr hohen Bewertungen, könnten den Anlegern auf mittlere Sicht niedrigere Renditen drohen. Zudem verbleibt eine gewisse Unsicherheit darüber, ob der Markt überhaupt mehrere solche Mega-Börsengänge innerhalb kurzer Zeit aufnehmen können. Historisch gesehen kommen hoch bewertete IPO und entsprechende Wellen zumeist gegen Ende eines längeren Börsenaufschwungs.

Für Ernüchterung sorgen auch immer wieder Nachrichten über KI-Modelle aus China, die im Vergleich mit denjenigen der amerikanischen Unternehmen als wettbewerbsfähig gelten, aber deutlich günstiger sind. Ein bekanntes solches Beispiel ist die chinesische Startup-Firma Deepseek, die 2025 ein entsprechendes Modell vorstellte.

Zudem hat sich das Umfeld für Wachstumsaktien jüngst verschlechtert. Der Anstieg der Renditen von amerikanischen Staatsanleihen ist ein Alarmsignal, denn höhere Zinsen sind zumeist eine Belastung für die Börse. Amerikanische Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 30 Jahren notierten unlängst mit 5,34 Prozent auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 2007.

Der Anstieg der Renditen kommt daher, dass sich die Investoren über die wachsenden Schuldenberge in den USA sorgen. Eine wichtige Rolle spielen aber auch die vielen Anleiheemissionen von amerikanischen Technologiefirmen. Um ihre hohen Investitionen in Rechenzentren und KI-Modelle zu finanzieren, haben sie in den vergangenen Monaten Milliarden am Kapitalmarkt aufgenommen. Das dadurch vergrösserte Angebot an Anleihen dürfte seinen Teil dazu beigetragen haben, dass die Zinsen gestiegen sind. Immerhin: Steigende Finanzierungskosten sorgen für mehr Disziplin an den Märkten.

Auf Risikostreuung achten

Anleger, die sich vor einem baldigen Ende des KI-Booms fürchten, können sich an verschiedenen Kennzahlen orientieren – beispielsweise am sogenannten Shiller-KGV. Diese Kennzahl des Nobelpreisträgers Robert Shiller setzt amerikanische Aktienkurse in Relation zu den durchschnittlichen inflationsbereinigten Unternehmensgewinnen der vergangenen zehn Jahre. In letzter Zeit ist sie deutlich gestiegen und deutet auf Überbewertungen am amerikanischen Aktienmarkt hin. Als die New-Economy-Blase im März 2000 platzte, lag das Shiller-KGV bei 43,2 Punkten, derzeit steht es bei 40,6.

Bei Engagements in einzelnen KI-Aktien und bei den erwähnten Mega-Börsengängen ist Vorsicht geboten. Falls man solche Transaktionen unbedingt tätigen will, sollte man das investierte Kapital als «Spielgeld» ansehen.

Viele Kleinanleger sind ohnehin recht stark im Bereich KI investiert – sei es über ihre Pensionskasse oder privat. Viele von ihnen halten Fonds oder Exchange-Traded Funds (ETF), die sich an Welt-Aktienindizes wie dem MSCI World orientieren oder diese abbilden. Der Boom der vergangenen Jahre hat die Gewichtung von Technologieaktien und der USA in diesen Barometern erhöht. Im MSCI World hatte der Sektor Informationstechnologie per Ende August ein Gewicht von fast 30 Prozent, amerikanische Aktien kamen sogar auf 72 Prozent.

Viele stellen sich ein «Welt-Portfolio» vermutlich etwas besser diversifiziert vor. Sie können hier gegensteuern, indem sie bei der Geldanlage auf die Gewichtung von Ländern und Branchen achten. Konkret heisst dies, sie sollten neben Finanzprodukten auf Welt-Aktienindizes auch solche auf Schweizer, europäische oder Schwellenländer-Barometer kaufen und so das Übergewicht der USA und der amerikanischen Technologiewerte ausgleichen.

Die verschiedenen Warnsignale könnten den einzelnen Anleger auch dazu verleiten, nervös zu handeln oder gar nicht mehr zu investieren. Doch beides gehört zu den grössten Fehlern bei Vermögensaufbau und Altersvorsorge. Vielmehr ist es wichtig, bei der Geldanlage geduldig zu sein. Langfristig betrachtet haben die Aktienmärkte schon viele Einbrüche wettgemacht. Dazu zählen die Börsencrashes nach dem Platzen der New-Economy-Blase in den Jahren 2000 bis 2003, in der Finanzkrise 2008 oder in der Corona-Krise 2020.

Natürlich sollte man am Aktienmarkt nur Geld investieren, das man auf längere Sicht nicht braucht. Solange man dies beherzigt, die Risiken bei der Aktienanlage gezielt streut und auf günstige Indexprodukte setzt, kann man trotz der teilweise übertrieben wirkenden KI-Euphorie ruhig schlafen.



Während manche auf die sozialökologische Transformation hoffen, vollzieht sich ein Wandel historischen Ausmasses in Gesellschaft und Wirtschaft. Im Bild: Dunst eines Waldbrands in Kuala Lumpur.

REUTERS

Abschied vom Machbarkeitsdenken

Es gibt kaum eine staatliche oder globale Organisation, die sich das Ziel der Nachhaltigkeit nicht auf die Fahne geschrieben hätte. Dabei ist nicht alles machbar, was wünschbar ist. Gastkommentar von Fred Luks

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ist eine Erfolgsgeschichte. Ihr Modell, das Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen garantiert und gleichzeitig die Interessen zukünftiger Generationen berücksichtigt, kann heute als globaler Konsens und als öffentlicher Mainstream gelten. Als modernes Leitbild entstand Nachhaltigkeit mit dem Brundtland-Bericht 1987, es setzte sich dann mit der Uno-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio fort, verfestigte sich in unzähligen Konferenzen, Regierungsprogrammen und Wirtschaftsinitiativen und erlebte seinen Höhepunkt 2015.

Damals wurde das Pariser Klimaschutzabkommen verabschiedet und Papst Franziskus' vieldiskutierte Enzyklika «Laudato si'» veröffentlicht. Derweil stimmten in der Uno-Generalversammlung alle 193 Mitglieder den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen zu. Diese üblicherweise als SDG (Sustainable Development Goals) bezeichneten Ziele reichen von Zugang zu Wasser über Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz bis hin zum Frieden. Sie umfassen eine weltweite Agenda, bei der «niemand zurückgelassen werden soll».

Gewiss haben die SDG auch Gutes bewirkt. Es springt aber doch heftig ins Auge, wer alles diesem Zielkatalog zugestimmt hat. Man staunt: Die arabischen Ölstaaten sind für Klimaschutz und Gleichberechtigung? Russland befürwortet Frieden und Gerechtigkeit? Deutschland bekennt sich zur Nachhaltigkeit von Kommunen? Man sieht: Die Uno-Nachhaltigkeitsziele sind ein Dokument beträchtlicher Verlogenheit. Und das führt zu einem zentralen Problem der Nachhaltigkeit hier und heute – einer immer grösser werdenden Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Dennoch gibt es nach wie vor jede Menge Sachbücher, Politikerreden und Wirtschaftsprogramme, die im Bann der alten Nachhaltigkeit stehen. Beispiele für Dogmen aus unterschiedlichen Ecken der Nachhaltigkeitswelt: Nachhaltigkeit ist wichtiger als Freiheit, wir müssen effizienter werden, wir müssen moralischer werden, wir müssen die Leute «mitnehmen», gesellschaftliche Entwicklung lässt sich zielgerichtet transformieren, also steuern. Dass diese Rezepte weder den Komplexitäten noch den Konflikten unserer Gegenwart gerecht werden, ist offensichtlich.

Während manche naiv weiter auf die sozialökologische Transformation hoffen, vollzieht sich ein Wandel historischen Ausmasses in Gesellschaft und Wirtschaft. Das atemberaubende Entwicklungstempo der künstlichen Intelligenz verändert mit wachsender Geschwindigkeit etablierte Geschäftsmodelle und den Alltag der Menschen. In Europa ist Krieg (und bekanntlich nicht nur dort). Und mit China drängt ein Staat mit Macht zur Weltherrschaft, dessen Führung über «Postwachstum», Moralappelle und Bürgerbeteiligung wohl nur müde lächeln (oder sich gar totlachen) kann. Die Welt ist nicht mehr jene von 1987 oder 2015, sondern eine gänzlich andere.

Wer das nicht sieht, geht in die Irre. Gerade wenn man an Generationengerechtigkeit, Umweltschutz und Entwicklung interessiert ist, muss man einsehen: Von der Nachhaltigkeit, wie wir sie kannten, ist Abschied zu nehmen. Und zwar nicht in dem Sinne, den viele sozialwissenschaftliche Texte nahelegen scheinen: Das Ende der Welt naht, die Apo-

Chinas Führung kann über «Postwachstum», Moralappelle und Bürgerbeteiligung wohl nur müde lächeln.

kalypse droht, Fortschritt kann es nicht mehr geben. Sondern in dem Bewusstsein, dass «die» Welt nicht untergeht, der Weltuntergang nicht vor der Tür steht und dass das Gerede vom Ende des Fortschritts eine westliche Dekadenzerscheinung ist.

Elemente einer neuen, zeitgemässen Nachhaltigkeit beginnen sich erst abzuzeichnen. Jenseits manichäischer Aufteilungen – Wachstum contra Schrumpfung, Technik contra Moral, Freiheit contra Klimaschutz – sind immerhin Konturen einer «neuen Nachhaltigkeit» sichtbar. Resilienz bleibt ein zentraler Begriff für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften. Immer mehr Menschen erkennen, wie sehr nicht nur gesellschaftliche Nichtnachhaltigkeit, sondern auch das Gegenrezept Nachhaltigkeits-Illusionen geprägt ist. Und ein zentraler Punkt der künftigen Debatten muss sein, dass Nachhaltigkeit sich nicht bürokratisch steuern oder planen lässt.

Die Erkenntnis, dass es bei einem wirksamen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit im Wesentlichen darum gehen muss, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, muss im Zentrum zukunftsgerichteter Bemühungen stehen. Ohne ein Bewusstsein davon, dass gesellschaftliche Systeme nach ihrer eigenen Musik spielen und nicht beliebig verwaltbar sind, kann es eine für alle gedeihliche Entwicklung nicht geben.

Eine gesunde Steuerungsskepsis in Kombination mit einem klaren Bewusstsein der Nachhaltigkeitsrelevanz von KI, Krieg und Chinas Aufstieg ist ein zentraler Aspekt einer zeitgemässen Konzeption von Zukunftsfähigkeit. Der Abschied von der alten, einseitig dem Machbarkeitsglauben verfallenen Nachhaltigkeit ist unabdingbar. Gelingt dieser schmerzhafteste Prozess nicht, wird Nachhaltigkeit als Leitbild endgültig scheitern. Der Hitzesommer 2026 zeigt, wie viel unseres Wohlstands auf dem Spiel steht.

Fred Luks ist Ökonom und Nachhaltigkeitsforscher. Er lebt in Wien. Unlängst ist erschienen: «Abschied von der Nachhaltigkeit. Eine neue Philosophie der Transformation» (Transcript).

Europa diskutiert über künstliche Intelligenz meist in den Kategorien des Wettbewerbs. Wird die Europäische Union mit den Vereinigten Staaten und China mithalten können? Verfügt sie über genügend Rechenzentren, Kapital und Talente? Oder droht ihr der Rückfall in technologische Abhängigkeit? Diese Fragen sind berechtigt. Sie verdecken jedoch ein tiefer liegendes Problem. Europa leidet weniger an einem Mangel an Fähigkeiten als an einem Mangel an Zukunftswillen.

Viele Bürger erleben die Europäische Union heute vor allem als Regulierungsraum. Sie schützt Verbraucher, begrenzt Risiken und gleicht Interessen aus. All das ist notwendig. Doch eine politische Gemeinschaft lebt nicht allein von Schutz. Sie lebt auch von dem Gefühl, dass sich Anstrengung lohnt und dass gemeinsames Handeln eine bessere Zukunft hervorbringen kann.

Ambition ist deshalb keine private Tugend. Sie ist eine gesellschaftliche Ressource. Menschen werden ehrgeizig, wenn sie Sinn erkennen. Die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg war von einer solchen Sinnperspektive getragen. Frieden, Freiheit und Wohlstand erschienen nicht als abstrakte Begriffe, sondern als erreichbare Ziele. Heute fehlt vielen Europäern eine vergleichbar überzeugende Erzählung.

Die KI-Revolution könnte eine neue solche Erzählung ermöglichen. Nicht Europa als Kontinent der leistungsfähigsten Maschinen. Sondern Europa als Kontinent, der zeigt, wie Technologie und Humanität zusammengehören.

Der entscheidende Begriff dafür lautet Selbstwirksamkeit. Menschen entwickeln Ambition, wenn sie erleben, dass ihr Denken, Lernen und Handeln einen Unterschied macht. Wer sich ohnmächtig fühlt, wird vorsichtig. Wer Gestaltungsmöglichkeiten erkennt, wird mutig.

Hier liegt die grosse Chance der generativen künstlichen Intelligenz. Sie kann Wissen zugänglicher machen, komplexe Zusammenhänge erklä-

Europa hat den Willen zur Zukunft verloren

Der alte Kontinent wird erst dann gedeihen, wenn seine Bewohner wieder daran glauben, durch ihr eigenes vernünftiges Handeln die Welt verändern zu können. Gastkommentar von Erich Ortner

ren und individuelle Lernwege unterstützen. Sie kann den menschlichen Verstand erweitern. Doch genau darin liegt auch die Gefahr.

Wenn KI nur dazu dient, eigene Anstrengung zu ersetzen, macht sie den Menschen bequemer, aber nicht freier. Wenn sie dagegen als persönlicher Lern- und Denkpartner eingesetzt wird, kann sie Selbstwirksamkeit stärken. Der Mensch versteht mehr, kann bessere Fragen stellen und wird eher in die Lage versetzt, Verantwortung zu übernehmen.

Die Zukunft Europas entscheidet sich daher nicht allein an der Zahl seiner Rechenzentren. Sie entscheidet sich an der Zahl der Menschen, die

gelernt haben, ihren durch KI erweiterten Verstand unter der Leitung ihrer eigenen Vernunft zu gebrauchen.

Dafür braucht Europa eine neue Bildungsstrategie. Sie sollte nicht nur digitale Kompetenzen vermitteln, sondern Sprachbildung, logisches Denken, philosophische Urteilskraft und lebenslanges Lernen miteinander verbinden. Generative KI kann dabei ein mächtiger persönlicher Assistent sein – vorausgesetzt, sie bleibt ein Werkzeug der Emanzipation und wird nicht zum Ersatz eigener Urteilskraft.

Eine solche Bildung hätte auch eine politische Wirkung. Demokratie lebt nicht von Informationen

allein, sondern von Bürgern, die Informationen bewerten, Argumente prüfen und Verantwortung übernehmen können. Eine lernende Demokratie ist deshalb keine Metapher. Sie ist die notwendige institutionelle Antwort auf eine Gesellschaft, in der Wissen schneller wächst als je zuvor.

Auch die Europäische Union könnte sich in diesem Sinne neu verstehen. Nicht nur als Binnenmarkt und Regulierungsraum, sondern als emanzipatorische Gemeinschaft. Ihre Aufgabe bestünde dann darin, möglichst vielen Menschen die Voraussetzungen zu geben, ihre Freiheit in einer digitalen Welt selbstbestimmt zu verwirklichen. Das wäre ein eigenständiger europäischer Beitrag zur KI-Revolution.

Die Vereinigten Staaten setzen auf unternehmerische Dynamik. China setzt auf staatliche Kontrolle. Europa könnte einen dritten Weg entwickeln: die Verbindung von technologischer Innovation, demokratischer Verantwortung und emanzipatorischer Bildung. Ambition kehrt nicht durch Appelle zurück. Sie wächst aus Erfahrung. Wenn Menschen erleben, dass sie mithilfe guter Bildung und verantwortungsvoll eingesetzter künstlicher Intelligenz mehr verstehen, besser entscheiden und wirksam handeln können, entsteht wieder Zuversicht. Aus Zuversicht wird Gestaltungslust. Und aus Gestaltungslust kann eine neue europäische Ambition erwachsen.

Vielleicht ist das die eigentliche politische Aufgabe der KI-Revolution: nicht Europa technologisch grösser, sondern seine Bürger geistig handlungsfähiger zu machen. Denn eine Gesellschaft wird nicht dadurch zukunftsfähig, dass sie die intelligentesten Maschinen besitzt. Sie wird zukunftsfähig, wenn ihre Menschen wieder daran glauben, dass ihr eigenes vernünftiges Handeln die Welt verändern kann.

Erich Ortner ist emeritierter Professor für Wirtschaftsinformatik an der Technischen Universität Darmstadt.

Wahlsieg der AfD

Sachsen-Anhalt ist eine Zäsur

FLORIAN EDER, BERLIN

Die Regierung in Sachsen-Anhalt ist abgewählt. Die AfD kratzt an der absoluten Mehrheit der Sitze im Landtag von Magdeburg und kann ihr Ergebnis verdoppeln. Die CDU hat sie nebenbei halbiert. Die SPD richtet sich im einstelligen Bereich gemütl-ich ein, die FDP ist nicht mehr im Landtag vertre-ten: Die bisherige Koalition ist ohne jegliche Chance auf eine Mehrheit.

In einer parlamentarischen Demokratie regiert, wer eine Mehrheit organisiert. Eine solche Mehr-heit hat die AfD nach Stand der Dinge derzeit nicht – allerdings ist im Moment auch sonst keine in Sicht. Der Abend ist eine Zäsur. Nie war es so deutlich, dass es wirklich aller anderen Kräfte be-dürfte, und dort eines jeden Abgeordneten, um die AfD noch von der Macht fernzuhalten.

Der AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund hat am Wahlabend eine Regierungsverantwortung nicht ausgeschlossen, anders als bislang. Er wolle allen die Hand reichen und sei gespannt, wer sie ergreife, sagte er. Björn Höcke, der Thüringer Landeschef und An-führer des Rechts-aussen-Flügels der Partei, gab den grossen Versöhner und rief zur Überwindung der Polarisierung im Land auf. Das muss man ihm nicht abnehmen, aber die Zeichen in der deutschen Politik haben sich in Magdeburg umgekehrt: Es ist die AfD,

die zu Gesprächen einlädt, Bedingungen formuliert, rote Linien zieht und über eine Minderheitsregierung nachdenkt. Rein rechnerisch könnte die AfD mit jeder Partei eine Mehrheit bilden.

Die alte Ordnung haben die Wähler in Sachsen-Anhalt geradezu lustvoll zerstört. Die Mobilisie-rung war gross, die Wahlbeteiligung hoch, das nützte der AfD und den drei etwa gleich kleinen Parteien Linke, SPD und Grüne. Auch das BSW könnte sich nach dem vorläufigen Ergebnis knapp in den Landtag retten.

Die Analysen der Wahlverlierer waren tollpat-schig und jedenfalls bequem: schwierige Zeiten, spezielle Verhältnisse, die bösen Populisten und Gegenwind aus Berlin. Nina Warken, die Kanzler-amtsministerin, zeigte sich überzeugt, dass ihre CDU die richtigen Ideen habe, aber die Menschen noch besser mitnehmen müsse. Der SPD-Spitzen-kandidat im Land sah seine 9-Prozent-Partei tat-sächlich «ziemlich stabil».

Tatsächlich haben alle einen Wahlkampf ge-führt, der die AfD zum Thema hatte und wie sie zu verhindern sei – nicht, welche überzeugende eigene Strategie es besser machen würde. Nun müssen die Parteien mit dem Ergebnis umgehen, das die Wähler ihnen beschert haben. Wie Sach-sen-Anhalt künftig regiert wird, kann am Wahl-abend niemand wissen.

Die Suche nach einer Mehrheit kann mühsam werden. Es gibt aber keinen Grund, sie auf Teufel komm raus abzukürzen. Dafür ist das Ergebnis zu eindeutig. Eine relative Mehrheit der Wähler hat für einen grundlegenden Politikwechsel gestimmt und ihn den Parteien der Mitte, insbesondere auch der CDU, nicht zugetraut. Das Pendel schwang in Sachsen-Anhalt nicht bloss nach rechts, es fegte über die Mitte hinweg und hinterliess ihr eine ge-fährliche Lehre: der Kompromiss als Schwäche, der Ausgleich als Verrat.

Die AfD ist jetzt zunächst in der Verantwortung, aus ihrem triumphalen Wahlergebnis eine parla-mentarische Mehrheit zu machen. Eine Partei mit mehr als 40 Prozent lässt sich vielleicht weiter von der Regierung fernhalten. Politisch isolieren lässt sie sich nicht mehr.

Womöglich ist dieser Versuch schnell beendet. CDU, SPD, Grüne und Linke haben eine Zusam-menarbeit mit der AfD ausgeschlossen. Das erwart-bare Scheitern einer Regierungsbildung der AfD ist kein Grund, die Mühe dem Wahlsieger von vornher-ein abzunehmen. Die AfD muss nun zum ersten Mal zeigen, wie weit ihr Wille zur Macht reicht, wenn da-für Gespräche und Kompromisse nötig werden.

Scheitert Siegmund, sind die anderen Parteien am Zug. Auch dann gibt es keinen Zwang, sich binnen weniger Tage irgendeine Mehrheit zusammenzu-

bauen. Eine CDU-geführte Regierung unter Beteili-gung oder mit Unterstützung von SPD, Grünen und Linken wäre parlamentarisch legitim. Nach diesem Wahlergebnis wäre sie allerdings eine politisch zu-mindest ausserordentlich anspruchsvolle Konstruk-tion – und dem Wähler zudem schwer vermittelbar.

Das kann am Ende die am wenigsten schlechte Möglichkeit sein. Dass es die einzig verantwortbare sei oder gar staatspolitisch geboten, folgt daraus nicht. Sachsen-Anhalt stürzt nicht in eine Staats-krise, wenn die Regierungsbildung länger dauert, schon gar nicht tut das die Bundesrepublik. Die bis-herige Regierung führt die Geschäfte weiter. Und wenn sich dauerhaft keine Mehrheit findet, kann am Ende unter den Voraussetzungen der Landes-verfassung auch eine Neuwahl stehen.

Keine dieser Möglichkeiten ist angenehm. Eine breite Regierung gegen die AfD könnte die Partei weiter stärken. Eine längere Hängepartie kostet Vertrauen. Neuwahlen könnten die Verhältnisse noch schwieriger machen. Eine AfD-geführte Regierung birgt angesichts der Radikalität des Lan-desverbandes Risiken eigener Art. Das Wahlergeb-nis zwingt die Parteien, zwischen schlechten Lösun-gen abzuwägen. Das ist vielleicht die wichtigste Botschaft dieses Wahlabends: Die Wähler haben die alte Ordnung abgewählt, aber keine neue bestellt. Die Parteien werden eine finden müssen.

Brandmauer

Die CDU hat der AfD ein einzigartiges Profil verschafft

OLIVER MAKSAN, BERLIN

Der Triumph der AfD in Sachsen-Anhalt ist ein Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik. Darin sind sich in Deutschland und darüber hinaus Freund wie Feind der Rechtspartei einig. Noch nie seit 1949 hat eine rechts von CDU und CSU posi-tionierte Partei mit einem derart hohen Ergebnis eine Wahl gewonnen. Der Erfolg der AfD und die epochale Niederlage der CDU haben dabei viele Väter. Da sind der blasse Spitzenkandidat der CDU und der charismatische der AfD. Der eine versagte in den sozialen Netzwerken, der andere setzte dort neue Massstäbe. Da ist der beispiellos unbeliebte Bundeskanzler Friedrich Merz, der die Politikwende – «Links ist vorbei» – versprochen hat, sie im Bündnis mit der SPD aber nicht umset-zen kann, dafür aber entgegen heiligen Eiden vor der Wahl die Schuldenbremse opferte, einen der letzten ehernen Grundsätze der CDU. Da sind die Sorgen über wirtschaftlichen Niedergang und Ein-schnitte bei Rente und Gesundheit, die in dem ein-kommensschwachen Bundesland schneller durch-schlagen als andernorts.

All diese Faktoren haben zulasten der CDU auf das Konto der AfD eingezahlt. Die einschüchternde Stärke der AfD hat aber nicht nur mit Fehlern der

CDU und ihres Personals zu tun. Vielmehr ist die Strategie der AfD aufgegangen, nicht einfach und vor der Zeit Mehrheitsbeschafferin der etablierten Parteien zu werden. Das linksnationale BSW am anderen Ende des politischen Spektrums gab die-ser Versuchung zur schnellen Regierungsbeteili-gung in Thüringen nach und wäre darüber fast zu-grunde gegangen. Die AfD konnte diesen Fehler aufgrund der Brandmauer gar nicht erst begehen. Für Deutschland wie die CDU wäre das besser ge-wesen, für die AfD hingegen nicht. Die CDU hat also durch ihre Abgrenzung verhindert, dass sich die AfD selbst schaden konnte. Das ist die Ironie.

Die AfD hat den Erfolg, den sie hat, weil sie nicht einfach eine weitere Variante des Bekannten ist. Sie ist auch keine zu ihren Wurzeln zurück-gekehrte CDU, wenn sie auch viele Positionen etwa in der Energie- oder der Migrationspolitik vertritt, die die CDU in der Ära vor Angela Merkel vertrat.

Sie hat sich von Ostdeutschland ausgehend viel-mehr das Profil einer deutschnationalen, isolation-nistischen, sozialpopulistischen Partei gegeben und hat damit offenkundig Erfolg. Einer fallweisen Zu-sammenarbeit von AfD und CDU steht das übr-i-gens nicht im Wege, solange sich beide Seiten über ihre Unterschiede, aber auch ihre Gemeinsamkei-ten im Klaren sind. Für immer mehr Wähler der

AfD hingegen waren gerade diese Unterschiede ausschlaggebend. «Unser Land zuerst»: Wo Kri-ker Extremismus beklagen, erkennen die Wähler ein unverwechselbares Angebot. Man könnte von Originalisierung statt Radikalisierung sprechen.

Vorgezeichnet war dieser Weg nicht. Die 2013 gegründete Alternative für Deutschland positio-nierte sich zunächst als Korrektiv zur Euro-Ret-tungs-Politik Angela Merkels, daher der Name. Schnell erkannten ab 2015 besonders ostdeutsche AfD-Strategen, dass dieses Angebot zu schmal war, um auf Dauer als echte Alternative wahrgenom-men zu werden. Über die Frage der Anschlussfähig-keit gegenüber der sogenannten demokratischen Mitte stürzten 2015 erst der Parteigründer Bernd Lucke, 2017 dann die Parteichefin Frauke Petry, 2021 schliesslich Jörg Meuthen. Fünf Jahre später führt die AfD auf nationaler Ebene in den Umfra-gen stabil vor der CDU und könnte in Sachsen-An-halt erstmals die Regierung übernehmen.

Dass all das zuerst in Ostdeutschland geschieht, ist kein Zufall. Die Parteibindungen dort sind schwächer als in Westdeutschland. Die Ostdeut-schen reagieren zudem aufgrund ihrer Erfahrung mit der SED-Diktatur sensibel auf jede Behaup-tung alternativer Politik, wie sie Kanzlerin Mer-kel vortrug – und wie es Politiker nun bei der

Unterstützung der Ukraine wiederholen. Demo-kratie lebt aber von Alternativen. Sie ist schliesslich vor allem ein Instrument der Mehrheits-, nicht der Wahrheitsfindung. Das ist ihre Schwäche, aber auch ihre Stärke. Wo Meinungsmachern in Politik und Medien das Verständnis dafür fehlt, werden sie zu Geburtshelfern populistischer Parteien.

Zur Erinnerung: 2014 gründete sich die rechte Protestbewegung Pegida aus Protest gegen die Be-waffnung der vom IS bedrängten kurdischen Pesch-merga durch die Bundesrepublik in Dresden. Die Linien von diesem frühen isolationistischen Aufbe-gehren lassen sich bruchlos fortführen zur heutigen Ablehnung der Unterstützung der Ukraine durch die AfD. Sich aus den Händen der Welt heraus-halten, die eigene Wirtschaft nicht durch ambitio-nierte Klimaziele schwächen: Kein Wunder, dass der amerikanische Präsident Donald Trump sich am Wahltag für die Hochrechnungen in einem ost-deutschen Bundesland interessierte. Populisten aller Völker erkennen einander eben.

Der Höhenflug der AfD mag nicht von Dauer sein. Aber die politische Dynamik ist unbestreitbar nach rechts gewandert. Die deklassierten Christlich-demokraten haben darauf keine Antwort. Die Weit-sicht der AfD hingegen hat sich vorerst bezahlt ge-macht. Sie ist jetzt Koch und nicht mehr Kellner.

Erstflug einer privaten europäischen Rakete

Ein Meilenstein – aber noch nicht das Ziel

CHRISTIAN SPEICHER

Wenn man Josef Aschbacher, den Generaldirektor der Europäischen Raumorganisation (ESA), in den letzten Jahren reden hörte, gab es vor allem ein Thema: Europa brauche einen eigenständigen Zu-gang zum Weltraum. In der momentanen Weltlage könne es sich Europa nicht leisten, von amerikani-schen Raketenfirmen wie SpaceX abhängig zu sein.

Am Samstag ist Europa diesem Ziel einen be-deutenden Schritt näher gekommen. In den späten Abendstunden hob eine Rakete des deutschen Unternehmens Isar Aerospace erfolgreich von einem Startgelände in Norwegen ab und beförderte fünf Minisatelliten in den erdnahen Weltraum. Es ist das erste Mal, dass eine privat finanzierte euro-päische Orbitalrakete die Erdumlaufbahn erreicht.

Die 28 Meter grosse Spectrum-Rakete von Isar Aerospace ist für kleine Nutzlasten von bis zu einer Tonne ausgelegt. Damit ist sie eine Ergän-zung zu den Vega-C- und Ariane-6-Raketen der ESA, die mittelschwere und schwere Lasten von mehr als zehn Tonnen in den Weltraum befördern können. In einer Pressemitteilung der ESA gratu-lierte Aschbacher Isar Aerospace zum histori-schen Start. Er hat allen Grund dazu. Die euro-päische Raketenkrise, vor der er noch vor zwei

Jahren eindringlich gewarnt hatte, sieht inzwi-schen nicht mehr so dramatisch aus.

Der erfolgreiche Start der Spectrum-Rakete ist vor allem der Hartnäckigkeit von Isar Aerospace zu verdanken. Das vor acht Jahren gegründete Un-ternehmen hat sich auch von einem Fehlstart im vergan-genen Jahr nicht vom Kurs abbringen lassen. Zum Erfolg hat aber auch die ESA beigetragen. Nach dem Vorbild der Nasa hat die Europäische Raumfahrt-organisation in den letzten Jahren damit begonnen, die private Raumfahrt zu fördern. Isar Aerospace ist einer der Nutzniesser dieser Förderung. Erst im Au-gust hat das Unternehmen im Rahmen der European Launcher Challenge einen Vertrag über 200 Millio-nen Euro mit der ESA abgeschlossen. Mit dem er-folgreichen Qualifikationsflug der Spectrum-Rakete darf sich also auch die ESA bestätigt fühlen.

Der Zeitpunkt könnte nicht günstiger sein. Denn die Nachfrage nach Raketenstarts ist in den letzten Jahren explodiert. Dazu tragen vor allem Unternehmen bei, die riesige Satellitenkonstellatio-nen bauen wollen. Auf der anderen Seite gibt es nicht genug Raketen, die diese Satelliten in den Weltraum befördern können. SpaceX verwendet seine Raketen vor allem dazu, seine eigenen Star-link-Satelliten ins All zu befördern. Alle anderen – Regierungen, Militärs, Satellitenbetreiber, Univer-

Europa darf sich nicht damit zufriedengeben, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern. Das langfristige Ziel muss sein, international konkurrenzfähig zu werden.

sitäten – müssen sehen, wo sie bleiben. Die Spec-trum-Rakete wird dieses Problem nicht lösen. Isar Aerospace arbeitet zwar an grösseren Raketen, mit denen sich auch schwerere Kommunikationssatel-liten ins Weltall befördern lassen. Vorderhand zielt das Unternehmen aber auf den Transport kleinerer Satelliten. Die gefüllten Auftragsbücher zeigen, dass auch hier eine grosse Nachfrage besteht.

Ob Isar Aerospace zu einem Modell für die pri-vate europäische Raketenindustrie werden kann, entscheidet sich in den nächsten Jahren. Matchent-scheidend wird sein, wie schnell es das Unterneh-men schafft, die Zahl seiner Raketenstarts hochzu-fahren. Das Ziel – vierzig Raketenstarts pro Jahr – ist ambitioniert. Anders als die Raketen von SpaceX kann die Spectrum nicht wiederverwendet werden. Stattdessen soll das Ziel durch eine hoch-gradig automatisierte Serienproduktion erreicht werden, die auch die Kosten senken soll.

Das ist dringend nötig. Denn Europa darf sich nicht damit zufriedengeben, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern. Das langfristige Ziel muss sein, international konkurrenzfähig zu werden. Die European Launcher Challenge ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Pendant zu SpaceX und sei-nen wiederverwendbaren Raketen gibt es in Europa zwar noch nicht. Aber ein Anfang ist gemacht.

«SpaceX hat den Zugang zum All erschwinglich gemacht»

Die neue Chefin der Schweizer Technologiefirma Beyond Gravity, Barbara Frei-Spreiter, sieht kein Ende des Booms in der Raumfahrt. Im Gespräch mit Dominik Feldges und Selina Berner sagt sie, dass der Betrieb auch mit dem Bund als Besitzer vor einer rosigen Zukunft stehe

Die Zürcher Technologiefirma Beyond Gravity ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt, doch in der Raumfahrtbranche gilt sie als ein führender Zulieferer. Grössen wie der amerikanische Raketebauer SpaceX und sein europäischer Konkurrent Ariane beziehen von ihm kritische Komponenten. Das Unternehmen gehört dem Bund und hätte wegen seines hohen Investitionsbedarfs privatisiert werden sollen. Der Plan scheiterte im März 2025 aber am Widerstand des Parlaments. Die Schweizer Managerin Barbara Frei-Spreiter übernahm diesen Frühling die Geschäftsführung.

Frau Frei-Spreiter, an Ihrem vorherigen Arbeitsort beim börsenkotierten französischen Grosskonzern Schneider Electric, wo Sie die Sparte Industrieautomation führten, waren Ihnen 7000 Mitarbeitende unterstellt. Jetzt leiten Sie mit Beyond Gravity einen Industriebetrieb, der sich im Besitz der Eidgenossenschaft befindet und weniger als 2000 Personen beschäftigt. Sind Sie freiwillig abgestiegen? Von Abstieg kann keine Rede sein. Ich suchte eine CEO-Stelle und schaute mir verschiedene Angebote an. Das Geschäft von Beyond Gravity ist sehr interessant, vor allem im Kontext der Schweiz. Die Technologie ist spannend, der Markt attraktiv. Ich habe hier zudem klar die Möglichkeit, mitzugestalten.

Beyond Gravity beliefert Raumfahrtunternehmen und Satellitenanbieter. Wie stark wächst die Branche?

Der Raumfahrtsektor entwickelt sich sehr dynamisch. Wir erstellten 2024 eine Studie zum erwarteten Wachstum – doch diese Zahlen sind bereits nicht mehr aktuell. Vor allem die Märkte in Asien und Europa legen noch stärker zu, als wir damals annahmen. Die Europäische Weltraumorganisation ESA beispielsweise hat ihr Budget für die Jahre 2026 bis 2028 um 30 Prozent gegenüber der vorangegangenen Periode aufgestockt. Insgesamt expandiert der Markt um rund 5,5 Prozent pro Jahr, was deutlich über dem Wachstum der Weltwirtschaft liegt.

Ihr Vorgänger an der Spitze von Beyond Gravity, André Wall, arbeitete hart daran, das Unternehmen für die Privatisierung vorzubereiten. Das Parlament entschied indes im Frühjahr 2025, Beyond Gravity im Besitz des Bundes zu belassen. Was löste dieser Entscheid bei Ihnen aus? Ich nahm ihn zur Kenntnis. Nun geht es darum, diesen politischen Entscheid umzusetzen. Er kam bei den Kunden und den Mitarbeitenden sehr positiv an.

Wie kommen Sie darauf? War es für viele nicht ein Schock?

Es gab vor dem Parlamentsbeschluss eine grosse Planungsunsicherheit. Es war nicht klar, ob und, falls ja, an wen die Firma verkauft werden würde. Diese Unsicherheit ist nun weg. Die Kunden und Mitarbeitenden wissen, wir gehören weiterhin dem Bund. Es war übrigens schon unsere Vorgängerfirma Oerlikon Space, die 2009 zum Bund stiess. Zusammen mit den 2008 übernommenen Standorten in Schweden und Österreich entstand damals das Geschäft, das wir heute betreiben.

Hatten Sie selbst als gestandene Managerin nach Jahren in der Privatwirtschaft keine Bedenken, sich in den Dienst eines Staatsbetriebs zu stellen? Im Gegenteil. Beyond Gravity ist eine internationale Firma. Sie bewegt sich zudem in einem kapitalintensiven Geschäft. So gesehen ist es auch möglich, dass sie eines Tages Kapital von Dritten reinholen wird. Natürlich immer unter der Prämisse, dass der Bund der Mehrheitsaktionär bleibt.

Das Raumfahrtgeschäft ist hart umkämpft. Ist Beyond Gravity mit knapp 400 Millionen Franken Umsatz gross



«Ich habe hier klar die Möglichkeit, mitzugestalten.» Als Chefin von Beyond Gravity leitet Barbara Frei-Spreiter den Bundesbetrieb von Zürich aus. KARIN HOFER / NZZ

genug, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten?

Man darf nicht vergessen: Wir sind ein Komponentenhersteller. Wir bauen keine eigenen Raketen. Vor diesem Hintergrund sind wir eher gross und im Ausland auch sehr bekannt.

Ihr Vorgänger sagte, Beyond Gravity benötige eine halbe Milliarde Franken an Investitionen, um technologisch weiterhin an der Spitze mitspielen zu können. Warum braucht es diese Mittel?

Wir sind dazu da, uns im internationalen Wettbewerb mit Leistung zu differenzieren. Bis 2027 wollen wir einen positiven Cashflow erwirtschaften und wieder profitabel werden. Zugleich ist klar, dass die Mittel, die wir in den nächsten zwei, drei Jahren selbst erarbeiten werden, nicht ausreichen werden, um unseren künftigen Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur oder in zusätzliche Forschung und Entwicklung zu decken.

Anders gefragt: Ist die von Ihrem Vorgänger genannte halbe Milliarde eine realistische Summe?

Der Betrag beruhte auf Annahmen, die nicht mit einer konkreten Planung unterlegt waren. Wir wollen das Geschäft nach dem letztjährigen Verlust erst stabilisieren und dann weiter industrialisieren, sprich noch mehr automatisieren, um grössere Stückzahlen produzieren zu können.

Glauben Sie, der Bund ist bereit, die hohen Risiken zu tragen, welche die künftig geforderten Investitionen bergen?

Er muss es nicht. Wir sind verpflichtet, genügend Reserven zu halten, um die Risiken abzufedern. Daran arbeiten wir. Zugleich bewegen wir uns in einem wachsenden Markt. Es geht nun darum, unsere operative Leistung so weit zu verbessern, dass wir zusätzlichen Handlungsspielraum gewinnen.

Konkurrenten von Beyond Gravity, insbesondere aus den USA, investieren Milliarden. Sind Sie neidisch?

Es fliesst zweifellos viel Geld in den Markt. Der Investitionsbedarf hängt allerdings auch stark davon ab, was man macht. Wenn man sich, wie wir es bisher gemacht haben, auf Komponenten konzentriert, braucht man weniger Mittel.

Wenn der Bund kein Geld einschiessen wird, wer kann es sonst tun?

Diese Frage werden wir nach der Stabilisierungsphase klären. Wir erhalten immer wieder Anfragen von potenziellen Investoren und Partnern. Im Moment sind wir für solche Diskussionen noch nicht bereit.

Im vergangenen Jahr weitete sich der Verlust von Beyond Gravity von knapp 2 auf 119 Millionen Franken aus. Schaute Ihr Vorgänger zu wenig auf die Kosten?

Für den hohen Verlust waren hohe Sonderaufwendungen verantwortlich. Wir starteten ein grosses Digitalisierungsprojekt. Zudem mussten wir bei der Qualität der Nutzlastverkleidungen nachbessern, die wir in den USA produzieren. Das kostete viel Geld. Und dann war der Ausbau der Produktion an unserem schwedischen Standort in Linköping deutlich langwieriger und teurer als erwartet.

Was lief dort schief?

Wir mussten erst lernen, was zu tun ist, wenn ein grosser, kommerzieller Kunde innert kürzester Zeit mit vielen Aufträgen von null auf hundert gehen will. Die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, werden uns auch in Zukunft nützen.

Die Firma, die Ihre Leute in Schweden ins Schwitzen brachte, ist Amazon Leo. Ist Amazon mittlerweile der grösste Kunde von Beyond Gravity?

Stand jetzt ist das so.

Haben Sie beim Gründer und Executive Chairman von Amazon, Jeff Bezos, schon um einen Vorstellungstermin gebeten?

Nein. Ich denke, es wäre auch nicht relevant für mich. Bei diesem Geschäft gibt es andere, die entscheiden.

Wie gut sind Sie mit SpaceX, der von Elon Musk kontrollierten Raumfahrtfirma, im Geschäft?

Wir liefern gewisse Komponenten. Allerdings ist SpaceX stärker vertikal integriert. Der Konzern produziert beispielsweise für seine Raketen Nutzlastverkleidungen selbst.

Es gibt immer noch sehr viele offene Fragen – etwa zur zukünftigen Rechtsform von Beyond Gravity.

Gegenwärtige Programme sind davon nicht betroffen, sie laufen normal weiter. Wollen wir aber in einem Bereich expandieren oder ein neues Projekt wagen, braucht es Kapital – und einen Businessplan. Die Raumfahrtbranche ist extrem dynamisch. Scheitern zwei oder drei Missionen, steht für manche Unternehmen rasch die Existenz auf dem Spiel. Marktchancen entstehen schlagartig und lösen sich ebenso schnell wieder auf. Mit dieser Volatilität müssen wir umgehen können.

Warum erlebt die Raumfahrtbranche derzeit eigentlich einen derartigen Boom? Das ist ja keine neue Industrie.

Haupttreiber war zweifellos SpaceX. Das Unternehmen hat demonstriert, wie sich die Kosten drastisch senken lassen – sowohl bei Satelliten als auch bei den Trägerraketen. Das hat den Zugang zum All überhaupt erst erschwinglich gemacht. Ein zweiter wesentlicher Faktor sind Sicherheit und geopolitische Souveränität. Der Weltraum ist strategisch entscheidend, denn der ununterbrochene Datenzugriff ist für jedes Land sicherheitsrelevant geworden. Das ist eine Lehre aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine: Kiew war plötzlich von der Kommunikation ab-

geschnitten und damit praktisch blind für russische Luftangriffe. Deswegen ist der Bedarf an Satellitenkommunikation, Erdbeobachtung und Frühwarnsystemen zur Raketenenerkennung in den letzten vier bis fünf Jahren auch massiv gestiegen.

Das Parlament entschied sich gegen die Privatisierung – in der Hoffnung, Beyond Gravity trage zur Sicherheit der Schweiz bei. Erfüllen Sie diese Erwartung?

Davon bin ich überzeugt: Raumfahrttechnologie leistet einen wesentlichen Beitrag zu Sicherheit und Souveränität. Dass wir in dieser Wertschöpfungskette stark verankert sind, ist von hoher sicherheitspolitischer Relevanz. Wir verfügen über Schlüsseltechnologien: Bei Schleifringen für die Raumfahrt beispielsweise sind wir europaweit die Nummer eins. Kein Satellit kommt ohne diese Komponenten aus. Darüber hinaus evaluieren wir derzeit gemeinsam mit Armasuisse, dem VBS und dem Weltraumkommando der Schweizer Armee, welche spezifischen Zusatzleistungen wir der Schweiz im Bereich der Satellitentechnik erbringen können.

Dennoch haben Sie bis heute keine Aufträge der Schweizer Armee.

Ich bin überzeugt, dass Beyond Gravity Fähigkeiten besitzt, die für Bund und Armee wichtig sein können. Wir sind bereit, auf deren Bedürfnisse zu reagieren.

Fühlen Sie sich beim VBS also wohl? In Bundesbern heisst es, die übrigen Departemente wie das Wirtschafts- oder das Finanzdepartement hätten Beyond Gravity gar nicht übernehmen wollen.

Da wir jetzt einen Kontakt mit dem Weltraumkommando der Schweizer Armee haben, das ja ebenfalls Teil des VBS ist, sehe ich uns durchaus am richtigen Ort angesiedelt.

Sehen Sie Ihre Rolle vergleichbar mit jener der Swisscom, die etwa die neue Digitalisierungsplattform der Armee kreiert und damit an sicherheitsrelevanter Bedeutung gewonnen hat?

Ja, genau. Bereiche wie Kommunikation oder Erdbeobachtung sind essenziell für die nationale Souveränität. In all diesen Feldern können wir kritische Komponenten liefern.

Die Swisscom liefert dem Bund hohe Dividenden ab. Kann der Bund künftig auch bei Beyond Gravity mit millionenschweren Gewinnausschüttungen rechnen, wenn die Raumfahrt weiter so boomt?

Diese Diskussion müssen wir mit unserem Eigner führen. In der Vergangenheit haben wir bereits 400 Millionen Franken an Dividenden ausgeschüttet. Nun stellt sich jedoch die Frage, wie viel Kapital wir in den kommenden Jahren investieren müssen. Aus meiner Sicht sollten wir die Mittel vorrangig für diese Investitionen nutzen – und Dividendenzahlungen erst dann wieder prüfen, wenn der Zeitpunkt dafür opportun ist.

Eine komplette Privatisierung von Beyond Gravity wird nie wieder ein Thema sein?

Das ist schwierig vorhersehbar. Es bleibt ein politischer Entscheid.

NZZ | Live

Starlink Wars – Geopolitik im Weltraum
Donnerstag, 22. Oktober 2026,
NZZ-Foyer, Zürich, und online.

Die USA und China treiben die Militarisierung des Weltraums voran. Derweil zielt Elon Musk mit SpaceX auf die Kommerzialisierung des Orbits. Gibt es bald Bergbau auf dem Mond und KI-Rechenzentren im All?

Tickets unter nzz.ch/live

Die Aufrüstung der Bundeswehr wird kein Wachstum generieren

Die Investitionen lösen nur ein konjunkturelles Strohfeuer aus – am Ende bleiben höhere Staatsschulden

MALTE FISCHER, SIMON OFF,
SOPHIA KISSLING, BERLIN

Deutschlands Wirtschaft nimmt Fahrt auf, Forschungsinstitute und Banken korrigieren in diesen Tagen ihre Wachstumsprognosen nach oben. Doch es gibt ein Problem. Die Erholung basiert vor allem auf den Ausfuhren und hängt damit am seidenen Faden der Auslandskonjunktur. Viele Experten setzen daher darauf, dass sich bald auch die Wirtschaft im Inland erholt. Ihre Hoffnungen gründen nicht zuletzt auf der schuldenfinanzierten Aufrüstung der Bundeswehr. Sie spült viel Geld in die Wirtschaft.

Doch diese Hoffnung dürfte trügerisch sein. Die Forscher des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln haben ausgerechnet, welche Impulse von einer schuldenfinanzierten Aufrüstung ausgehen könnten. Dazu haben sie zwei Szenarien entwickelt. Im einen, dem Basisszenario, bleiben die Verteidigungsausgaben gleich. Im anderen nimmt die Bundesregierung wie geplant Schulden auf, um aufzurüsten.

Die Grafik zeigt, wie stark sich Wirtschaftswachstum und Staatsschulden gegenüber dem Basisszenario verändern. Schuldenfinanzierte Verteidigungsausgaben lösen nur ein konjunkturelles Strohfeuer aus. Den langfristigen Wachstumstrend erhöhen sie nicht. Zurück bleiben am Ende höhere Staatsschulden. Zunächst schieben die höheren Rüstungsausgaben die Konjunktur zwar an. Doch schon im übernächsten Jahr ebbt der Impuls wieder ab. 2029 werden die zusätzlichen Ausgaben für das Militär gar keine Schubkraft mehr für die Konjunktur entfalten.

Fast 100 Milliarden Euro mehr

Dagegen treibt der Anstieg der Militärausgaben von 104 Milliarden Euro im vergangenen Jahr auf knapp 200 Milliarden Euro im Jahr 2030 die Staatsschulden in die Höhe. Bereits dieses Jahr wird

der Schuldenstand des Staates um 0,5 Prozent höher ausfallen, als es ohne die zusätzlichen Ausgaben für die Verteidigung der Fall gewesen wäre. Im Jahr 2029 fällt der Schuldenstand um 2 Prozent höher aus, das sind allein in jenem Jahr 64 Milliarden Euro. Damit ist ausgeschlossen, dass die schuldenfinanzierte Aufrüstung die Wirtschaft stark genug ankurbelt, um den Verteidigungs-etat allein aus den laufenden Steuereinnahmen zu bezahlen. Der Staat wird sich entweder weiter verschulden oder die Ausgaben massiv kürzen müssen.

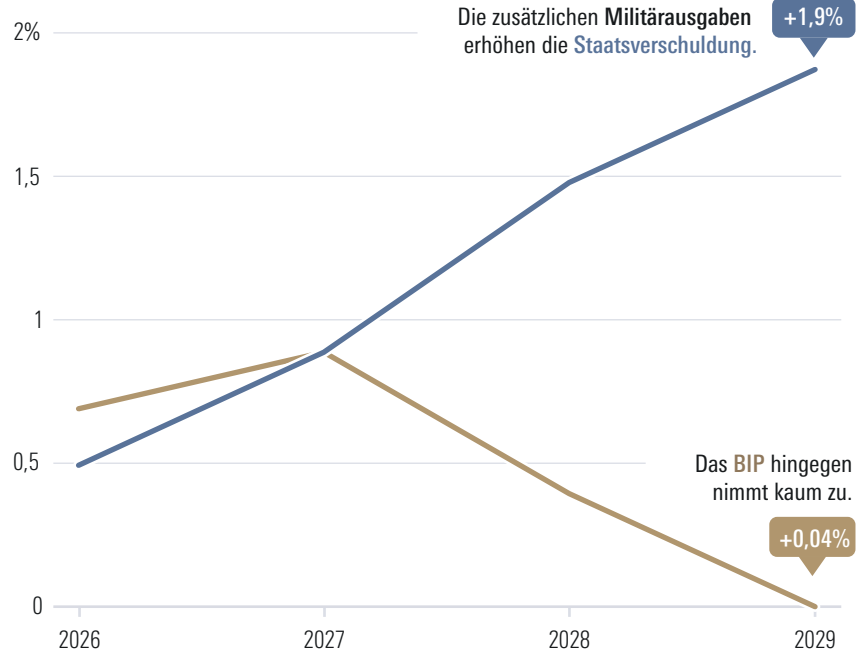
Prämie für mehr Sicherheit

Warum verpuffen die zusätzlichen Milliarden für die Verteidigung, statt die Wirtschaft spürbar anzukurbeln?

Erstens braucht die Wirtschaft mehr Arbeitskräfte, mehr Maschinen und mehr Innovationen, um langfristig stärker zu wachsen. Gibt der Staat mehr Geld für die Verteidigung aus, kurbelt er zwar die Produktion in der Rüstungsbranche an. Doch mit Panzern und Fregatten lassen sich keine Investitionsgüter herstellen. Die langfristigen Möglichkeiten für die Volkswirtschaft, mehr zu produzieren, steigen nicht.

Zweitens ist die Gefahr gross, dass der Boom in der Rüstungsindustrie der zivilen Wirtschaft Arbeitskräfte und Kapital entzieht. Das schwächt deren Wachstum. Verteidigungsausgaben sind eine Prämie, die ein Land für einen besseren Schutz gegen äussere Feinde zahlt. Sie sichern damit den vorhandenen Wohlstand. Aber sie sind kein Motor für mehr Wachstum. Die deutsche Rüstungsindustrie ist bei konventionellen Militärgütern breit aufgestellt. Die Unternehmen stellen Kriegsschiffe, Panzer, Munition und Drohnen her. Doch nur 4 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind im Rüstungsgeschäft aktiv. Lediglich im Maschinenbau und in der Elektrotechnik ist der Anteil der Rüstungsproduzenten mit 20 Prozent grösser. Die Mehrheit der

So wirkt sich Deutschlands Aufrüstung auf Staatsschulden und Wirtschaft aus



Abweichungen von einem Basisszenario ohne zusätzliche Staatsausgaben für Verteidigung, in Prozent; Modellrechnungen für die Jahre 2026 bis 2029; BIP: preisbereinigte Werte.

QUELLE: OXFORD ECONOMICS, INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

NZZ / ski.

Unternehmen hat also wenig davon, wenn der Staat mehr Geld für Rüstung ausgibt.

Die Importe steigen

Drittens ist Deutschland eine offene Volkswirtschaft. Die Summe aus Exporten und Importen beläuft sich auf rund 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch der Rüstungssektor ist stark mit dem Ausland verflochten. Bestellt die Regierung Panzer oder Fregatten, importieren die Rüstungsunternehmen einen grossen Teil der benötigten Vorprodukte aus dem Ausland. Das IW hat

ausgerechnet, dass der von der deutschen Regierung avisierte Aufwuchs der Verteidigungsausgaben die Importe von 2026 bis 2029 um insgesamt 2,3 Prozent in die Höhe treibt. Die Militärausgaben kommen dadurch zu einem grossen Teil der Wirtschaft im Ausland zugute.

Bleibt die Möglichkeit, dass Verteidigungsausgaben Erfindungen hervorbringen, von denen auch die zivile Wirtschaft profitiert. Tatsächlich war das Militär in der Vergangenheit an wichtigen Innovationen beteiligt. So finanzierte das amerikanische Verteidigungsministerium die Entwicklung des Navigationssystems

GPS, trieb die Entwicklung der Kernenergie voran und war auch am Aufbau des Internets beteiligt. Doch die Grundlagenforschung, die diese Innovationen möglich machte, fand nicht in der Armee statt, sondern an den Universitäten. Zudem waren zivile Unternehmen von Anfang an als Partner, Lieferant und Dienstleister an der Entwicklung von Internet, GPS und Co. beteiligt.

Studien zeigen, dass es in den vergangenen Jahrzehnten vielmehr Innovationen gab, die ihren Ursprung in der zivilen Wirtschaft hatten und anschliessend vom Militär übernommen wurden, als umgekehrt. Das liegt auch daran, dass Neuerungen im militärischen Bereich meist spezifisch auf dessen Anforderungen zugeschnitten sind und sich deshalb nur schlecht oder gar nicht im zivilen Bereich anwenden lassen. Ohnehin führen Verteidigungsausgaben nur dann zu Innovationen, wenn das Geld in die Forschung und in die Entwicklung fliesst. Daran aber hapert es in Deutschland. Nur 2 Prozent der Verteidigungsausgaben werden für Forschung und Entwicklung verwendet. Das Gros sind Konsumausgaben, zum Beispiel für Personal. In den USA hingegen fliessen rund 16 Prozent der Militärausgaben in Forschung und Entwicklung.

Schulden treiben Zinsen an

Daher ist es unwahrscheinlich, dass die höheren Verteidigungsausgaben in Deutschland zu bahnbrechenden Innovationen führen, die auch in der zivilen Wirtschaft Anwendung finden und das Wachstum ankurbeln. Zumal die Schulden, mit denen die Regierung einen Grossteil der Verteidigungsausgaben finanziert, die Zinsen in die Höhe treiben und so die private Wirtschaft lähmen.

Höhere Verteidigungsausgaben sind für die Sicherheit Deutschlands unerlässlich. Doch sie sind kein Wachstumsmotor. Eine doppelte Dividende in Form von mehr Sicherheit und mehr Wachstum ist von ihnen nicht zu erwarten.

Chinas Banken stecken in der Klemme

Weil die Menschen ihr Geld nicht ausgeben wollen, stützt Peking Finanzinstitute mit mehr als 50 Milliarden Dollar

BENJAMIN TRIEBE

Es will etwas heissen, wenn es Ikea in China zu ungemütlich wird. Die schwedische Möbelkette hat sich mit ihren riesigen Läden und günstigen Produkten auf die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung fokussiert. Doch in der weltweit zweitgrössten Volkswirtschaft sitzt das Geld nicht mehr so locker wie früher. Ikea hat in diesem Jahr sieben Megastores in China geschlossen – der grösste Kahlschlag des Konzerns seit dem Markteintritt im Jahr 1998.

Wenn die Chinesinnen und Chinesen kein Geld ausgeben, dann haben auch die Banken ein Problem. Deshalb gibt jetzt der Staat das Geld aus: Zur Stabilisierung des Finanzwesens nimmt Peking umgerechnet 54 Milliarden Dollar in die Hand. Die Summe wird vor allem vom Finanzministerium durch Kapitalerhöhungen verteilt. Nutzniesser sind einige der grössten Finanzinstitute, etwa die Industrial and Commercial Bank of China und die Export-Import Bank of China, sowie erstmals seit langer Zeit auch Versicherungen, darunter China Life.

Auf den ersten Blick paradox

Die Kapitalspritzen sollen den chinesischen Banken erlauben, mehr Kredite zu vergeben. Bereits vergangenes Jahr hatte China die vier grössten Banken des Landes mit umgerechnet 72 Milliarden Dollar gestützt. Der diesjährige Support bezieht nun über-

raschend die Versicherungen mit ein. Sie sollen mit dem Geld nicht nur sich selbst aufpäppeln, sondern auch heimische Assets kaufen und so als Geldgeber am institutionellen Finanzmarkt eine grössere Rolle spielen.

Die milliardenschwere Finanzhilfe erscheint auf den ersten Blick paradox: Der chinesische Bankensektor sei gut kapitalisiert und verfüge über angemessene Kapitalreserven, so urteilte

Die Staatsführung um Präsident Xi Jinping hat erkannt, dass sich die Gewichte verschieben.

die Weltbank erst im vergangenen Juli. Doch die Gewinnmargen der Institute im Kreditgeschäft sind im ersten Quartal des Jahres auf ein Rekordtief gesunken. Die Versicherungen haben ähnliche Sorgen bei der Rentabilität, und ihre Finanzlage ist angespannter als jene der Banken.

Der Grund für die Probleme ist in beiden Branchen das niedrige Zinsumfeld. Die Preise, die Versicherer für Policen und Banken für Kredite verlangen können, sind niedrig. Zudem sind die Chinesen derzeit wenig an neuen Darlehen und Versicherungen interessiert – wie

auch am Geldausgeben im Allgemeinen, wie Ikea zu berichten weiss.

Auch das ist scheinbar widersprüchlich: Eigentlich sollten niedrige Zinsen die Konsumenten und auch Unternehmen anregen, Kredite aufzunehmen. Doch trotz den günstigen Finanzierungsbedingungen wächst die Kreditnachfrage nur langsam. Denn die Chinesen haben grössere Sorgen, als dass sie neue Schulden machen wollen.

Krise beginnt mit Immobilien

Die Wurzel allen Übels, insbesondere für die Haushalte, ist der Immobilienmarkt. Der steckt seit Jahren in der Krise. Der Wohnungsbau liegt danieder, die Hauspreise fallen. Viele Chinesen haben ihr Geld in Wohnungen investiert, deren Wert nun sinkt. Weil ihr Vermögen schwindet, zögern die Haushalte mit neuen Ausgaben und erst recht mit der Aufnahme von Krediten. Zudem ist der Arbeitsmarkt schwach, und die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch.

All das macht die inländische Nachfrage zur grossen Sorge für die kommunistische Führung in Peking. Das Wirtschaftswachstum mag aufgrund von Investitionen der Tech-Branche und der hohen Exporte noch solide sein: Im laufenden Jahr ist laut der Weltbank eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 4,4 Prozent zu erwarten. Doch weil die Chinesen ihre finanzielle Zukunft für unsicher halten, sparen sie über 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens. Das ist mehr

als doppelt so viel wie im Durchschnitt der Staatengruppe OECD.

Damit die Chinesen wieder mehr Geld ausgeben, statt es zu sparen, müssen sie sich in ihrer finanziellen Lage sicherer fühlen. Priorität müsse deshalb die Stärkung des sozialen Sicherheidsnetzes haben, kommentierten die Experten der Weltbank im Juli. China gebe nur rund 11 Prozent der Wirtschaftsleistung für Sozialleistungen aus, rund die Hälfte des OECD-Durchschnitts – und diese Zuschüsse würden auch ungleich verteilt.

Die Staatsführung um Präsident Xi Jinping hat erkannt, dass sich die Gewichte verschieben. Der im März verabschiedete Fünfjahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung, mittlerweile der fünfzehnte seiner Art, bezeichnet die Inlandsnachfrage als das strukturelle Fundament für Wachstum und legt grösseren Wert auf Sozialpolitik.

Umbau des Sozialsystems

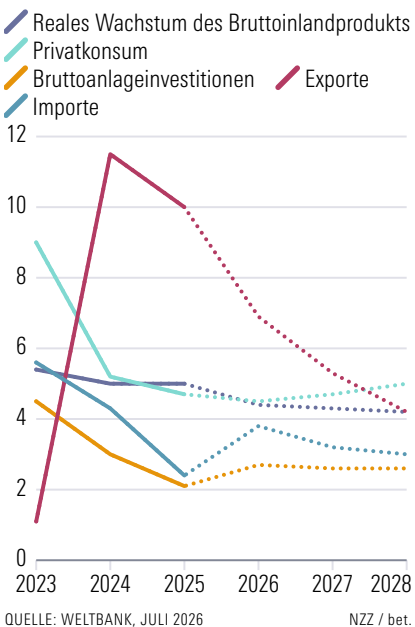
Allerdings muss für bessere Sozialleistungen an mehr Stellschrauben gedreht werden als nur an deren Höhe. Zeitlich befristet und informell beschäftigte Arbeiter sowie Migranten sind derzeit oft nicht einbezogen. Auch die Bürokratie müsste gelockert werden, indem der tatsächliche Wohnort der Personen ausschlaggebend ist, nicht der Ort ihrer offiziellen Registrierung – ein zentraler Punkt in einem Land voller Wanderarbeiter.

Solche Massnahmen nutzen vor allem Chinesinnen und Chinesen mit

einem tieferen Einkommen. Diese Gruppe gäbe überproportional grosse Teile ihres Geldes für Konsum aus, wenn sie sich nicht so stark um ihre eigene Absicherung zu kümmern brauchte. Peking müsse mit einem strukturellen Umbau den Herausforderungen einer entwickelten Wirtschaftsation gerecht werden, bilanzieren Experten. Mehr Geld für Banken und Versicherungen löst dieses Problem allein nicht.

China wächst langsamer

Zunahme zum Vorjahr, in Prozent



QUELLE: WELTBANK, JULI 2026

NZZ / bet.

Nvidia kauft die Firma dreier Nerds aus Frankreich

Hugging Face ist ausgerechnet seit einem Angriff durch KI-Agenten von Open AI weltberühmt

MALIN HUNZIKER

Jensen Huang, der CEO von Nvidia, lächelt in die Kamera und wedelt mit einem gelben Schild, auf dem ein lachendes Gesicht mit zur Umarmung ausgestreckten Händen prangt. Neben ihm ist ein Mann in schwarzem T-Shirt und nach hinten gedrehter Baseball-Cap zu sehen. Er grinst über beide Ohren. Die beiden werden von einer Moderatorin von CNBC interviewt. Der Grund für ihre Freude: Sie haben gerade einen Mega-Deal abgeschlossen.

Jensen Huangs Nvidia wird die Firma Hugging Face mit dem knuffigen Logo für 12,9 Milliarden Dollar übernehmen. Das verkündete Nvidia am Donnerstag. Hugging Face ist die Plattform für Open-Source-KI-Modelle schlechthin, also Modelle, deren zugrunde liegende Software und teilweise auch Trainingsdaten einsehbar sind. Auf Hugging Face kann man kostenlos auf KI-Tools zugreifen, sie teilen oder Datensätze zum Trainieren von KI-Modellen herunterladen.

Für Nvidia ist der Markt mit den offenen KI-Modellen strategisch wichtig. Er wächst, die Modelle werden immer besser, und sie ermöglichen auch kleineren Firmen und KI-Entwicklern, eigene KI-Tools zu bauen – und dadurch KI-Infrastruktur auszubauen und Nvidia-Chips zu kaufen. Huang spricht von einem «Wachstumsmotor». Er sagt: «Die Hälfte unseres Geschäfts wird von offenen Modellen vorangetrieben.» Ausserdem seien da noch andere Bie-ter gewesen.

Die Gründer und das ganze Team von Hugging Face würden zu Nvidia wechseln und die Plattform weiterhin unabhängig betreiben, sagte der Hugging-Face-CEO Clément Delangue, von Huang nur «Clem» genannt, im Interview. Die amerikanischen Wettbewerbsbehörden müssen der Übernahme zwar noch zustimmen. Wird sie genehmigt, hat Delangue gerade das Geschäft seines Lebens gemacht.

Eine Spielzeug-Idee

Delangue und seine Mitgründer sind zwischen Ende dreissig und Anfang vierzig und ursprünglich aus Frankreich. Delangue hat Betriebswirtschaft studiert und bei der Firma Moodstocks in Paris gearbeitet, die maschinelles Lernen für Computer-Vision entwickelt hat und die später von Google übernommen wurde. In der Pariser Startup-Szene lernte er Julien Chaumond kennen, Chaumond wiederum kennt Thomas Wolf, den Dritten im Bunde, vom Ingenieurstudium.



Der Nvidia-CEO Jensen Huang investiert 12,9 Milliarden Dollar in die Übernahme der Firma Hugging Face. JONATHAN DRAKE / REUTERS

Die beiden spielten in der gleichen Rockband, erzählte Wolf in einem Interview.

Als «Underdogs», wie sie sich selbst verkaufen, kommen sie 2016 nach New York. «Wir waren ganz gewöhnliche Typen aus Frankreich, ohne spezifischen Background oder Referenzen, mit einem gebrochenen Englisch», sagte Delangue vor zwei Jahren in einem Podcast. Sie hätten etwas entwickeln wollen, das technisch anspruchsvoll und trotzdem «passig» sein sollte. Sie dachten an einen virtuellen Begleiter, angelehnt an das Tamagotchi-Spielzeug aus Japan, mit welchem man virtuelle Tiere füttern und grossziehen konnte. Sie wollten eine Chatbot-App bauen, eine Art KI-Tamagotchi, das beispielsweise den Gesichtsausdruck von Selfies erkennen und darauf reagieren kann. Als Logo wählten sie das freundlich umarmende Emoji.

Rund drei Jahre arbeiteten sie am Produkt, das laut einem damaligen Investor rund 200 000 Nutzer hatte. Auf LinkedIn schrieb der Investor darüber Jahre später: Das Hugging-Face-Team habe gewusst, wie ein gutes Produkt aussehe und dass ihres das nicht sei.

Doch bald sollte sich alles ändern. 2017 veröffentlichten Google-Forscher ein Forschungspapier, das die den heutigen KI-Modellen zugrunde liegende Technologie beschreibt. Google brachte gut ein Jahr später ein KI-Modell heraus, das darauf aufbaute. Thomas Wolf sagte seinen Gründerkollegen, dass er es ausprobieren und in Pytorch überführen wolle, damals bereits die beliebteste Programmiersprache für KI. Danach veröffentlichte er die Pytorch-Version, twitterte darüber – und der Tweet sei darauf von Hunderten gelikt worden, erinnert sich Delangue in einem Podcast. «Wir dachten damals: <Was passiert da gerade? Wir haben das Internet zum Absturz gebracht!>»

Vergleiche mit Github

In der Szene stiessen sie auf Anklang. KI-Forscher hätten sich bei ihnen wegen eigener Modelle gemeldet. Das Hugging-Face-Team baute eine Plattform, eine Art Bibliothek auf, aus der die Modelle geteilt und heruntergeladen werden konnten. Der Mitgründer Thomas Wolf sagte in einem Interview, dass

sie sich von ihrer ursprünglichen Idee, also der mit dem virtuellen Begleiter, abwenden wollten. «Wir sagten: Gut, wir versuchen, etwas Ernsthaftes zu bauen. Wir glauben an KI.»

Das Ganze wird häufig mit Github verglichen, einer ebenfalls bibliothekähnlichen Plattform für Programmcode, die später von Microsoft übernommen wurde. Hugging Face hat laut einem eigenen Bericht vom März mittlerweile mehr als 13 Millionen Nutzer und stellt über 2 Millionen verschiedene KI-Modelle bereit. Für die Firma arbeiten weltweit 250 Mitarbeitende, die meisten davon sitzen in Paris und ein Teil des Forschungsteams auch in Bern.

Einnahmen generiert Hugging Face mit Zusatzfunktionen wie grösserem Speicherplatz, die meisten Nutzenden begnügen sich jedoch mit der kostenlosen Version. Trotzdem vermeldete die Firma kürzlich einen hochgerechneten Jahresumsatz von 100 Millionen Dollar. Die Plattform sei nahe daran, profitabel zu sein, sagte Delangue im Juli.

Da sich auf der Plattform offene KI-Modelle auf die eigene Infrastruktur

herunterladen und betreiben lassen, können etwa Firmen sie auf spezifische Arbeitsprozesse zuschneiden und verhindern, dass die Daten mit den KI-Firmen geteilt werden. Dank den auf Hugging Face verfügbaren Datensätzen können KI-Entwickler zudem eigene maschinelle Systeme trainieren.

Hugging Face steht damit im Zentrum einer Debatte, die die KI-Welt derzeit umtreibt. Was ist sicherer: Auf geschlossene Modelle zu setzen, bei denen die KI-Firmen die zugrunde liegende Software und Trainingsdaten unter Verschluss halten – und diese dadurch zwar nicht kopiert, aber auch nicht kontrolliert werden können? Oder auf offene Modelle zu setzen, die diese Mechanismen offenlegen – und so transparenter untersucht werden können, aber auch Missbrauchsrisiken bergen?

Der Hugging-Face-CEO Delangue sagte im Juli in einem Interview, es herrsche der Eindruck, Open-Source-Modelle seien unsicher, dabei habe man gesehen, dass auch geschlossene Modelle missbraucht werden könnten. Hugging Face selbst wurde im Juli gehackt, und zwar von KI-Agenten eines – geschlossenen – KI-Systems von Open AI, die aus einer vermeintlich sicheren Trainingsumgebung ausgebüxt waren.

Um den Angriff zu stoppen und zu entschlüsseln, musste das Infrastrukturteam der Plattform damals auf ein offenes chinesisches Modell zurückgreifen. Die geschlossenen amerikanischen verweigerten die Hilfe, da sie das, was das Team mit ihnen teilte, ebenfalls als möglichen Hacking-Versuch interpretierten.

China dominiert den Markt

Im Unterschied zu den USA dominiert China den KI-Markt mit offenen Modellen. Ein Hugging-Face-Bericht vom März zeigt, dass mit über 40 Prozent der Grossteil der von der Plattform heruntergeladenen offenen Modelle aus China stammt. Die Diskussion ist längst eine geopolitische geworden. Denn wenn Chinas offene Modelle immer besser und beliebter werden, können es sich die USA und Europa kaum leisten, auf diesem Feld untätig zu bleiben.

Für die Firma ist das die perfekte Ausgangslage, um zu fordern, dass die Welt mehr offene KI-Modelle braucht. Und um zu zeigen, dass auf Hugging Face alles zusammenläuft. Jensen Huang scheint überzeugt. Entweder von dieser Argumentation oder schlicht von der Möglichkeit, dadurch noch mehr Nutzern Zugang zu KI-Modellen zu geben – und seinen Absatzmarkt zu vergrössern.

ANZEIGE

Warum nur ein Unternehmen führen,

wenn man eine ganze Branche prägen kann?

WIR SCHAFFEN RAUM FÜR MÖGLICHKEITEN.

Ihre Sparringspartnerin mit Weitblick:
lukb.ch/geschaeftskunden

 Luzerner Kantonalbank



Manche Apple-Fans fiebern den jährlichen Produktankündigungen im September monatelang entgegen.

LAURENT GILLIÉRON / KEYSTONE

HAUPTSACHE, GESUND

Gespräche
in Häppchen

Nicola von Lutterotti

An Apéros scheiden sich die Geister. Für die einen ein Spießrutenlauf in Häppchenform, sind sie für andere ein ideales Jagdrevier, um innert kurzer Zeit viele Gesichter, Geschichten und Gerüchte einzusammeln. Manchen gelingt es sogar, sich an zwei Gesprächen gleichzeitig zu beteiligen. So erlebt kürzlich bei der Party einer Freundin: Mit einer Kollegin unterhielt ich mich gerade über ein Thema, zu dem sich auch ein dunkelhaariger Mann mittleren Alters – seinen Namen hat die Geräuschkulisse verschluckt – dezidiert äusserte. Kaum hatte er seinen letzten Satz beendet, drehte er sich um und ergriff das Wort in einer ganz anderen Debatte, die hinter seinem Rücken stattfand.

Die Fähigkeit unseres bisherigen Gesprächspartners, so unvermittelt in eine andere Unterhaltung einzusteigen, verblüffte nicht nur mich. Auch meine Kollegin meinte: «Wie macht er das nur?» Ist es möglich, fragten wir uns, zwei Ge-

Unser Gehirn nimmt Stimmen im Hintergrund nicht nur als Lärm wahr, sondern verfolgt sie teilweise inhaltlich mit.

Kommt jetzt das faltbare iPhone?

Zwei Durchbrüche in der Materialwissenschaft machen faltbare Displays möglich.

Die Gerüchte verdichten sich, dass Apple jetzt auf diese Innovation setzt. VON GIOIA DA SILVA

Kommt es – oder kommt es nicht? Über diese Frage debattieren Apple-Fans seit Monaten. Gemeint ist das erste faltbare iPhone, an dem Apple schon seit über zehn Jahren arbeitet. Es ist nicht etwa ein Klapphandy, wie es in den frühen 2000er Jahren beliebt war, sondern ein Smartphone, bei dem das Display selbst gefaltet wird.

Bestens informierte Quellen wie Mark Gurman von Bloomberg, der regelmässig von neuen Geräten erfährt, bevor Apple sie offiziell ankündigt, sind sich sicher: Es kommt. Gewissheit haben wir erst am 9. September. Dann wird Apple seine neusten Geräte vorstellen.

So oder so kommt Apple mit seinem Foldable spät. Samsung verkauft in Europa seit 2019 aufklappbare Smartphones, Google seit 2023, Xiaomi seit 2024. Doch Apple hat den Ruf, den Rivalen absichtlich den Vortritt zu lassen und neue Geräte erst dann in sein Sortiment zu nehmen, wenn sämtliche Kinderkrankheiten beseitigt sind. Im Fall von faltbaren Handys sind dies insbesondere unschöne Knickfalten im Display und Scharniere, die mit der Zeit ausleiern.

Nun ist die Technologie aber ausgereift. Nach und nach dürften sich damit immer mehr Konsumenten für ein faltbares Handy entscheiden. Dies zumindest sagen Marktanalysen voraus. Laut dem Institut Future Market Insights sollen bis in zehn Jahren ein Drittel aller neu verkauften Geräte faltbar sein. Das Marktvolumen soll sich von heute 14 Milliarden Dollar auf 175 Milliarden Dollar vervielfachen.

Mit einer Hand leicht bedienbar

Was Nutzer an faltbaren Geräten schätzen, ist bereits aus Produktetests wie jenem zum Samsung Galaxy Z Fold 8 klar: Zugeklappt sind sie kleiner als die meisten aktuellen Smartphones. Das heisst, sie passen besser in die Hosentasche und – besonders entscheidend für Menschen mit eher kleinen Händen – man kann sie besser mit einer einzigen Hand bedienen.

Sind sie hingegen aufgeklappt, ist der Bildschirm so gross, dass man darauf im Zehnfingersystem tippen kann. Auch

um Videos zu schauen, Fotos zu bearbeiten oder um gleichzeitig mit zwei unterschiedlichen Apps zu arbeiten, kann ein grösserer Screen angenehm sein.

Doch die Bauweise hat auch Nachteile. Zum einen sind die Falthandys zusammengeklappt spürbar dicker und schwerer als normale Smartphones. Zum anderen sind sie empfindlicher: Während normale Smartphones hartes Glas für das Display nutzen, besteht die Oberfläche der Faltdisplays aus weichem Kunststoff über ultradünne Glas. Der Kunststoff verkratzt schnell, es reicht ein fester Druck mit dem Fingernagel. Dazu kommt, dass Falthandys weniger gut gegen Staub geschützt sind als normale Smartphones.

Für viele dürfte der gewichtigste Nachteil aber beim Preis liegen: Falthandys sind um einiges teurer als normale Smartphones. Modelle, die bereits auf dem Markt sind, kosten heute zwischen 1100 und 2100 Franken in der Schweiz, in Deutschland zwischen 1000 und 2200 Euro. Das faltbare iPhone soll ebenfalls über 2000 Dollar kosten, zumindest laut den Mutmassungen des Informationsportals Apple Rumors.

Dass faltbare Handys jetzt auf den Markt kommen, liegt an Fortschritten der Materialwissenschaft. Zwei neue Technologien ermöglichen faltbare Displays: Flüssigmetall in den Scharnieren und ultradünnes Glas im Display.

Ultradünnes Glas ist etwa 60 Mikrometer dünn und damit etwa halb so dick wie ein menschliches Haar. In diesem Zustand lässt sich Glas biegen, ohne zu brechen. Für faltbare Smartphones ist das ein grosser Vorteil, weil der Bildschirm deswegen nicht von einer hässlichen Falte in der Mitte zweigeteilt wird.

Flüssigmetall ist, anders als der Name vermuten liesse, ein Feststoff. Genauer gesagt besteht es aus einer Legierung, also einer Mischung aus verschiedenen Metallen, die durch blitzartiges Abkühlen härter wird als Titan. Anders als bei normalem Metall, dessen Atome im festen Zustand ein starres, regelmässiges Kristallgitter bilden, liegen die Atome bei Flüssigmetall ungeordnet durcheinander – ähnlich wie in einer gefrorenen Flüssigkeit.

Ultradünnes Glas und Flüssigmetall sind keine neuen Erfindungen. Der Weg vom Labor zur Anwendung dauerte Jahrzehnte.

Ein normales Metallstück lässt sich durch Biegen verformen, eine Büroklammer aus Eisen etwa. Flüssigmetall hingegen ist so hart, dass es seine Form kaum verändert, selbst wenn man versucht, es mit Werkzeugen zu bearbeiten. Falls es trotzdem gebogen wird, federt es immer wieder in seine ursprüngliche Form zurück. Im faltbaren Smartphone, wo die Scharniere über die Jahre immer und immer wieder in der gleichen Weise beansprucht werden, ist dies wichtig, damit der Faltmechanismus nicht ausleiern.

Sowohl Flüssigmetall wie auch ultradünnes Glas sind keine neuen Erfindungen. Die wissenschaftlichen Grundlagen dafür wurden in den 1960er Jahren geschaffen. Der ETH-Professor und Materialwissenschaftler Chih-Jen Shih ordnet ein: «Es ist ganz normal, dass es Jahrzehnte dauert, bis sich wissenschaftliche

Erkenntnisse in der Industrie durchsetzen. Es braucht jahrelanges Tüfteln am Prozessengineering, bis die Produktion präzise und robust genug ist – und damit rentabel.»

So wurde ultradünnes Glas erst interessant für die Smartphone-Industrie, als es dem deutschen Unternehmen Schott mit einer neuen Zusammensetzung und einem chemischen Verfahren in den 2010er Jahren gelang, die Glasscheiben flexibler und hitzeresistenter zu machen. Ein weiteres Jahrzehnt verstrich, bis Firmen einen Weg fanden, die Produktion so zu verbessern, dass sie nicht den Grossteil der Gläser wegen Qualitätsmängeln wieder einschmelzen mussten.

Riesiger Ausschuss

Die Ausschussrate ist bei ultradünne Glas aber heute noch ein Problem: Laut der Fachpublikation «Patsnap Eureka» landen noch immer 30 bis 40 Prozent der Glasscheiben im Ausschuss. Beim Flüssigmetall scheiterten die Firmen lange an der Frage, wie sie die heisse, flüssige Legierung so schnell abkühlen können, dass die Atome keine Zeit haben, um eine Kristallstruktur zu bilden. Schliesslich ist Metall in der Kristallstruktur vergleichsweise weich.

In den 1990er Jahren entdeckten Forscher aber eine neue Zusammensetzung der Metalllegierung, die weniger schnell abkühlen musste und trotzdem ihre Härte behielt. Nun war es auch möglich, grosse Objekte wie Golfschläger aus Flüssigmetall herzustellen.

Es dauerte weitere Jahrzehnte, bis Firmen auch kleine Teile wie Zahnräder für die Scharniere in Smartphones produzieren konnten, die auf den Mikrometer genau so aussehen mussten, wie sie geplant waren. Erst um das Jahr 2020 perfektionierten chinesische Zulieferer die Serienherstellung für solche Präzisionsteile.

Sollte Apple am 9. September tatsächlich ein faltbares iPhone präsentieren, steckt in ihm jahrzehntelange Forschung an Materialien und Herstellungsprozessen. Nun müssen die Hersteller hoffen, dass die Kundschaft bereit ist, dafür um die 2000 Dollar auf den Tisch zu legen.

sprache gleichzeitig zu verfolgen – und das bei einem gigantischen Lärmpegel?

Aufschlussreich sind diesbezüglich die neuen Erkenntnisse von Forschenden aus Irland. Sie haben untersucht, was in unserem Gehirn passiert, wenn wir unsere Aufmerksamkeit vor einer Lärmkulisse immer wieder von einem Gesprächsfaden auf einen anderen verlagern. Hierzu baten sie 24 junge Erwachsene, am Computer abwechselnd einem von zwei TED-Talks zuzuhören, die parallel auf zwei Lautsprechern liefen – und zwar immer jenem Vortrag, auf den gerade ein Pfeil zeigte. Hinter den Probanden wurde derweil ein Stimmengewirr wie auf einem Apéro abgespielt.

Während des Versuchs erfassten sie die elektrische Hirnaktivität der Teilnehmenden mittels Elektroenzephalografie (EEG). Daraus lässt sich ablesen, welcher Sprachquelle eine Person gerade folgt. Das Ergebnis: Anders als die Forschenden vermutet hatten, brach das Gehirn der Testpersonen die geistige Verbindung zur bisherigen Rede nicht sofort ab, wenn sie sich der anderen Rede zuwandten. Einige Sekunden lang verarbeitete es vielmehr beide TED-Talks gleichzeitig. Diese Doppelspurigkeit, das legten sowohl charakteristische EEG-Veränderungen als auch die Aussagen der Testpersonen nahe, war eine erhebliche mentale Herausforderung.

Für das Gehirn sei es eine effiziente Strategie, ein Gespräch kurzfristig weiterzuverfolgen, bevor es sich ganz auf ein neues konzentriert, schreibt das Team um Sara Carta von der University of Dublin im Magazin «PLOS Biology». Dies erlaube es, gegebenenfalls zur ursprünglichen Unterhaltung zurückzukehren, ohne wieder bei null anfangen zu müssen. «Das kurzzeitige Doppelhören stützt die Annahme, dass unser Gehirn störende Stimmen im Hintergrund nicht nur als Lärm wahrnimmt, sondern zumindest teilweise auch inhaltlich mitverfolgt», so die Forschenden.

Keine Antwort liefert ihre Studie auf die Frage, ob es manchen Menschen besser als anderen gelingt, zwischen Unterhaltungen zu wechseln. Der Mann auf dem Apéro meiner Freundin schien ein Meister dieser Disziplin zu sein.



Effektiver ausschaffen: Die amerikanische Einwanderungsbehörde ICE nutzt Palantir für die Massendeportation von Migranten ohne Aufenthaltsbewilligung.

BRIAN SNYDER / REUTERS

Im Namen des Guten

Nach 9/11 verschrieb sich Palantir der Jagd auf Terroristen und der Verteidigung der westlichen Freiheit. Heute liefert die Firma die Software für moderne Kriege, gezielte Razzien und weltweite Überwachung. VON RUTH FULTERER

Diese Frage bleibt nach jeder Katastrophe: Wie hätte man das verhindern können? Auch nach 9/11 stellte sie sich. Wenige Jahre später gründeten zwei alte Bekannte und drei Mitstreiter ein Unternehmen, das eine Antwort hatte: Man würde helfen, zukünftige Anschläge zu verhindern, indem man den Behörden die Werkzeuge liefert, um ihre Daten besser auszuwerten. Die Gründer benannten das Unternehmen nach Hellschersteinen aus dem Buch «Der Herr der Ringe»: Palantir. Heute steht der Name für eine der umstrittensten Softwares überhaupt. Die Firma sieht sich nach wie vor auf der Seite des Guten, steht damit aber zunehmend allein.

Nach dem 11. September 2001 waren verschiedene Ermittler den Attentätern auf der Spur. Doch Vorgaben der Behörden NSA, CIA und FBI beschränkten, welche Informationen sie teilen durften. Der Untersuchungsbericht der 9/11-Kommission zitiert verzweifelte Ermittler. Einer von ihnen hatte gar vor dem Attentat gesagt, er «versuche zu verhindern, dass jemand ein Flugzeug nimmt und ins World Trade Center kracht». Die Zentrale nahm ihn aber nicht ernst genug und verhinderte den Informationsaustausch.

Um so etwas in Zukunft zu verhindern, richtete das Pentagon 2002 eine Behörde für bessere Überwachung ein. Geheimdienstdaten sollten mit Polizeidaten und kommerziellen Daten wie Banktransaktionen, Reisetickets oder Schulnoten kombiniert werden. Das erklärte Ziel war «Total Information Awareness». Selbst ohne das unheimliche Logo – eine Pyramide mit Strahlenauge und der lateinischen Inschrift «Wissen ist Macht» – wäre da wohl Protest laut geworden. Bereits nach wenigen Monaten musste die Behörde auf öffentlichen Druck hin schliessen. Daten besser zu nutzen, war vielen ein Anliegen. Der Überwachungsstaat wurde trotzdem nicht plötzlich populär.

Und da kam die Firma Palantir auf den Plan. Sie versprach die Quadratur

des Kreises: Mit ihrer Software könne man Daten klüger nutzen. Das erlaube, die Sicherheit zu schützen, ohne die Überwachung weiter auszubauen. Bis heute hält Palantir an diesem Grundsatz fest, während Kritiker das für Augenwischerei halten.

Ideologisch motivierte Gründer

Palantir war von Anfang an ein ideologisches Projekt. Das liegt am Gründer Peter Thiel, einem libertären Unternehmer, der auch gerne philosophische Essays schreibt. «Das 21. Jahrhundert hat mit einem Knall am 11. September 2001 begonnen», so beginnt ein Essay von ihm aus den frühen 2000er Jahren. Thiel legt darin die Terroranschläge als Beweis für einen blinden Fleck der liberalen Aufklärung aus. Man könne nicht nur auf Vernunft setzen und Religion und Gewalt ausser acht lassen. Das beweise der islamistische Anschlag. Thiel argumentiert, dass Institutionen wie die Uno Sicherheit nicht garantieren könnten. Westliche Geheimdienste sollten besser zusammenarbeiten mit dem Ziel, die Stabilität der Welt unter amerikanischer Führung zu erhalten.

In anderen Aufsätzen lehnt sich Thiel noch weiter aus dem Fenster. «Ich glaube nicht mehr daran, dass Demokratie und Freiheit vereinbar sind», schrieb er etwa 2009. Solche Einstellungen ecken natürlich an – vor allem für einen, der der Regierung Software verkaufen will. Wohl deshalb holte sich Thiel schon von Anfang an ein Gegengewicht an Bord. Er stellte Alex Karp als CEO ein, einen ehemaligen Kommilitonen, mit dem er schon immer liebend gern über Politik gestritten haben soll.

Karp ist der Sohn eines jüdischen Arztes und einer afroamerikanischen Künstlerin. Nach dem Jurastudium hat er in Deutschland in Soziologie doktriert. Er unterstützte die Demokraten und eine liberale Gesellschaftspolitik. Karp betonte immer wieder, wie sehr ihm Privatsphäre am Herzen liege, schon allein

Zwei Millionen Dollar Risikokapital und den ersten Auftrag erhielt Palantir von der CIA.

wegen seiner Schwäche für Liebesabenteuer, wilde Berliner Partys und seines Marihuanakonsums. Sein Pitch für Palantir: Terrorismus bekämpfen, damit sich keine Unsicherheit ausbreite, die dem Faschismus den Weg bereite.

Politisch gespalten, aber auf derselben Mission, so kann man das Führungsduo beschreiben. Querköpfe, die gerne provozieren, sind sie beide. Und angesichts der heutigen Erfolge des Unternehmens vergisst man leicht, wie lange auch Palantir als Unternehmen ein Aussenseiter war.

Die USA haben nach 9/11 zwar mächtig in die Terrorismusbekämpfung investiert, laut einem Bericht des Stimson-Center, einer Denkfabrik, zwischen 2002 und 2017 fast eine Billion Dollar allein im Inland. Ein substanzieller Teil floss in die Digitalisierung und die Vernetzung von Bundesbehörden, aber auch von Lokalpolizeien. Palantir brauchte aber Jahre, um sich als Softwareanbieter zu beweisen.

Finanzdaten durchleuchten

Thiel nutzte eigenes Geld aus dem Verkauf der Firma Paypal, um Palantir zu gründen. Zwei Millionen Dollar Risikokapital und den ersten Auftrag erhielt das Unternehmen von der CIA. Das Startup sollte ein Werkzeug zum Aufdecken von Terrorismusfinanzierung bereitstellen. Muster in Finanzdaten zu erkennen, war der Bereich, in dem Thiel von Paypal Erfahrung und talentierte Mitarbeiter mitbrachte. Trotzdem dauerte es drei Jahre, bis Palantir eine Software entwickelt hatte, welche die Kriterien der CIA erfüllte.

Für Palantir waren diese Jahre aber gut investiert. Denn von Anfang an war das Ziel des Unternehmens, von seinen Kunden möglichst viel zu lernen. Bis heute ist die Firma zweigeteilt. Entscheidende Ingenieure sind bei den Kunden, ob Spitäler, Medienfirmen oder Polizei, eingebettet. Sie laden die Daten der Kunden in die Plattform und schnei-

den die Software auf deren Bedürfnissen zu. Derweil entwickeln die Ingenieure in der Zentrale mit dem Wissen der Kunden das Hauptprodukt weiter. So wird die Software mit jedem neuen Kunden besser.

Heute sind die Hauptprodukte der Firma eine Datenanalyseplattform für Firmen oder Behörden und eine stärker auf Landkarten ausgelegte Plattform für das Militär. Das grosse Versprechen der Palantir-Produkte ist, dass sie Daten aus allen möglichen Quellen auf einer einzigen Plattform sauber integrieren, damit sie Nutzer geordnet und sortiert betrachten können – und per Knopfdruck Informationen finden und Analysen durchführen. Das nutzt dem Angestellten einer Pharmafirma, der Kostensparpotenzial finden will, ebenso wie der Polizistin bei der Fahndung.

Die CIA-Verbindung war aber vielleicht noch wichtiger für das Image. Geheimnisvoll und kompetent klingt das – für mögliche Kunden, aber auch für Mitarbeiter. Die wurden mit Flyern gesucht, auf denen stand: «Bist du teils Bill Gates, teils James Bond? Dann bist du bei Palantir richtig.» Das lockte viele Köpfe ins Unternehmen, die keine Lust hatten, bei Apple oder Meta an Konsumentenprodukten zu arbeiten.

Anfangs schickte Palantir an neue Mitarbeiter noch ein Willkommenspaket mit empfohlenen Büchern. Darunter «The Looming Tower», über islamistischen Terrorismus und die Vorgeschichte des 11. Septembers, sowie ein Buch über Improvisationstheater. Laut Berichten ehemaliger Angestellter gehörten politische Debatten einst zur Unternehmens-DNA.

Unter den Abnehmern gab es grosse Fans und andere, die das Programm für aufgeblasen oder unpraktisch hielten. Das ist wohl bei jeder Software so. In einem geleakten internen Video aus dem Jahr 2015 sieht man Karp, der vor versammelter Mannschaft darüber klagt, wie schwierig es sei, amerikanischen Behörden sein Produkt zu verkauf-

NZZ
Pro

Dieser Artikel ist bei «NZZ Pro» erschienen, dem Premiumangebot der NZZ mit dem vertieften Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

www.nzz.ch/pro

fen. Die CIA und die NSA nennt er «aufmüpfig». Zugleich gibt er sich sie-gessicher: «Wenn die ganze Welt Palan-tir nutzt, werden sie keine Wahl haben, auch wenn sie uns nicht mögen.» So sei man auch an das FBI als Kunde gekom-men. Das passt ganz zu Peter Thiels Ein-stellung, der für die Aussage «Wettbe-werb ist für Verlierer» bekannt ist. Das Ziel erfolgreicher Unternehmer müsse immer ein Monopol sein.

Laut Karp's Biografen Michael Stein-berger kam Palantirs Geschäft so richtig in Schwung, nachdem die Firma einen Prozess gegen die amerikanische Armee gewonnen hatte. Palantir hatte der Armee 2016 in einer Klage vorgeworfen, bei der Suche nach einer neuen Soft-ware nur massgeschneiderte Produkte zu prüfen, anstatt auch Produkte von der Stange wie Palantir. Das Unternehmen bekam nicht nur recht, sondern gewann auch die resultierende Ausschreibung – und in der Folge viele weitere.

In der Corona-Zeit umschwärmte Pa-lantir mit Erfolg Gesundheitsbehörden. Vom KI-Boom profitiert das Unterneh-men sowieso. Aus dem einstigen Under-dog, dem die Wall Street misstraute, wurde seit 2024 ein boomender Börsen-titel. Dabei sind nicht alle Kunden be-geistert. Es gibt immer wieder solche, die die Zusammenarbeit beenden.

Der amerikanische Staat bleibt zen-tral: Im vergangenen Jahr stammten 42 Prozent von Palantirs Umsatz vom amerikanischen Staat, vor allem vom Verteidigungs- beziehungsweise Kriegs-ministerium. Palantirs Software kommt unter anderem beim Krieg gegen Iran zum Einsatz, andere Kunden sind die Ukraine und Israel. Was steckt hinter diesen Aufträgen? Und ist Palantir sei-nen Grundsätzen treu geblieben?

Sinneswandel bei Alex Karp

Noch 2012 verweigerte sich Karp der Zu-sammenarbeit mit Saudiarabien, damit Palantir dort nicht zur Verfolgung von Dissidenten genutzt werde. Inzwischen verfasst das Unternehmen stolze Posts zu den Projekten mit Riad. Darauf an-gesprochen, sagte Karp letztes Jahr dem «Handelsblatt»: «Im Nahen Osten gibt es mehr Menschenrechte als in manchem Berliner Stadtteil. Zitieren Sie mich da-mit gerne.» In dem Interview kritisiert er die deutsche Migrationspolitik scharf.

In dem erwähnten Video aus dem Jahr 2015 schimpft Karp dagegen über Men-schen, die Migranten ausschaffen woll-ten, schliesslich verrichteten diese ja alle Arbeit. Auch für Trump, damals Anwär-ter auf das Präsidentenamt, hat er in dem Video nur Verachtung übrig. Peter Thiel hingegen spendete bereits 2016 mehr als eine Million Dollar an Trumps Kampa-gne und trat auf dessen Parteitag auf.

In einem Podcast der «New York Times» erzählt ein ehemaliger Projekt-leiter bei Palantir und jetziger demokrati-scher Politiker, er habe während der ersten Amtszeit von Trump einen Auf-trag aus ethischen Gründen ablehnen können, weil er sich um irreguläre Immi-gration gedreht habe.

«Wenn die ganze Welt Palantir nutzt, werden die amerikanischen Geheimdienste keine Wahl haben, auch wenn sie uns nicht mögen.»

Alex Karp
CEO von Palantir

Heute nutzt die Einwanderungs-behörde ICE Palantir für die Massen-deportation von Migranten ohne Aufent-haltsbewilligung. Laut Recherchen des Tech-Portals «404 Media» werden dafür Datensätze der Regierung mit solchen von Datenhändlern kombiniert. Court-ney Bowman, Direktor für Datenschutz und Bürgerrechte bei Palantir, sagt gegenüber der NZZ, Projektleiter könn-ten immer noch aus ethischen Gründen Einspruch gegen Projekte erheben.

In Europa wird auch wegen der en-gen Zusammenarbeit mit der Trump-Regierung heiss diskutiert, wie riskant es ist, auf die Software zu setzen. Als das Magazin «Republik» einen Bericht der Schweizer Armee veröffentlichte, der sich gegen den Einkauf eines Palantir-Produkts aussprach, wollte das Unter-nehmen eine Gegendarstellung einkla-gen, verlor vor Gericht aber in allen massgeblichen Punkten.

Wie passt das alles zu den Prinzipien, für die Alex Karp einst stand? Sein Bio-graf Michael Steinberger kommt zu dem Schluss, dass Karp nach dem Hamas-Attentat, Israels Krieg in Gaza und den amerikanischen Debatten darüber seine Meinung geändert habe und zu einem militärfreundlichen Verteidiger des Wes-tens geworden sei.

Courtney Bowman wehrt sich gegen diese Darstellung: Karp sei immer ein Zentrist gewesen, er wirke nur rechter, weil die Demokraten nach links gerückt seien. Alex Karp mache immer noch vor allem der Aufstieg des Faschismus Sor-gen, etwa der AfD in Deutschland. «Er ist überzeugt, dass rechtsextreme Par-teien zumindest in Teilen deshalb erstar-ken, weil die Institutionen bei der Migra-tion versagt haben.» In dieser Logik passt alles zusammen: Macht Palantir die Behörden kompetenter, stärkt das das Vertrauen der Bürger, und die wür-den in der Folge weniger radikal wählen.

Die grosse Versuchung

Das Gegenstück zu dieser These ist das grundsätzliche Misstrauen gegenüber einem Staat, der sehr einfach sehr viel über seine Bürger erfahren kann. Vor allem in Deutschland ist dieses Miss-trauen durch die Erfahrungen gleich zweier Diktaturen verankert. Was, wenn durch Palantir gestärkte Behörden in die Hände von Regierungen fallen, denen die Privatsphäre egal ist?

Darauf antwortet Bowman mit dem alten Grundsatz von Palantir: «Je besser die Behörden ihre Daten analysieren können, desto weniger Grund haben sie, weitere Datenquellen anzuzapfen und Bürger zu überwachen.»

Doch dieses Argument ist, gelinde ge-sagt, umstritten. Die Soziologin Sarah Brayne hat am Beispiel der Polizei von Los Angeles die Auswirkungen von Pa-lantir untersucht und ein Buch darüber geschrieben. Darin beschreibt sie einen gegenteiligen Effekt. Man nennt ihn «function creep», schleichende Auswei-tung der Funktionen. Die Grundidee ist: Wenn Daten einmal da sind, ist die Ver-suchung gross, sie für alle möglichen Zwecke zu nutzen. Brayne erzählt von Polizeimitarbeitern, die, begeistert von der Software, eigenständig überlegen, welche Daten sie noch einpflegen könn-ten, um ihre Arbeit zu erleichtern, etwa Daten von Immobilienversteigerungen.

Bowman kritisiert, dass amerikani-sche Polizeibehörden zum Beispiel von Apps gesammelte Standortdaten kaufen können und damit die Einschränkungen umgehen, die Bürger sonst vor Über-wachung schützen.

Trotzdem baut Palantir Software, die die Integration solcher Daten vereinfacht, laut Medienberichten auch für die Migrationspolizei ICE. Das ethische Risiko von Projekten werde jeweils indi-viduell abgewogen, sagt Bowman. Es gibt keine allgemeinen Richtlinien von Palantir, die vorschreiben, nicht mit Daten von privaten Datensammlern zu arbeiten. Man habe allerdings festgelegt, keine Tools zu bauen, die das Auslesen von Social-Media-Daten erleichtern.

Die Firma Palantir wehrt sich gegen die Vorstellung, sie sei ein Datenkrake. Zu Recht, denn sie bietet nur eine Platt-form, die bereits gesammelte Daten integriert. Das alte Versprechen nach 9/11, eine Technologie könne Über-wachung mit Privatsphäre vereinbar ma-chen, war vielleicht nie einlösbar.

Cholesterinprobleme einfach ausschalten

Eine Gentherapie vermag zu hohe Blutfettwerte zu senken – für immer

MICHAEL BRENDLER

Eine Spritze, die Schluss macht mit Cho-lesterinproblemen. Arterien, die dank einer neuen Gentherapie nicht mehr verstopft werden. Es klingt fast zu schön, was Wissenschaftler jetzt in den USA verkünden. Aber sie haben tatsächlich ein solches Produkt anzubieten – nur, das lässt sich jetzt schon sagen: Es taugt sicherlich nicht für jeden.

Auf dem Kongress der europäischen Fachgesellschaft der Kardiologen hat Luke Laffin von der Cleveland Clinic vor wenigen Tagen eine solche Behand-lung vorgestellt. Sie ist in der Lage, in der Leber ein Gen auszuschalten, das die Bauanleitung für ein besonderes Protein liefert.

Das sogenannte Angiopoietin-like-3-Protein, kurz ANGPTL3, blockiert in der Leber normalerweise den Abbau von LDL-Cholesterin, das oft auch als böses Cholesterin bezeichnet wird, und von anderen Blutfetten, den sogenannten Tri-glyceriden. Beide gelten als Hauptverur-sacher von Atherosklerose und Gefäss-verschlüssen. Wird das ANGPTL3-Gen deaktiviert, werden von dem Organ mehr dieser Blutfette verstoffwechselt. Bei den 15 Patienten, die die Therapie in der Studie ausprobierten, sanken die LDL- und Triglycerid-Werte um rund die Hälfte. Diese niedrigen Werte waren noch nach einem Jahr zu messen.

Medikamente wirken ähnlich

«Dass das funktioniert hat, ist keine wis-senschaftliche Überraschung», sagt Gerald Schwank, der am Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Uni-versität Zürich selbst Gentherapien ent-wickelt. Es gebe bereits ein Medikament, das ähnlich wirke. Auch der Antikörper Evinacumab kann die Wirkung des Angiopoietin-like-3-Proteins blockieren.

Auf die Idee, über diesen Weg das Cholesterin zu senken, kam die Wissen-schaft durch eine Beobachtung: Men-schen, bei denen aufgrund einer Muta-tion das ANGPTL3-Gen nicht aktiv ist, erkrankten seltener an verstopften Herz-krankzgefässen. Zusätzlich stellte sich heraus: Sonst sind die Betroffenen voll-kommen gesund. Das Ausschalten des Gens hat keine grösseren Nebeneffekte. In den USA leben rund eineinhalb Mil-lionen Menschen mit einem nicht oder nur teilweise aktiven ANGPTL3-Gen.

Vor drei Monaten haben Wissen-schafter in der Fachzeitschrift «New England Journal of Medicine» bereits über die Entwicklung einer ähnlichen Gentherapie berichtet. Sie hatten auf einem anderen Weg versucht, die Cho-lesterinwerte im Blut zu senken. Sie hat-ten sich als Ziel das PCSK9-Gen ausge-sucht. PCSK9 ist ein Protein, das auf den Leberzellen die Zahl der Rezeptoren verringert, die das LDL im Blut abfan-gen und in die Zelle aufnehmen. Mit einer entsprechenden Gentherapie liess sich der LDL-Spiegel bei 35 Versuchs-personen um bis zu 60 Prozent senken.

Menschen mit Erbfehlern

Am Anfang der Entwicklung stand auch hier eine Beobachtung: Es gibt auch Menschen, die von Geburt an ein nicht funktionierendes PCSK9-Gen besitzen. Sie können damit nicht nur sehr gut le-ben, sondern sterben auch seltener an Herzinfarkten. Auch im PCSK9 erkann-ten Pharmaunternehmen frühzeitig ein lohnendes Ziel. 2015 wurden die ersten Antikörper zugelassen, die das Protein ausschalten können. 2020 erfolgte die Zulassung eines sogenannten siRNA-Wirkstoffs, der die Produktion des Pro-teins in der Zelle hemmt. Im Juli wurde in den USA die erste PCSK9-Pille zuge-lassen. Die Wirkung ist ähnlich stark wie die der Gentherapie: Der Cholesterin-spiegel sinkt um 50 bis 60 Prozent.

Angesichts dieser Konkurrenz wür-den es die neuen Gentherapien schwer

haben, prognostiziert Gerald Schwank. «Es darf nicht das kleinste Risiko geben, es gibt ja genug Alternativen.» Eine Gentherapie könnte vor allem mit einem Vorteil punkten: Im Gegensatz zu den Alternativen muss sie nur einmal im Leben verabreicht werden, die Antikör-per müssen dagegen alle zwei bis vier Wochen gespritzt werden, der siRNA-Wirkstoff alle sechs Monate.

Genau dieses «kleinste Risiko» kann aber noch niemand ausschliessen. Zwar wurden in den bisherigen Studien nach einem Jahr keine problematischen Nebenwirkungen beobachtet, abge-sehen von einer vorübergehenden Er-höhung der Blut-Leber-Werte. Aber die grossen Risiken bei Gentherapien sind eher langfristiger Natur.

Wenn Erbgutabschnitte zerschnitten oder verändert werden, können theore-tisch auch andere Stellen im Genom unbeabsichtigt verändert werden. Diese be-schädigten DNA-Stücke wiederum kö-nnen die Umwandlung von normalen Zel-len in Krebszellen begünstigen. «Nach unseren bisherigen Erfahrungen sind solche malignen Entartungen unwahr-scheinlich, aber letztlich wird man das erst in zehn bis zwanzig Jahren beurtei-len können», sagt Julian Grünewald, Assistenzprofessor für Gen-Editierung

Die Auswirkungen einer Gentherapie lassen sich nicht mehr rückgängig machen. Medikamente kann man absetzen.

in der Kardiologie der Technischen Uni-versität München. Ein weiteres Problem: Die Auswirkungen einer Gentherapie lassen sich nicht mehr rückgängig ma-chen. Medikamente kann man absetzen.

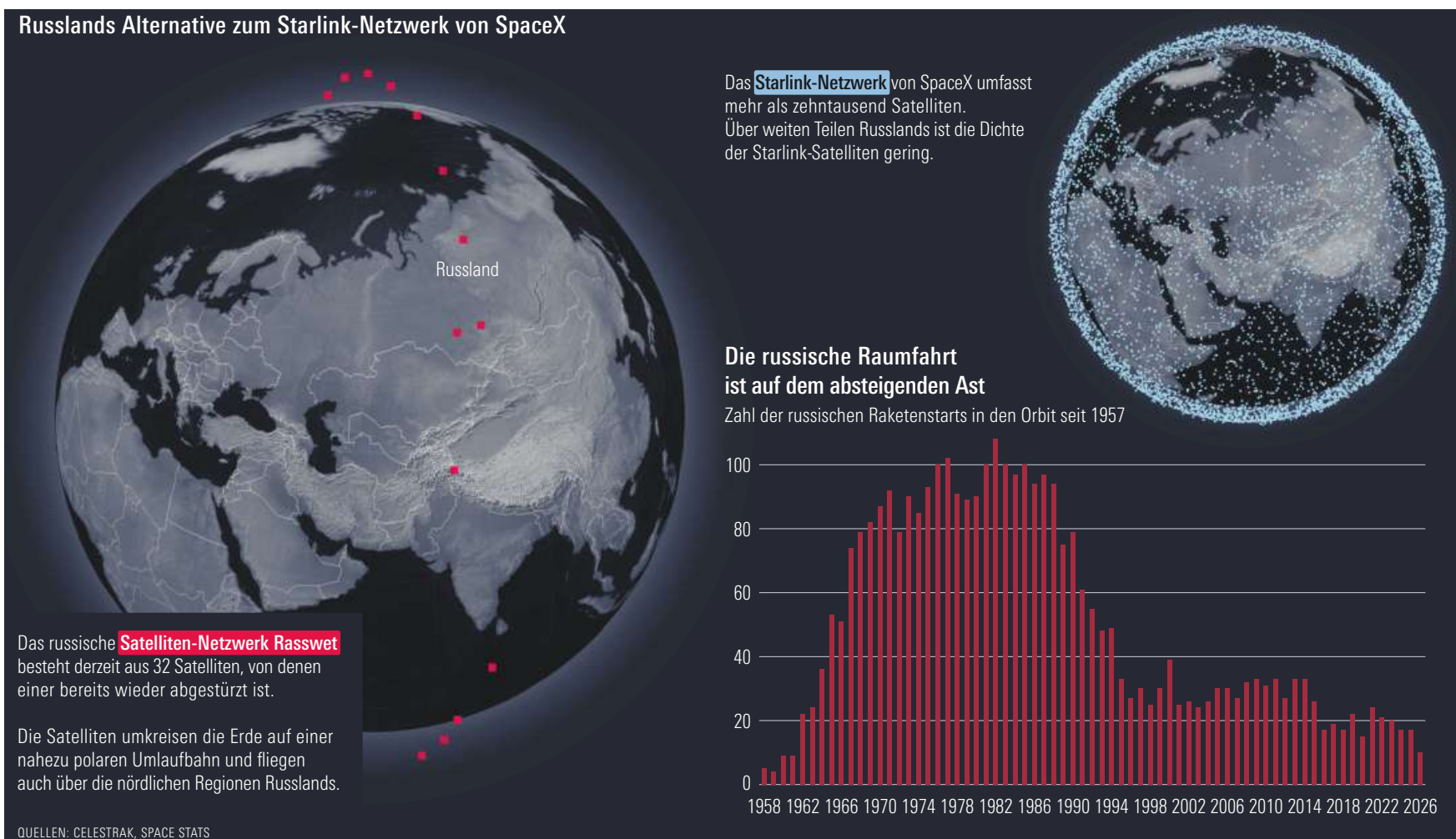
Grünewald glaubt deshalb, dass die beiden neuen Verfahren vor allem für eine Patientengruppe eine Alternative darstellen: für Menschen, die aus gene-tischen Gründen extrem hohe Choleste-rinwerte aufweisen. Bei manchen kann eine solche Erkrankung bereits im Kin-desalter zu Herzinfarkten führen. «Wenn man diese Menschen früh mit dieser Gentherapie behandeln würde, liesse sich das Risiko von gefährlichen Thera-pieunterbrechungen reduzieren.»

Auch Heribert Schunkert, der Direk-tor der Klinik für Herz- und Kreislauf-erkrankungen des Deutschen Herz-zentrums in München, bleibt angesichts der Entdeckungen zunächst einmal nüchtern. «Ich glaube, dass der Effekt der beiden neuen Gentherapie-Studien auf kurze Sicht sicher überschaubar bleiben wird. Auf lange Sicht ist er aber kaum zu überschätzen.»

Denn Schunkert sieht in Therapien, «die genetische Fehlsteuerungen korri-gieren», die Zukunft. In seiner Vision würden durch Gentherapien nicht nur PCSK9 und ANGPTL3 ausgeschaltet werden, sondern auch weitere Gene mit ähnlichen Eigenschaften. Gene, die ebenfalls Herz und Gefässen schaden können, sonst aber keine wichtige Funk-tion im Körper ausüben. «Hochrechnun-gen haben gezeigt, dass mit einer gen-therapeutischen Korrektur der zehn wichtigsten Risikogene die koronare Herzkrankheit beseitigt werden könnte», sagt er. Die Idee wäre also, mithilfe von Gentherapien Herzinfarkt und Gefäss-verstopfungen ganz abzuschaffen.

KI-gestützte Lagebeurteilung in der Software von Palantir





Moskaus Pendant zu Starlink startet holprig

Der Zugang zu den Kommunikationssatelliten von SpaceX verschafft der Ukraine im Krieg mit Russland einen entscheidenden Vorteil. Wie lange noch? VON CHRISTIAN SPEICHER (TEXT), CIAN JOCHEM (ILLUSTRATION)

Im Weltraum ist Russland längst keine Weltmacht mehr. Zwar betreibt das Land ein eigenes Satellitennavigationssystem und schickt immer noch regelmässig Kosmonauten zur Internationalen Raumstation. Doch die Zahl der Raketenstarts hat einen historischen Tiefstand erreicht. Seit Beginn der 2020er Jahre hat Russland weniger Raketen ins All geschossen als die amerikanische Firma SpaceX im Jahr 2025. Auch bei den Satellitenkonstellationen ist Russland im Rückstand. Bis jetzt sucht man vergebens nach einem russischen Pendant zum amerikanischen Starlink-Netzwerk, das mittlerweile mehr als zehntausend Satelliten umfasst.

Das soll sich ändern. Vor einigen Monaten hat Russland damit begonnen, ein satellitengestütztes Kommunikationssystem aufzubauen, das landesweit einen breitbandigen 5G-Zugang zum Internet gewährleisten soll. Das Netzwerk namens Rasswet (Morgendämmerung) soll bereits 2027 den Betrieb aufnehmen. Ob der Termin eingehalten werden kann, ist allerdings fraglich.

Die Ukraine macht es vor

Entwickelt wurde Rasswet vom Bureau 1440. Dabei handelt es sich um ein staatlich gefördertes, privates Raumfahrtunternehmen, das manchmal mit SpaceX verglichen wird. Offiziell soll Rasswet zivilen Zwecken dienen. Doch die Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg zeigen, dass die zivile und die militärische Nutzung von Satellitenkonstellationen kaum voneinander zu trennen sind.

So nutzt die Ukraine das zivile Starlink-Netzwerk von SpaceX etwa, um Videosignale von Aufklärungsdrohnen in Echtzeit an Artilleriestellungen zu übermitteln. Starlink erlaubt es, Angriffsdrohnen präzise ins Ziel zu steuern. Und es hilft der Ukraine, die Kommunikation zwischen verschiedenen Truppenteilen an der Front auch aufrechtzuerhalten, wenn der Strom ausfällt. «Die Satellitenkommunikation ist im Kriegsfall ein echter Enabler», sagt Andreas Knopp von der Universität der Bundeswehr in München. Das habe Moskau erkannt.

Russland hat langjährige Erfahrungen mit der Satellitenkommunikation. Allerdings nutzte das Land bisher hauptsächlich geostationäre Satelliten, die stets über einem festen Punkt des Äquators stehen. Das hat verschiedene Nach-

teile. Zum einen brauchen Signale eine gewisse Zeit, um die 36 000 Kilometer zur Erde zu überbrücken. Diese Verzögerungen von bis zu einer halben Sekunde verhindern Echtzeitanwendungen wie die Steuerung von Drohnen. Zum anderen stehen geostationäre Satelliten umso flacher am Himmel, je weiter man sich nach Norden bewegt. In den nördlichen Regionen Russlands verschwinden sie hinter dem Horizont oder werden von Bergen bedeckt.

Mit Rasswet liessen sich diese Probleme umgehen. Die Kommunikationssatelliten sollen die Erde in einer Höhe von 800 Kilometern umkreisen. Damit fliegen sie etwas höher als die meisten «Starlink»-Satelliten von SpaceX.

Der grösste Unterschied ist allerdings, dass die Bahnen der Rasswet-Satelliten viel stärker gegen den Äquator geneigt sind. Sie fliegen fast in Nord-Süd-Richtung um die Erde und decken damit auch die polaren Regionen Russlands ab. Die Mehrzahl der Starlink-Satelliten pendelt zwischen dem 53. nördlichen und dem 53. südlichen Breitengrad. Aus kommerzieller Sicht ist das sinnvoll, weil in diesem Streifen die meisten Menschen auf der Erde leben.

2023 sammelte das Bureau 1440 erste Erfahrungen mit drei Testsatelliten. Ein Jahr später fand ein zweiter Test statt. Die mit Laserterminals ausgestatteten Satelliten tauschten untereinander Datenpakete per Licht aus. Auch die neueren Satelliten von SpaceX sind dazu in der Lage. Für Rasswet ist die optische Kommunikation zwischen den Satelliten matchentscheidend. Denn man muss dann weniger Bodenstationen bauen, was in den dünn besiedelten Regionen Russlands ein grosser Vorteil ist.

Der eigentliche Startschuss für Rasswet erfolgte im vergangenen März. Eine Sojus-2-Rakete beförderte 16 Satelliten – jeder mit einer Masse von 370 Kilogramm – ins All. Im Juli folgten 16 weitere Satelliten. Beide Raketenstarts erfolgten vom Kosmodrom Plessezk. Dieser Weltraumbahnhof liegt im hohen Norden Russlands und eignet sich deshalb besonders gut, Satelliten in eine polare Umlaufbahn zu schiessen.

Das Bureau 1440 hat für dieses Jahr weitere Raketenstarts angekündigt. Bis Ende des Jahres sollen 156 Satelliten um die Erde kreisen. Ihre Zahl soll 2027 auf 292 anwachsen. Das gilt als Schwelle für den Betriebsbeginn. Bis 2035 soll Rass-

Die Zahl der russischen Satelliten soll 2027 auf 292 anwachsen. Das gilt als Schwelle für den Betriebsbeginn von Rasswet.

wet mehr als 900 Satelliten umfassen. Für die militärischen Ziele Russlands mag das genügen. Von einem russischen Pendant zu Starlink zu sprechen, ist aber irreführend. Das Starlink-Netzwerk von SpaceX besteht schon jetzt aus mehr als 11 000 Satelliten. Auch China denkt in ähnlichen Dimensionen.

Auf fremde Hilfe angewiesen

Der Satellitenexperte Andreas Knopp hält die Pläne Russlands für äusserst ambitioniert. «Damit das System 2027 in Betrieb gehen kann, muss alles reibungslos funktionieren, und die Technologie muss verfügbar sein.» Das sei unrealistisch. Auch bei Starlink sei am Anfang einiges schiefgegangen.

Knopp bezweifelt, dass Russland technologisch in der Lage ist, ein solches Satellitennetzwerk alleine zu bauen. Das Land leidet unter den Wirtschaftssanktionen. Juri Borissov, damals stellvertretender Verteidigungsminister, bezeichnete die russische Elektronikindustrie 2023 als Achillesferse der Raumfahrt. Besonders bei hoch zuverlässigen und strahlungsfesten Halbleiterkomponenten bestehen Engpässe. Russland ist deshalb verstärkt auf Importe angewiesen – unter anderem aus China. Das schafft neue Abhängigkeiten.

Der Start von Rasswet bestätigt die Bedenken von Knopp. Bisher hat keiner der 32 Satelliten die vorgesehene Umlaufbahn in einer Höhe von 800 Kilometern erreicht. Die im März ausgesetzten Satelliten kreisen in einer Höhe von 500 bis 550 Kilometer um die Erde, einer ist in die Erdatmosphäre gestürzt.

Möglicherweise sei die niedrigere Umlaufbahn gewollt, spekuliert Knopp. Je niedriger ein Satellit fliegt, desto geringer ist die Entfernung zur Bodenstation und damit die erforderliche Sendeleistung für eine stabile Verbindung. Allerdings bleibe ein niedrig fliegender Satellit von einem bestimmten Ort aus nur relativ kurz sichtbar, gibt Knopp zu bedenken. Für eine dauerhafte Abdeckung seien deshalb mehr Satelliten erforderlich.

Eindeutig nicht gewollt ist, was mit der zweiten Charge von Rasswet-Satelliten passiert ist. Diese dümpeln in einer Höhe von 310 bis 330 Kilometern um die Erde, 200 Kilometer tiefer als geplant. Das deutet auf Schwierigkeiten hin, die Umlaufbahnen der Satelliten anzuhe-

ben, sagt Knopp. Manche der Satelliten sinken sogar ab. Deshalb dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sie in der Erdatmosphäre verglühen.

Selbst ohne diese Schwierigkeiten ist es kaum vorstellbar, dass Bureau 1440 bis Ende des Jahres 156 Satelliten im Weltraum aussetzt. Dafür wären mindestens acht weitere Starts einer Sojus-2-Rakete erforderlich. Bisher gab es in diesem Jahr zehn Raketenstarts in Russland. Rechnet man das aufs Jahr hoch, müssten alle weiteren Starts für den Ausbau von Rasswet reserviert werden. Das wird nicht passieren. Russland braucht seine wenigen Raketen auch für andere Zwecke, etwa für die Modernisierung seines Satellitennavigationssystems Glonass.

Auch in dieser Hinsicht hinkt der Vergleich mit dem Starlink-Netzwerk. Von den 165 Falcon-9-Raketen, die SpaceX im letzten Jahr gestartet hat, transportierten 123 Starlink-Satelliten ins Weltall. Von solchen Verhältnissen kann Russland nur träumen.

Kiew sabotiert das Programm

Auch wenn Rasswet bis 2027 noch nicht voll einsatzfähig sein dürfte, macht man sich in der Ukraine Sorgen wegen der Entwicklung. So wies ein ukrainischer Satellitenexperte kürzlich warnend darauf hin, dass es schon jetzt täglich zwei oder drei «Kommunikationsfenster» mit einer Dauer von jeweils einer Stunde über der Ukraine gebe. Russland könne diese Fenster theoretisch für gezielte Drohnenangriffe nutzen.

Vor diesem Hintergrund versteht man, warum die Ukraine kürzlich das Raketen- und Raumfahrtzentrum Progress in der Region Samara mit einer Drohne angegriffen hat. In dem Werk werden elektronische Bauteile für die russischen Sojus-2-Raketen hergestellt. Ohne diese Raketen könnte Rasswet nicht ausgebaut werden.

Auch das Kosmodrom Plessezk ist wiederholt mit Drohnen angegriffen worden. Der letzte Angriff fand am 23. August statt, nur einen Tag vor dem Start eines russischen Militärsatelliten. Der Angriff konnte abgewehrt werden. Der Zusammenhang mit Rasswet ist offensichtlich. Eine Beschädigung von kritischer Infrastruktur auf dem Raketenstartgelände würde den Ausbau von Rasswet verzögern und der Ukraine im Krieg mit Russland Luft verschaffen.



Das Starship ist noch in der Entwicklung. Der letzte Testflug war der dreizehnte.

REGINALD MATHALONE / GETTY



Bojen sollten das im Meer treibende Raumschiff stabilisieren.

SPACEX / IMAGO



Die Oberstufe des Starship wurde bis vor die Küste der Weihnachtsinsel geschleppt.

SPACEX / IMAGO



Ship 40 ist auf dem Weg nach Hause.

SPACEX / IMAGO

Eine Spaceship-Odyssee auf Erden

Sie hätte im Meer versinken sollen. Jetzt ist die neuste Rakete von SpaceX nach einem Monat auf hoher See im Indischen Ozean gerettet worden. VON ANNA WEBER

Die Bilder sind kaum weniger spektakulär als die des Spielfilms «Odyssee» von Christopher Nolan. Ein riesiger Metallzylinder treibt vor einem phantastischen Sonnenuntergang im Indischen Ozean, ein Raumschiff auf hoher See, auf einer Irrfahrt voller Abenteuer.

Was da herumtreibt, ist der obere Teil der grössten Rakete der Welt, des neusten Starship von Elon Musks Raumfahrtfirma SpaceX. Sie war am 25. Juli gestartet, hatte einen erfolgreichen Flug um die Erde hingelegt und war dann im Indischen Ozean gelandet. Gewöhnlich zerbrechen die Raketen beim Aufprall, explodieren wegen Resten von Treibstoff in ihren Tanks oder sinken aufgrund von Löchern in der Aussenhülle. Doch dieses Starship landete so sanft, dass es intakt blieb und wochenlang an der Wasseroberfläche blieb.

Ein wichtiger Kostenfaktor

Es könnte sich als grosser Glücksfall für SpaceX erweisen. Denn das Starship soll die erste vollständig wiederverwendbare Rakete der Welt werden. In Zukunft sollen die Raketen ihre Fracht ins Weltall befördern und dann kontrolliert zu ihrem Startplatz zurückkehren. Wie ein Flugzeug sollen sie nach einer kurzen Inspektion gleich wieder fliegen.

Funktioniert das Starship, könnte es die Raumfahrt revolutionieren. Die Kosten für Weltraumflüge würden dramatisch sinken, Industrieprojekte im All und eine Basis auf dem Mond würden möglich. Musk will damit sogar die Menschheit auf den Mars bringen. All das ist nur möglich, wenn das Starship den Wiedereintritt in die Atmosphäre

ohne Schäden übersteht. Eine gigantische Herausforderung.

Nun haben die Ingenieure von SpaceX erstmals die Chance, eine Oberstufe des Starship nach einem Flug aus nächster Nähe zu untersuchen – dank der wundersamen Reise des Ship 40. Der 13. Testflug war ein voller Erfolg: Am 25. Juli hob die Rakete von Starbase in Texas ab. Wenige Minuten nach dem Start trennte sich die obere Raketenstufe wie geplant von der unteren Stufe, genannt «Super-Heavy-Booster». Dieser Booster landete kurz darauf im Golf von Mexiko. Die obere Stufe mit dem Namen Ship 40 flog weiter in Richtung All und setzte mehrere Satelliten aus.

Nach 47 Minuten und einem Flug um den halben Erdball trat die Oberstufe wieder in die Erdatmosphäre ein. Durch die Reibung mit der Luft entsteht bei einem solchen Eintritt extrem viel Wärme. Ein Hitzeschild schützt die Rakete davor, beim Wiedereintritt wie eine Sternschnuppe zu verglühen.

Dass Raketen im Ozean landen, ist nicht ungewöhnlich. Dass sie dabei intakt bleiben und auf der Oberfläche treiben, passiert jedoch fast nie. Doch bei Ship 40 passierte genau das. Das Raumschiff landete geradezu grazil, sanft und kontrolliert aufrecht im Indischen Ozean und kippte dann um. Plopp.

Die kontrollierte Landung war kein Zufall. Das Raumschiff hat genau das gemacht, was es sollte. SpaceX wollte mit der sanften Landung im Meer für eine zukünftige Landung auf der Startrampe üben. Schon bald soll die Oberstufe des Starship nach dem Flug erstmals zur Startrampe zurückfliegen und dort von einem Turm mit zwei Metall-

SpaceX wollte mit der sanften Landung im Meer für eine zukünftige Landung auf der Startrampe üben.

armen aufgefangen werden. Mit dem Booster funktioniert das bereits. Aber niemand hatte damit gerechnet, dass die Landung der Oberstufe bereits jetzt so gut ablaufen würde.

Vier Tage später trieb Ship 40 weiter auf der Oberfläche und machte keinerlei Anstalten, in die Tiefe herabzusinken. Die Hülle war offenbar noch immer dicht. Und bei SpaceX kam man auf eine Idee: Vielleicht kann man die Rakete retten.

Lohnen würde es sich: Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, dass das Raumschiff selbst noch einmal fliegen kann. Doch aus seinem Zustand könnten die Ingenieure bei SpaceX viel darüber lernen, wo noch Verbesserungen nötig sind und was gut funktioniert. «Wir schicken ein Schiff raus, um das Starship zu retten», schreibt Elon Musk am 29. Juli auf der Plattform X.

Doch eine Rettung ist gar nicht so einfach. Das Raumschiff ist 50 Meter lang, hat einen Durchmesser von 9 Metern und treibt viele Kilometer von der nächsten Küste entfernt im Ozean. Auch wenn es das Wort «Schiff» im Namen trägt: Im Wasser ist Ship 40 nicht in seinem Element.

Die Rettungsaktion ist improvisiert, niemand hat damit gerechnet, dass man ein intaktes Raumschiff bergen könnte. Mit Schlepperbooten versucht die Rettungsmannschaft, die Rakete langsam, aber sicher in Richtung australische Küste zu ziehen.

Alles verloren?

Tagelang hört man von Ship 40 wenig. Dann kommen die schlechten Neuigkeiten. «Leider sieht es im Moment nicht gut aus, was die Bergung des Schiffes angeht», schreibt Elon Musk am 7. August auf X. Immerhin habe man Fotos von kritischen Bereichen des Hitzeschildes und der Antriebe machen können.

Doch die Rettung scheint an der immer rauer werdenden See zu scheitern. Die hohen Wellen erschweren es, das Raumschiff in eine bestimmte Richtung zu schleppen. Und sie drohen, Ship 40 zu zerbrechen. Für diese Art der

Belastung ist das Raumschiff nicht konzipiert.

Ganze 24 Tage lang treibt Ship 40 auf dem Ozean umher, bis die Rettungsscrew es schliesslich in ruhige Gewässer vor der Weihnachtsinsel in der Nähe von Indonesien schleppt.

Die Ingenieure von SpaceX verlieren keine Zeit: Sobald das Raumschiff in ruhigen Gewässern dümpelt, klettern sie auf die treibende Rakete und beginnen mit ihren Auswertungen. Besonders relevant ist der Zustand des Hitzeschildes. Es muss beim Sturz durch die Atmosphäre die extrem hohen Temperaturen vom Inneren der Rakete abhalten, ohne dabei selbst zu schmelzen. Und dies am besten gleich bei mehreren Flügen nacheinander. Nur dann kann man das Starship vollständig wiederverwenden.

Ein schnell wiederverwendbares Hitzeschild zu entwickeln, ist eine der grössten technologischen Herausforderungen für SpaceX. Bisher ist es noch niemandem gelungen.

Ship 40 ist jetzt in Sicherheit. Doch zu Hause ist es noch lange nicht. Am 27. August vermeldet SpaceX, das gerettete Raumschiff sei nun auf ein Transportschiff geladen worden und trete nun seine mehrere Monate dauernde Reise zurück zu Starbase nach Texas an.

Die Ingenieure von SpaceX dürften dort ungeduldig darauf warten, Ship 40 endlich bis auf den letzten Millimeter genau untersuchen zu können. Die Ergebnisse ihrer Analysen werden ihren Beitrag dazu leisten, dass zukünftige Starships auf noch viel wildere Reisen gehen können – zum Beispiel hin zu anderen Planeten.

Herr Jorio, der Initiant und Altbundesrat Christoph Blocher wirbt mit der Friedenstaube und dem Slogan «Kein Krieg, Ja zur Schweizer Neutralität» für seine Initiative. Sie bekämpfen sie. Wollen Sie etwa Krieg?

Natürlich nicht, niemand will Krieg. Blocher suggeriert einen Zusammenhang, den es nicht gibt. Neutralität schützt in den meisten Fällen nicht vor Krieg. Das zeigt die Geschichte: Im Zweiten Weltkrieg wurden etwa zwanzig neutrale Staaten oder Territorien angegriffen. In den letzten Jahren hat Wladimir Putin Georgien und die Ukraine angegriffen – beides Staaten, die faktisch neutral waren. Imperialisten sehen in der Neutralität kein Hindernis, sondern leichte Beute.

Dennoch gibt es den Sonderfall Schweiz: Im 20. Jahrhundert blieb sie zweimal vom Weltkrieg verschont. Sie glauben nicht, dass die Neutralität der Grund dafür war?

Dass die Schweiz «verschont» blieb, trifft so nicht zu. Gerade im Zweiten Weltkrieg wurde die Neutralität nur selektiv respektiert. Der Schweizer Luftraum war Kriegsgebiet: Überflüge, Bombardierungen mit 85 Toten, 300 Verletzten und Schäden in Millionenhöhe. Ein Drittel der neutralen Schweizer Handelsflotte wurde versenkt, 60 Seeleute starben, 2500 Soldaten kamen im Aktivdienst ums Leben. Das Land war von einem doppelten Blockadering der Alliierten und der Achsenmächte umschlossen. Die Neutralität hat uns keineswegs vollständig geschützt.

Allerdings wurde die Schweiz – anders als andere neutrale Staaten – nicht eingenommen.

Ja, sie wurde nicht besetzt, dieses Leid blieb ihr erspart. Doch die Neutralität war dabei nicht der entscheidende Faktor. Auch Belgien, die Niederlande oder Dänemark waren im Zweiten Weltkrieg neutral, hatten eine Armee und wollten keineswegs erobert werden – sie wurden es trotzdem. Altbundesrat Kaspar Villiger brachte es vor dreissig Jahren auf den Punkt: Die Neutralität und die Landesverteidigung waren notwendige Voraussetzungen für die Nichtinvasion der Schweiz – aber sie waren nicht hinreichend. Was die Schweiz am Ende bewahrte, war etwas anderes: die geostrategischen Interessen und die Kriegsziele der kriegführenden Staaten.

Waren es dieselben Gründe, weswegen die Schweiz auch im Ersten Weltkrieg nicht angegriffen wurde?

Im Ersten Weltkrieg gaben militärische Zwänge den Ausschlag: Den vier kriegführenden Nachbarn fehlten schlicht die Soldaten, um die Front von Pruntrut bis zum Münstertal um 350 Kilometer zu verlängern. Die Schweiz füllte diesen Raum und bot beiden Seiten damit Flankenschutz. Die geostrategische und militärische Lage der Schweiz war vier Jahre lang relativ stabil. Im Zweiten Weltkrieg war das völlig anders. Die strategischen Lagen veränderten sich mehrmals rasch. Unser Land stand damals nicht nur zeitweise zwischen den Alliierten und den Achsenmächten – sondern auch als neutraler Puffer zwischen den beiden «verbündeten» Achsenmächten, die eben auch Konkurrenten waren.

Für Sie ist die Schutzwirkung der Neutralität also ein Mythos?

Der absolute Schutz, den die Plakate der Initianten vorgaukeln, ist ein Mythos und historisch schlicht falsch. Neutralität schützt nicht vor Krieg.

Christoph Blocher sieht das anders und spricht von der Neutralität als Schutzschild. Sähe etwa Russland die Schweiz als «glaubwürdig neutral» an, würde es uns auch nie angreifen.

Imperialisten scheren sich nicht um die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität. Sie wollen nur ihre geostrategischen und operativen Ziele erreichen. Neutralität mag ihnen manchmal nützen, oft ist sie aus ihrer Sicht ein strategisches Hindernis – und dann setzen sie sich darüber hinweg. Wie sich ein neutraler Staat im Frieden gebärdet hat, spielt dann im Kriegsfall meistens keine Rolle mehr.

Die Initiative verlangt eine «immerwährende, bewaffnete Neutralität» in der Verfassung. Das klingt harmlos und entspricht der heutigen Praxis. Was soll daran falsch sein?



«Der absolute Schutz, den die Plakate der Initianten vorgaukeln, ist historisch schlicht falsch», sagt Marco Jorio.

KARIN HOFER / NZZ

«Imperialisten scheren sich nicht um die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität»

Der Historiker Marco Jorio kritisiert die Neutralitätsinitiative scharf. Mit den zahlreichen Mythen rund um den Sonderfall Schweiz räumt er im Gespräch mit Selina Berner auf

Diese Initiative ist eine Mogelpackung. Es wird nur wiederholt, was ohnehin in der Verfassung steht – etwa die bewaffnete Neutralität, die wir heute schon haben. Oder es geht um Selbstverständlichkeiten: beispielsweise dass, wenn ein neutraler Staat angegriffen wird, die Neutralität erlischt. Dafür braucht es keinen Verfassungsartikel. 85 Prozent des Initiativtextes sind überflüssig. Die restlichen 15 Prozent sind dafür umso gefährlicher.

Welche?

Es sind zwei Punkte: das Verbot von Sanktionen und das Gebot, erst mit Verteidigungsbündnissen zusammenzuarbeiten, wenn Vorbereitungen für einen Angriff erkennbar sind.

Zuerst zu den Sanktionen: Anstoss zur Initiative war die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland 2022. Das sei ein Bruch mit der Neutralität gewesen, sagt Christoph Blocher.

Das ist falsch. Neutralität ist im Kern ein militärisches Verhalten im Krieg. Die Wirtschaft hat damit eigentlich wenig zu tun. Ein neutrales Land darf mit kriegführenden Handel treiben – aber es darf diesen ebenso unterbrechen, wenn das in seinem eigenen Interesse ist. Seit dem Ersten Weltkrieg werden neutrale Staaten in den Wirtschaftskrieg der Krieg-

führenden mit einbezogen. Im Vordergrund steht aber die Frage, was dem Neutralen nützt. Er ist nicht gezwungen, sich selbst zu schädigen. Und das könnte geschehen, wenn er sich Sanktionen seiner wichtigsten Handelspartner verweigert. Deswegen hat der Bundesrat in diesem Fall die EU-Sanktionen gegen Russland übernommen.

Wann war das letztmals der Fall in der Geschichte der Schweiz?
Das zeigte sich etwa 1951. Damals zwan-gen die USA und Grossbritannien die Schweiz, das Technologie-Embargo gegen die Sowjetunion mitzutragen. Sonst wären wir von der modernen Technologie der Westmächte abge-schnitten worden. Im Februar 2022 war die Mechanik dieselbe.

Allerdings rief der Bundesrat 1938 die Rückkehr zur «integralen Neutralität» aus und wollte keine wirtschaftlichen Sanktionen des Völkerbunds, des Vor-gängers der Uno, mehr mittragen. Also neu wäre diese Praxis doch nicht?
Vor 1938 gab es keine «integrale Neutra-lität» und damit auch keine «Rückkehr» zu einer solchen. Dass der Bundesrat diese neue Form der Neutralität be-schloss, hatte mit der damaligen Sicher-heitssituation zu tun. Die Schweiz war Mitglied des Völkerbundes und spürte die zunehmende Kriegsgefahr in Europa. Nachdem Deutschland und Italien aus der Sicherheitsorganisation ausgetreten waren, war sie nicht mehr universell, son-dernein Instrument der Westmächte. Der Bundesrat hielt die Mitgliedschaft deshalb für neutralitätspolitisch äusserst heikel – er wollte aber nicht einfach aus-treten. Der Hauptsitz des Völkerbundes war schliesslich in Genf. Der Bundesrat liess sich vom Völkerbund davon dispen-sieren, künftig wirtschaftliche Sanktio-nen des Völkerbunds befolgen zu müs-sen. Das war faktisch ein Austritt. Die Schweiz wurde eine Art Passivmitglied.

Heute sieht Russland uns als «unfreund-lichen Staat», die USA unter Joe Biden staunten 2022, dass sogar die neutrale Schweiz die Wirtschaftssanktionen gegen Moskau mittrage. Haben wir nicht ein Problem, wenn die Grossmächte unsere Neutralität nicht mehr anerkennen?
Das ist Politikergeschwätz. Das muss uns nicht erschrecken. Imperialistische Grossmächte haben stets versucht, Neu-trale auf ihre Seite zu ziehen, und wer-fen ihnen regelmässig vor, nicht neutral genug zu sein. Das erlebten wir im Ers-ten wie im Zweiten Weltkrieg. Am Ende zählt nicht, was Politiker reden, sondern wie die Staaten im Kriegsfall handeln. Und da zählen ganz andere Faktoren: Kriegsziele, Geografie, Waffen, Anzahl Soldaten. Ein Angreifer kalkuliert nüch-tern: Welches Risiko gehe ich ein, wenn ich dieses Land überfalle? Da zählen solche Politikersprüche aus der Vor-kriegszeit nicht viel.

Befürworter der Initiative sagen, man könne nicht ein bisschen neutral sein – entweder ganz oder gar nicht.
Doch, genau das kann man. Neutralität ist kein binäres On-off-System. Man kann mehr oder weniger neutral sein. Schon 1938 hielt der Basler Völkerrechtler Wal-ther Burckhardt fest: «Es gibt verschie-dene Arten, neutral zu sein.» Hier liegt eine Schwäche dieser Initiative: Sie will ein starres Neutralitätsverständnis in die Bundesverfassung einzementieren. Nicht umsonst haben die Gründer des Bundes-staates von 1848 bewusst auf eine Um-schreibung der Neutralität in der Bundes-verfassung verzichtet – wie auch später die Verfassungsrevisionen von 1874 und 1999. Die Initiative treibt die Schweiz in die Isolation: Sie strebt die Abschottung an, als ginge uns die Welt da draussen nichts an. Das ist brandgefährlich. Wer nichts sehen, nichts hören, nichts sagen will, stellt sicherheitspolitisch garantiert die falschen Weichen. Wir können den heutigen Bedrohungen nicht im Allein-gang begegnen. Das ist eine Illusion. Gegen moderne Distanzwaffen und Drohnen besitzt die Schweiz keinerlei Schutz – wir sind da wehrlos. Eine Politik, die das zulässt, gefährdet die Sicherheit der eigenen Bevölkerung. Und eine In-itiative, die eine Zusammenarbeit mit möglichen Verbündeten in der Verfas-sung verbieten will, ist verantwortungslos.

Wo sehen Sie die roten Linien bei der Neutralität?

«Christoph Blocher suggeriert einen Zusammenhang, den es nicht gibt.»

Es gibt vier rote Linien, die klar sind, seit es Neutralität gibt. Erstens: Ein neutraler Staat greift niemanden an. Sonst ist er ja Kriegspartei und kann nicht neutral sein. Zweitens: Er nimmt militärisch nicht an Kriegen Dritter teil. Drittens: Er erlaubt nicht, dass von seinem Territorium aus fremde Truppen operieren – also keine Stützpunkte. Und viertens: Ein dauernd neutraler Staat wie die Schweiz darf in Friedenszeiten keinem Militärbündnis beitreten und keine Offensiv- oder Defensivverträge eingehen.

Die Befürworter der Initiative wünschen sich dennoch mehr Klarheit durch wei-tere strikte Regeln. Das ist für Sie nicht verständlich?
Der Initiativtext bewirkt genau das Gegenteil; die Bestimmungen sind schwammig. Ein Beispiel: Die Zusam-menarbeit mit Militärbündnissen ist erst erlaubt, wenn ein Krieg bereits ausgebrochen ist – oder ein Angriff unmittel-bar bevorsteht. Dann ist es viel zu spät. Zudem beruht diese Regelung auf einem veralteten Kriegsbild mit Pan-zern an der Grenze. Aber in Zeiten hybrider Kriegsführung ist keineswegs mehr eindeutig, wann ein Konflikt be-ginnt. Die Initiative lässt riesigen Inter-pretationsspielraum.

SVP-Vertreter haben verschiedentlich betont, dass etwa gemeinsame Übungen in Friedenszeiten durchaus noch mög-lich seien.

Das geht aus dem Text nicht hervor. Die SVP krebst offenbar schon zurück. Im Parlament bekämpft die Partei seit Jahren jegliche Zusammenarbeit mit der Nato. Und wenn nun solche Übungen plötzlich doch möglich sein sollen: Wozu braucht es dann einen Verfassungsartikel?

Die Schweizer Armee trainiert nur mit westlichen Staaten, nicht mit Russland oder China. Ist das neutral?
Natürlich trainieren wir primär mit unse-ren Nachbarn – und nicht mit China oder Bolivien. Das ist keine Parteinahme, son-derneine Frage der Geografie.

Sendet die Schweiz damit nicht ein Signal, wo sie sich geistig verortet?
Das Signal, etwa Richtung Moskau, ist: Wenn ihr uns bedroht, stehen wir not-falls rasch an der Seite der Nato – wie Schweden und Finnland. Und genau das will Russland verhindern. Solche Signale wurden schon im Ersten Weltkrieg aus-gesendet. Den Kriegführenden war klar: Greifen wir die Schweiz an, wechselt sie umgehend ins Lager des Feindes. Damit bestand das Risiko, dass ein strategisch wichtiger Raum samt Armee an die Gegenseite verlorengeht. Das überlegt sich jeder Aggressor zweimal, und des-wegen sind solche Signale durchaus wichtig und richtig.

Die Schweiz orientiert sich als weltweit einziges Land beim Neutralitätsrecht noch an den Haager Abkommen von 1907. Diese entstanden in einer Zeit, als Staaten noch ein Recht auf Krieg hatten. Ist die Orientierung an diesem Recht heute noch sinnvoll?
Nein. Die Schweiz reitet ein totes Pferd mit den Haager Abkommen zur Neu-tralität und dem darin enthaltenen Gleichbehandlungsgebot von krieg-führenden Staaten. 1907 hatte jeder Staat das Recht, Krieg zu führen. Neu-trale mussten Aggressor und Opfer deshalb gleich behandeln. Doch dieses Prinzip ist längst überholt. 1928 wurde der Angriffskrieg völkerrechtlich ge-ächtet, mit der Uno-Charta von 1945 jede Gewaltanwendung. Seither gibt es Täter und Opfer, die nicht gleich be-handelt werden dürfen. Das ist heute unter den meisten Völkerrechtlern unumstritten.

Der Bundesrat orientiert sich dennoch weiterhin an den Haager Abkommen. Er verurteilt zwar den Angriffskrieg Russlands, schränkt aus Gründen der Gleichbehandlung aber auch den Han-del mit der Ukraine ein.
Die heutige Praxis ist inakzeptabel und aus meiner Sicht sogar ein Skandal: Die Schweiz posaunt hehre Werte in alle Welt hinaus und unterzeichnet jede humanitäre Konvention. Werden diese jedoch verletzt, versteckt sich Bundes-bern hinter den Haager Abkommen und erklärt: Tut uns leid, Neutralitätsrecht. Das passt alles nicht zusammen. Ausser-dem unterstützen wir mit dieser Politik letztlich den Angreifer, indem wir das Opfer im Stich lassen. Wir sehen das derzeit in der Ukraine: Wir verweigern Kiew Waffen, um den Terrorkrieg gegen die Zivilbevölkerung abzuwehren, und helfen so automatisch dem Aggressor. Das ist alles andere als neutral und obendrein unethisch.

Spricht diese aus Ihrer Sicht wider-sprüchliche Praxis nicht erst recht für eine Definition in der Verfassung, wie sie die Neutralitätsinitiative fordert?
Nein, eine Definition in der Verfassung bringt uns hier nicht weiter. Ohnehin

Langjähriger Chefredaktor

sia. · Marco Jorio ist gebürtiger Tessi-ner, in Zug aufgewachsen und hat an den Universitäten Freiburg und im fran-zösischen Poitiers studiert. Von 1988 bis 2014 war er Chefredaktor des «Histori-schen Lexikons der Schweiz», seither ist er als freischaffender Historiker tätig. Vor drei Jahren publizierte er ein 500-seitiges Standardwerk zur 400-jäh-rigen Geschichte der Schweizer Neutra-lität. Mit einer Gruppe von Intellektuel-len fordert er seit 2024 in einem Zehn-Punkte-Manifest den Bundesrat auf, die Neutralität konsequent auf die Uno-Charta auszurichten.

«Die Initiative treibt die Schweiz in die Isolation.»

wählt diese Initiative den falschen Weg: Sie führt nicht nach vorn, sondern zu-rück in ein antiquiertes Neutralitätsver-ständnis. Aussenminister Ignazio Cassis wollte die Neutralität 2022 neu ausrich-ten mit dem Konzept der «kooperativen Neutralität». Der Gesamtbundesrat schmetterte den Vorschlag ab mit dem Argument, die Neutralitätskonzeption von 1993 sei nach wie vor tauglich und damit gültig. Das ist weltfremd. 1993 herrschte eine ganz andere Lage. Die Sowjetunion war zusammengebrochen, es war die Zeit der Wende. Heute ste-hen wir vor einer neuen geopolitischen Realität. Nicht der Frieden ist in Sicht, sondern eine sich zunehmend ver-schlechternde Sicherheitslage. Wird die Initiative abgelehnt, muss der Bundes-rat die Schweizer Neutralitätspolitik neu justieren.

Die Schweiz ist bewaffnet neutral. Doch derzeit lässt sich nur ein Drittel der Soldaten ausrüsten. Kann die Schweiz ihre Neutralität militärisch überhaupt verteidigen?
Das kommt auf das Szenario an. Gegen einen Grossangriff, wie jenen Russlands gegen die Ukraine, wäre die Schweiz schutzlos. Die Schweiz war historisch ge-sehen ohnehin nie in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Schon Ulrich Wille im Ersten Weltkrieg und Henri Guisan im Zweiten trafen Absprachen mit Frankreich mit Blick auf einen mög-lichen Angreifer. Die orthodoxen Neu-

tralitätsfans wiegen sich da in einer Illu-sion: Seit Jahren beschimpfen sie die Nato, erwarten im Ernstfall aber, von ihr gerettet zu werden.

Heute wird immer wieder darüber dis-kutiert, ob General Guisan mit den Ab-sprachen mit Frankreich die Neutralität verletzt hat.
Das hat er nicht. Ein Neutraler spricht mit den Kriegführenden und plant mög-liche Kooperationen für den Fall eines Angriffs. Die rote Linie wird erst über-schritten, wenn harte Fakten geschaffen werden, etwa durch einen verbindlichen Vertrag oder die Stationierung von Truppen. Das gab es weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg. Es handelte sich lediglich um «Punktationen», also unverbindliche Absprachen für den Fall eines deutschen Angriffs. Guisan ope-rierte allerdings haarscharf an der roten Linie: Auf dem Gempenplateau im Kan-ton Solothurn massen bereits französi-sche Offiziere Artilleriestellungen auf Schweizer Boden aus. Da weder ein Ver-trag bestand noch fremde Truppen im Land stationiert waren, blieb die Neu-tralität gerade noch gewahrt.

Nehmen wir an, die Initiative wird an-genommen: Was würde das aussen-und sicherheitspolitisch für die Schweiz bedeuten?
Die Schweiz geriete in schwere Turbu-lenzen. Aussenpolitisch stünden wir vor einem Chaos: Was passiert mit den rund vierzig laufenden Sanktionsregimen? Müssten wir Strafmassnahmen gegen Diktatoren und Kriegsverbrecher sofort aufheben? Die Unsicherheiten brächten einen verheerenden Reputationsverlust und könnten auch Reaktionen anderer Staaten auslösen. Sicherheitspolitisch bliebe völlig unklar, wo Kooperationen noch erlaubt sind. Müssten wir aus inter-nationalen Gremien austreten? Aus wel-chen? Die Initiative verspricht Stabilität, schafft in Wahrheit aber Unsicherheit und Verwirrung.

Und bei einer Ablehnung läuft alles weiter wie bisher?
Wir haben dann zwar nichts verloren, aber auch nichts gewonnen. Aus lauter Angst vor dieser Initiative herrscht seit vier Jahren kompletter Stillstand beim Thema Neutralität.

Was für eine Neuausrichtung fordern Sie?
So wie die Neutralität heute ausgelegt wird, ist sie inkohärent und schädlich. Ich fordere eine Neukonzeption – abge-stützt auf die Uno-Charta, die diversen humanitären Uno-Konventionen, die Bundesverfassung und die Sicherheits-bedürfnisse des Landes. Denn die Neu-tralität muss der Schweiz dienen – nicht die Schweiz der Neutralität.

Wenn sich die Schweiz an der Uno-Charta orientieren würde, was würde sich in der Praxis ändern?
Es wäre etwa möglich, einen angegriffe-nen Staat wie die Ukraine zu unterstüt-zen – allerdings stets nach einer Güter-abwägung. Die Neutralitätsinitiative möchte hingegen die Handlungsfreiheit der Bundesbehörden einschränken, doch so funktioniert Aussen- und Sicher-heitspolitik nicht. In den Uno-Berichten ab 1969 betont der Bundesrat, dass Sanktionen stets eine Interessenabwä-gung erfordern. Aber eine solche ist heute nicht ersichtlich. Der Bundesrat folgt blind seinen Völkerrechtlern.

Die Neutralität beruht auf völkerrecht-lichen Verträgen. Warum sollten also nicht Völkerrechtler ihre Auslegung mitbestimmen?
Neutralität ist kein juristisches Institut – weder ein völkerrechtliches noch ein verfassungsrechtliches. Die Haager Abkommen zur Neutralität wurden den neutralen Staaten 1907 von imper-ialistischen Grossmächten aufs Auge gedrückt. Sie sollten sicherstellen, dass die Neutralen den Grossmächten im bevorstehenden Weltkrieg nicht scha-den. Sie sind inzwischen hinfällig. Es gibt kein international verbindliches Neutralitätsrecht mehr. Dass sich die Schweiz als einziges Land heute noch auf die Konvention von 1907 stützt, ist unverständlich. Die Neutralität muss aus den juristischen Fesseln befreit werden und wieder ein politisches Instrument in der Hand der Politik werden, um Land und Volk zu schützen und dem Frieden zu dienen.

Schweiz Tourismus wirbt ohne Federer

Der frühere Tennisstar verkörperte den Erfolg und die ostentative Bescheidenheit des Landes wie kein anderer

MATTHIAS VENETZ, BERN

Die Titelseite hat der «Sonntags-Blick» für Roger Federer am Wochenende zwar noch einmal freigeräumt. Doch in der Überschrift verabschiedete ihn die Zeitung sogleich ins Langzeitgedächtnis der Nation. «Bye-bye Roger!», stand da. Dabei hat der grösste Schweizer Tennisspieler der Geschichte seine Karriere längst beendet. Doch nun klingt offenbar auch Federers zweite – und fast so erfolgreiche – Karriere allmählich aus: jene als Werbefigur für Schweiz Tourismus und Maskottchen des ganzen Landes. Martin Nydegger, CEO von Schweiz Tourismus, erklärte in einem Interview, dass Federer «phantastische Arbeit» geleistet habe, er in der nächsten Kampagne aber nicht mehr dabei sein werde.

Der Palmarès des Sportlers Roger Federer ist ebenso ausführlich wie die Titulatur eines österreichischen Kaisers. Doch in all den Jahren sorgte Federer nicht bloss zuverlässig für grosse Erfolgsmeldungen im Sportteil, sondern auch für diese Bilder: Bei den Siegerehrungen bedankte er sich erst bei seiner Familie – Kameraschwenk auf Mirka –, dann setzte er zu einer Laudatio auf seine Gegner an. Schliesslich kamen die Tränen. Federer war stets die Inkarnation von beidem: Erfolg und ostentative Bescheidenheit. Durch ihn verstand die Welt endlich, wie sich die Schweiz selbst sieht – und von aussen gesehen werden will.

Von Uhren bis Kaffeemaschinen

Während und auch lange nach seiner Karriere liess er kaum eine Gelegenheit für ein Werbeengagement aus. Er wirbt für Teigwaren, Kaffeemaschinen, Mobilfunkanbieter, Versicherungen, Uhren, Schoggi – klar – und eben auch für die Schweizer Tourismusindustrie. Nun, da ihn der CEO von Schweiz Tourismus, um den es in der Titelgeschichte im «Sonntags-Blick» eigentlich ging, in die Pension verabschiedete, fragt sich: Wer wird das Reich von King Roger nun verwesen? Und wer das Land verkörpern?

Der Zuger Schriftsteller Thomas Hürlimann – etwas weniger bekannt und weniger reich als Federer – attestierte der Schweiz einmal eine tiefstehende Schizophrenie. Einerseits sei sie geprägt von globalen Kapitalisten. Man exportiere Uhren, Psychopharmaka und Schokoladen in die ganze Welt. Das Bankwesen habe das «dörfliche Städtlein», das die Schweiz sei, zu einem



Roger Federer (links) mit Marc Forster bei den Dreharbeiten für den Werbespot «Beautiful Autumn».

SCHWEIZ TOURISMUS

«Super- und Supragebilde» gemacht. Das ist der eine Raum. Im «Schweizerhaus», dem anderen Raum, der vor allem im Inland gerne bespielt wird, sehen wir uns als «grundverbundene Eidgenossen», wie Hürlimann schreibt. Diese Selbstverklärung zeigt sich immer wieder reflexartig.

Beispielsweise, wenn ein von Dichtestress geplagter Pendler auf dem Perron eine Bundesrätin ohne Begleitschutz erspäht und ein Foto davon postet. Solche Bilder lösen in den Kommentarspalten jeweils patriotische Hochgefühle aus und dienen zugleich der Selbstvergewisserung. «In welchem Land der Welt wäre das sonst möglich?!»

Laut Hürlimann befanden sich diese zwei Räume, die grosse und die kleine Schweiz, jahrzehntelang im Gleichgewicht. Doch das habe sich geändert. Erst sei der Eiserne Vorhang gefallen, dann sei das Grounding der Swissair gekommen. Hürlimann schrieb all das im Jahr 2001. Roger Federer war damals gerade einmal die Nummer dreizehn in der Weltrangliste. Auf dem Court kämpfte er

hin und wieder noch mit seiner Wut, und bei den Grand-Slam-Turnieren schied er noch in den Achtelfinals aus. Als Federer irgendwann lernte, seine Emotionen zu kanalisieren, kamen auch die Erfolge. Und dann die Werbeverträge.

Auf den Siegerpodesten und auf den Werbeplakaten versöhnte er die kleine mit der grossen Schweiz. Da verzieh man ihm, dass er sich gerne mal auf dem Dach eines Luxushotels in Dubai zum aufwendig inszenierten Plauschmatch verabedete. Oder dass er zu Hause in der Schweiz gerne dem attraktivsten Steuerfuss hinterherzögelte.

Odermatt soll folgen

Alle wussten, dass Federer bald wieder andere Auftritte haben und bessere Schlagzeilen produzieren würde. In den vergangenen Jahren trat Federer in etlichen Spots von Schweiz Tourismus auf. Der Plot war jeweils ähnlich: Federer, der Weltstar aus der kleinen Schweiz, versuchte die Granden der Film- und Pop-Welt aus dem grossen Amerika von

der Schönheit und Vollkommenheit seiner Heimat zu überzeugen.

Im Frühjahr 2021 sagte Robert De Niro etwa: Die Schweiz sage ihm nicht zu, es gebe dort kein Drama, sie sei zu perfekt. Antwort Federer: «I know.» Im vergangenen Herbst war Federer schliesslich mit Filmstars wie Mads Mikkelsen, Halle Berry oder Anne Hathaway zu sehen. Sie spielten exzentrische Filmstars, Federer den weltgewandten Gastgeber, der mit diesen Allüren zwar umgehen konnte, gleichzeitig aber so zugänglich blieb wie ein SBB-Kondukteur.

Nach dem Ende der Kooperation mit Federer will Schweiz Tourismus seine Kampagnen übrigens neu ausrichten. Das ist eigentlich nur logisch. Zwar hat die Schweiz mit Marco Odermatt bereits einen Nachfolger für Federer als Nationalmaskottchen gefunden, und beide hatten bereits gemeinsame Werbeauftritte. Bevor Odermatt ihn aber auch als globale Werbe-Ikone ersetzen könnte, müsste sich der Skisport erst in touristischen Zukunftsmärkten durchsetzen. In China etwa oder in Indien.

Hat der Schütze von Aarau Militärdienst geleistet?

Die Informationen zum mutmasslichen Amokläufer bleiben widersprüchlich

RENATO SCHATZ

Die Aargauer Kantonspolizei liess sich Zeit, bis sie Stellung zum Verdächtigen nahm. Jenem Mann, der auf der Aarauer Pferderennbahn eine Frau getötet und sechs weitere Personen verletzt haben soll. In der Nacht auf Montag verhaftete die Polizei ihn, aber erst zweieinhalb Tage später, am Mittwochnachmittag vergangener Woche, veranstaltete sie eine Medienkonferenz. Und das Interesse war gross – auch, weil in den Stunden und Tagen davor unbestätigte Gerüchte kursierten.

Kaum Angaben

Also berichteten zwei Polizisten und der leitende Staatsanwalt von der Tat, von den Waffen, die der Täter benutzte, von seiner anschliessenden Flucht und seinem Geständnis knapp 24 Stunden später. Vom Täter selbst erfuhr die Öffentlichkeit wenig. Er sei ein 43-jähriger Schweizer «ohne Migrationshintergrund», wohne im Kanton Jura und leide wohl an einer psychischen Erkrankung, hiess es. Aber sonst: kaum Angaben. Wie der Verdächtige lebte, ob er eine Familie oder einen Job hatte, wie er sein bis-

heriges Leben verbrachte, zu alledem wurde fast nichts gesagt.

Einmal aber gab der Polizeikommandant Michael Leupold Auskunft über die Vergangenheit des Verdächtigen. Italienische Journalisten stellten Fragen zu seiner Militärlaufbahn. Zuvor hatten mehrere Zeitungen Verbindungen zur Armee in den Raum gestellt. Es klang, als sei das etwas Dubioses – auch wenn in der Schweiz durch die Rekrutenschule ein beträchtlicher Teil der Männer einen Bezug zur Armee hat. Leupold antwortete, der Beschuldigte sei «Truppenkoch» gewesen, 2013 aber aus der Armee ausgeschieden. «Er hat seine persönliche Dienstwaffe zurückgegeben.»

Am Wochenende hat sich der Vater des Beschuldigten im «Quotidien Jurassien» geäussert. Er machte öffentlich, dass sein Sohn unter Schizophrenie litt. Er sei vor rund zwanzig Jahren für drei Wochen in Delsberg psychiatrisch behandelt worden, «weil er es nicht mehr ertrug, Menschen um sich herum zu haben, und nicht mehr normal arbeiten konnte». Laut dem Artikel hat sein Sohn «entgegen den Aussagen der Behörden» nie Militärdienst geleistet. Entsprechend habe er auch nie eine Dienstwaffe zurückgeben können. Auch eine Woche

nach der Tat bestehen also widersprüchliche Angaben zum mutmasslichen Täter.

Anruf bei der Kommunikationsstelle der Aargauer Kantonspolizei, die am Montagmorgen drei Fragen entgegennimmt. Sie teilt mit Verweis auf die Personalsituation mit, sie könne die Fragen an dem Tag «wahrscheinlich nicht» beantworten. Auch nicht, ob der Verdächtige Truppenkoch gewesen sei.

Die Staatsanwaltschaft greift ein

Es scheint, als bestünden Zweifel an der Armeevergangenheit des Verdächtigen. Hat die Polizei eine Falschmeldung verbreitet, nachdem sie an der besagten Medienkonferenz Fakten hatte präsentieren wollen? Das würde den Verdächtigen nicht weniger schuldig machen, würde aber ein schlechtes Licht auf die Polizeiarbeit.

Am späten Nachmittag aber gibt es Entwarnung, allerdings von der Oberstaatsanwaltschaft Aargau, die die Kommunikation laut eigener Aussage übernommen hat. Man habe «die an der Medienkonferenz gemachten Angaben» nochmals überprüft, schreibt sie. Das Resultat: Die «damals kommunizierten Informationen» seien «als gesichert zu

betrachten». Wobei die Staatsanwaltschaft eine Hintertür einbaut, sie schreibt, die Informationen stimmten «nach aktuellem Kenntnisstand».

Zu weiteren «Spekulationen, Gerüchten oder entsprechenden Medienberichten» äussere man sich grundsätzlich nicht, heisst es schliesslich. Über «gesicherte Erkenntnisse» würden die Strafverfolgungsbehörden wieder informieren, sobald dies «mit Blick auf den Stand der Ermittlungen möglich» sei.

Ein wenig Rückendeckung erhält die Aargauer Kantonspolizei von Lukas Gschwend, Professor für Kriminalitätsgeschichte an der Universität St. Gallen. Er sagt, die Kommunikation in solchen Fällen sei «anspruchsvoll». «Zum einen müssen von den Strafverfolgungsbehörden in kurzer Zeit viele Informationen beschafft und überprüft werden, zum anderen sind Quellen unterschiedlich zuverlässig.»

Ein anderes Dilemma bestehe darin, dass bei Strafuntersuchungen Unschuldsumutung und Persönlichkeitschutz gälten, daher also zurückhaltend kommuniziert werden müsse – «und wenn, dann inhaltlich korrekt». Gleichzeitig gebe es ein «ausgewiesenes öffentliches Interesse an Informationen».

Neuer Anlauf für Vetorecht gegen Staatsausgaben

Das Volk soll ein Referendum ergreifen können

KATHARINA FONTANA

Das Anliegen ist alles andere als taufrisch, alle paar Jahrzehnte taucht es wieder auf. Die Rede ist vom Finanzreferendum, das im direktdemokratischen Instrumentarium des Bundes heute fehlt. Anders als bei Gesetzen können die Stimmberechtigten bei wichtigen Ausgabenposten nicht mitreden. Es sei denn, die Politik unterstelle einen Finanzbeschluss ausnahmsweise von sich aus dem Referendum, wie jenen zur Beschaffung von Kampfflugzeugen.

Geht es nach Martin Bäumle, soll sich das ändern. Der Zürcher Grünliberale hat einen Vorstoss eingereicht, der das Finanzreferendum als ordentliches Mitspracherecht einführen will. Die erste Hürde ist genommen: Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat Bäumles parlamentarischer Initiative mit 13 zu 10 Stimmen Folge gegeben.

Ein erprobtes Instrument

Der ausserordentlich freizügige Umgang des Parlaments mit den Steuereinnahmen und das enorme Ausgabenwachstum der letzten Jahre könnten der Forderung Auftrieb geben. Auch unter den Parlamentariern scheint die Einsicht gewachsen zu sein, dass es institutionelle Sicherungen braucht, soll die Finanzpolitik wieder seriöser werden und das Geldausgeben gebremst werden. Die Aussicht, eine neue Ausgabe vor dem Volk verteidigen zu müssen, kann die Euphorie schnell dämpfen.

Das zeigen die langjährigen praktischen Erfahrungen aus den Kantonen. Dort ist das Finanzreferendum überall bekannt und erprobt. Die Unklarheiten – handelt es sich um eine gebundene oder um eine neue Ausgabe usw.? – sind geklärt, es gibt eine einlässliche Praxis dazu. Das Argument, dass das Finanzreferendum zu aufwendig oder unpraktikabel sei, überzeugt nicht.

Auch ökonomische Untersuchungen belegen seine Wirksamkeit. Studien kommen zu dem Schluss, dass in Kantonen mit einem stark greifenden Finanzreferendum die finanzpolitische Disziplin grösser sei, die Verschuldung und die Ausgabenexpansion kleiner sowie die Steuerbelastung tiefer. Auch die kantonalen Finanzdirektoren halten das Instrument für eine gute Sache, die Politik werde dadurch nicht massgeblich erschwert, sagen sie.

Breiter Widerstand

Gleichwohl ist auch beim jüngsten Anlauf mit viel Widerstand zu rechnen. Die Bauern fürchten, dass es weniger Geld für die Agrarpolitik geben könnte. Die Linken sorgen sich um die Entwicklungshilfe. Wieder andere denken, dass es zu populistisch motivierten Referenden kommen werde. Die Minderheit der Staatspolitischen Kommission findet, dass die Bevölkerung schon genug mitreden könne: Die meisten Ausgaben des Bundes beruhten bereits auf referendumsfähigen Bundesgesetzen. Zudem sei die Schuldenbremse besser geeignet, eine solide Finanzpolitik sicherzustellen und die Staatsausgaben einzudämmen.

Die Schuldenbremse als Garantie für eine seriöse Finanzpolitik: Dieses Argument verliert indes zunehmend an Schlagkraft. Trotz rekordhohen Einnahmen des Bundes steht die Schuldenbremse unter Druck. Die Allianz jener, die sie aufweichen wollen, wird grösser, wie die Debatte um die Armeefinanzierung zeigt.

Der Vorstoss für ein Finanzreferendum geht nun in die Schwesterkommission des Ständerates. Stimmt sie zu, kann die Nationalratskommission eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Welche Finanzbeschlüsse dem fakultativen Referendum zu unterstellen sind und welche Schwellenwerte genau gelten sollen, wird in dieser zweiten Phase diskutiert. Bäumles Vorstoss zieht die Grenze bei einmaligen Ausgaben ab 500 Millionen und bei neuen wiederkehrenden Ausgaben ab 100 Millionen Franken.